

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Bedingungen:
Erscheinung 500 Mal monatlich 1,20 RM.
mehrwöchentlich 50 Mal monatlich 1,00 RM.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Freitag, den 23. März 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Vertriebspreis: Nm: Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Vertriebspreis: Nm: Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Weniger Brot - mehr Fleisch und Kartoffeln!

Zahlreiche Gefechte an der Front von Arras, Somme, Dife, Mienne, Maas, Vogesen - Der Vorstoß von Saberesina Höhengewinn nördlich Monastir gehalten.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 22. März 1917. (B. Z. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Lens und Arras kam es nach lebhaftem Artilleriefeuer zu Gefechten von Ortungstruppen.

Zu Landrich beiderseits von Somme und Eise verliefen Zusammenstöße vorgeschobener Abteilungen für und gunglich. Bei Chitres und Wiffy auf dem Nordufer der Mienne sind französische Detachments zurückgeworfen worden.

Auf dem linken Maas-Ufer wurde durch Feuer auf die feindlichen Gräben ein sich vorbereitender Angriff niedergehalten.

Von Vorposten in die französischen Linien am Mienne-Marne-Kanal, nördlich von Verdun, bei St. Niziel und am Westhang der Vogesen im Plaine-Tal brachten unsere Sturmtruppen 10 Gefangene zurück.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Saberesina, nördlich von Pida, drangen unsere Stoßtruppen in 4 Kilometer Breite über die vorderen russischen Gräben bis zur zweiten Stellung durch, zerkleinerten nachtd die Besatzungseinheiten und führten mit 225 Gefangenen, 2 Revolverkanonen, 6 Maschinengewehren und 14 Minenwerfern zurück.

An der Front des Generaloberst Erzherzog Josef und bei der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Radenscu lebte die Geschäftstätigkeit auf.

Mazedonische Front.

Die von unseren Truppen am 20. 3. gewonnenen Höhen nördlich von Monastir waren gestern das Ziel harter französischer Angriffe, die sämtlich schlugen.

Gleichen Misserfolg hatte ein schwächerer Vorstoß in der Seen-Enge.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorf.

Abendbericht.

Berlin, amlich, 22. März 1917. Abends.

Außer kleinen Gefechten zwischen Somme und Mienne sind keine besonderen Ereignisse gemeldet.

Der österreichische Bericht.

Wien, 22. März 1917. (B. Z. S.) Amlich wird veröffentlicht:

Westlicher Kriegsschauplatz.

An der Dierlezina stehen unsere Abteilungen bis in die zweite Linie der Russen vor und führten mit einem gefangenen Läufer, 226 Mann, 2 Revolverkanonen, 6 Maschinengewehren und 14 Minenwerfern zurück. Vorposten feindlicher Jagdkommandos scheiterten überall, wo sie versucht wurden.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Richtig zu melden. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Desfer, Feldmarschallleutnant.

Die Möwe heimgekehrt.

123100 Tonnen Beute.

Peterburg, 22. März. Amlich. S. W. Hilfskreuzer Möwe, Kommandant Burggraf und Graf zu Dohna-Schlodien, ist von seiner zweiten mehrmonatigen Kreuzfahrt im Atlantischen Ozean nach einem heimischen Kriegshafen zurückgekehrt.

Das Schiff hat 22 Dampfer und 5 Segler mit 123 100 Br.-Reg.-To., darunter 21 feindliche Dampfer, von denen 8 bewaffnet waren, und 5 im Dienste der englischen Admiralität fuhren, und vier feindliche Segler aufgebracht.

- 1. Voltaire, englischer Dampfer mit einem 12-Zentimeter-Geschütz, 8817 Br.-Reg.-To., in Ballast.
2. Halsbjerg, norwegischer Dampfer, 2587 Br.-Reg.-To., Stückgut.
3. Mount Temple, englischer Dampfer, mit einem 7,5-Zentimeter-Geschütz, 9792 Br.-Reg.-To., Lebensmittel, Stückgüter, Pferde.
4. Duches de Cornwall, englischer Segler, 152 Br.-Reg.-To., Fische.
5. King George, englischer Dampfer, 3852 Br.-Reg.-To., Zypsilivstoffe, Lebensmittel, Stückgut.
6. Cambrian Range, englischer Dampfer, 4235 Br.-Reg.-To., Weizen, Stückgut.
7. Georgie, englischer Dampfer, mit einem 12-Zentimeter-Geschütz, 10077 Br.-Reg.-To., Weizen, Fleisch, Pferde.
8. Harrowdale, englischer Dampfer, 4632 Br.-Reg.-To., Munition, Lebensmittel und Kriegsbedarf.
9. Saint Ivesore, englischer Dampfer, 4092 Br.-Reg.-To., Kohlen.
10. Dramatic, englischer Dampfer, 5400 Br.-Reg.-To., Munition, Früchte.
11. Nantes, französischer Segler, 2000 Br.-Reg.-To., Salpeter.
12. Anidres, französischer Segler, 3100 Br.-Reg.-To., Weizen.
13. Hudson Horn, japanischer Dampfer, 3800 Br.-Reg.-To., Stückgut.
14. Radnorshire, englischer Dampfer, mit einem 12-Zentimeter-Geschütz, 4300 Br.-Reg.-To., Kaffee und Kakao.
15. Rinich, englischer Dampfer, 3890 Br.-Reg.-To., Kohlen.
16. Ketherby Hall, englischer Dampfer, 4400 Br.-Reg.-To., Reis und Stückgut.
17. Jean, kanadischer Segler, 215 Br.-Reg.-To., Zucker.
18. Staut, norwegischer Segler, 1200 Br.-Reg.-To., Ballast.
19. Brecknockshire, englischer Dampfer, mit einem 12-Zentimeter-Geschütz, 8400 Br.-Reg.-To., Kohlen.
20. French Prince, englischer Dampfer, 4800 Br.-Reg.-To., Hafer, Mais, Cornedbeef.
21. Eddi, englischer Dampfer, 2650 Br.-Reg.-To., Kohlen.
22. Katherine, englischer Dampfer, 2909 Br.-Reg.-To., Weizen.
23. Rhodanthé, englischer Dampfer, 3000 Br.-Reg.-To., in Ballast.
24. Emeralds, englischer Dampfer, 4680 Br.-Reg.-To., in Ballast.
25. Oiali, englischer Dampfer, 7400 Br.-Reg.-To., mit einem 12-Zentimeter-Geschütz, in Ballast.
26. Demeterston, englischer Dampfer, mit einem 7,5-Zentimeter-Geschütz, 6900 Br.-Reg.-To., Holz.
27. Governor, englischer Dampfer, mit einem 12-Zentimeter-Geschütz, 5500 Br.-Reg.-To., in Ballast.

Von diesen Fristen hat der englische Dampfer Harrowdale am 31. Dezember 1916 mit 469 Gefangenen einen deutschen Hafen, der japanische Dampfer Hudson Horn am 16. Januar 1917 mit den Besatzungen von Dramatic, Radnorshire, Rinich, Ketherby Hall, Nantes, Anidres den Hafen von Pernambuco erreicht, die übrigen wurden versenkt.

Seiner Majestät Hilfskreuzer Möwe hat 503 Gefangene mitgebracht. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die Jagd von einem Duzend und mehr Kriegsschiffen der Entente auf die Möwe, die schon einmal die schätzbare Beute von 60 000 Tonnen erbeutet hatte, ist also vergeltet gewesen. Das feindliche Schiff, das mit mehr als einem Namen - Pnyne, Vinceta - besetzt wurde, hat die fest Eindringung der Harrowdale-Brise bekannt 50 000 Tonnen in noch einer zweiten erhöhten Auflage auf den Grund des Meeres geschickt und konnte dann seine Fahrt, von der die Deckungslosigkeit zuerst Anfang Dezember erfuhr, in glücklicher Heimkehr nach Kiel zu Ende bringen. Auch diese Fahrt ist eine lehrreiche Tat. Sie wird in der Geschichte der Weltkriegs-Flotten ihr Recht und ihre Nummer haben.

Allgemeine Amnestie in Russland

Petersburg, 21. März. Ein Ulas der provisorischen Regierung besagt: Indem wir den gebieterischen Forderungen des nationalen Gewissens Folge leisten, ordnen wir im Namen der historischen Gerechtigkeit und zum Andenken an den endgültigen Triumph des neuen Regimes, das sich auf Recht und Freiheit gründet, eine allgemeine Amnestie an.

Die Brotfrage.

Die wöchentliche Brotration wird ab 15. April um ein Viertel - etwa 450 Gramm - herabgesetzt. Diese Nachricht würde uns wie ein Donnererschlag treffen, wenn nicht sofort hinzugefügt würde, daß für die ausfallenden Mengen ausreichender Ersatz zur Verfügung gestellt werden soll. In der Konferenz mit den Gewerkschaftsvorständen hat Herr v. Vatsch von Größe und Grauben gesprochen. Offizielle Berichte sprechen von Gemüsekonserven und namentlich von Kartoffeln, deren Hochernte auf 5 Pfund hinaufgesetzt werden soll. Der späte Frost, der uns in anderer Beziehung höchst unwillkommen war, hat die Kartoffeln in den Wäldern vor dem Verfaulen geschützt, also auch wieder ein Gutes gehabt. Und - Hauptsache! - die Fleischration soll erhöht werden, wie es heißt, auf das Doppelte der bisherigen Menge, und durch Reichsgeldscheine soll auch den Hinterbänkeltenden der Ankauf dieses hochwertigen Nahrungsmittels ermöglicht werden.

Für soviel gute Dinge könnte man die neun Schritte Brot, die uns wöchentlich entzogen werden sollen - täglich eine und an zwei Tagen zwei - getrost fahren lassen, nur muß man diese guten Dinge erst haben. Ist es notwendig zu sagen, daß die Bevölkerung etwas unruhig und misstrauisch ist? Heute wird es überall heißen: Ja, das Stück Brot, das man uns abgenommen hat, das ist nicht mehr da, es geht nicht mehr, es ist etwas anderes als Brot. Diese Unruhe muß sobald wie möglich beseitigt werden und zwar durch das einzige Mittel, das es gibt: durch den Gegenstandsbebeweis.

Die Märgung der Brotration ist notwendig, weil wir sonst nach den Berechnungen der Statistik vor der Ernte diese drohende Katastrophe gibt es nur dies eine Mittel, auch der Friedensschluß, den wir alle bis dahin jehulicht erwünschten, ist keines. Der Mangel ist in allen Ländern allgemein, und über die wieder geöffneten Grenzen würden keine wesentlichen Zufuhren kommen. Wir müssen also, sagen die Statistiker, jetzt mit wenigem auskommen, damit wir auch später wenigstens mehr als gar nichts haben. Das ist ein unerschütterlicher Schluß; falls die Voraussetzungen richtig sind.

Indes, von 100 Gramm Brot im Tag kann der Mensch nicht leben. Was vermieden werden soll, wird nur dann wirklich vermieden, wenn der Ersatz für die ausfallenden Brotmengen ausreichend, erreichbar und zur rechten Zeit bereit gestellt ist. Von diesem Standpunkt aus müssen die entscheidendsten Bedenken dagegen erhoben werden, daß die Neuregelung für das ganze Reich an ein und demselben Tag erfolgen soll.

Bis zu diesem Tag werden Reichsverteilungsstellen und Gemeinden eine ungeheure Arbeit zu bewältigen haben. Berechnungen müssen aufgestellt werden, Güterzüge müssen auf und ab rollen, lokale Verteilungspläne müssen ausgearbeitet werden. Wenn eine einzelne Provinz oder Gemeinde mit ihren Vorbereitungen zurückbleibt und trotzdem am Vorfallstag die Märgung der Brotration eintritt, so ergibt das Zustände, deren Schilderung man sich besser erspart. Eine Bewahrung der Bevölkerung wird nur dann vermieden werden, wenn man ihr die Gegenwerte in die Hand gibt, noch ehe man ihr das Brot entzieht.

Grüße, Graupen, Gemüsekonserven, Kartoffeln, Fleisch, das ist auf einmal ein bißchen viel. Man könnte fast befürchten, und nahen Festwochen, in denen wir uns den Magen verderben würden. Wäre es nicht besser, es könnte uns möglichst bald bestimmt gesagt werden: Ihr bekommt dies und das und nichts anderes, und zwar so und so viel, nicht mehr und nicht weniger? Die Antworten würden wahrscheinlich nicht in allen Gemeinden gleich ausfallen, Hauptsache aber ist, daß sie überall gleich bestimmt und gleich vertrauens-erweckend sind.

Wie es heißt, sollen die Zulagen für Schwarzarbeiter bleiben, die für Jugendliche aber wegfallen. Auch über die Bedeutung dieser Maßregel wird ein abschließendes Urteil erst möglich sein, wenn die Ersatzfrage vollkommen klar gelöst ist. Nicht vergessen darf werden, daß das Brot das am leichtesten transportable Nahrungsmittel ist, das in Verfall und Kontar für den Tagesbedarf mitgenommen werden kann, daß also die Ernährungsamarrigkeiten von Personen, die tagtäglich vom häuslichen Herd weit entfernt sind, gesteigert werden.

Auch der Lösung der Fleischfrage wird man mit Spannung entgegensehen. Was soll das Fleisch den Hinterbänkeltenden kosten, und wo wird die Grenze zwischen Hinterbänkeltenden und Vorseggelien gezogen werden? Daß dabei auf die Kaufkraft der Familie Rücksicht genommen werden wird, darf als selbstverständlich gelten. Lediglich dürfte die Sache so gemacht werden, daß die Hinterbänkeltenden Fleischmarken bekommen, die zu-

gleich als Zahlungsmittel dienen. Bleibt aber das, was sie bar hinzuzahlen haben, so hoch, daß sie dennoch auf den Kauf verzichten, so wird — das läßt sich dann nicht verhindern — ein schamloser Fleischmarkt die Folge sein. Die Mengen von Fleischmarken, die heute schon von den Hinterbänkern nach den Vorderbänkern gehen, sind ja leider statistisch nicht erforscht. Man hüte sich, einen Zustand zu schaffen, der den Minderbemittelten nur Scheingerichte gewährt, während er den Besseren den Weg zu den Fleischstücken öffnet, die eigentlich für die Armen bereitgestellt sind.

Die Herabsetzung der Fleischpreise für die Minderbemittelten führt nur dann zum angestrebten Erfolg, wenn der herabgesetzte Preis für sie wirklich erschwinglich ist. Einstweilen wollen wir uns gerne der Hoffnung hingeben, daß es doch besser kommen wird als mancher heute befürchten dürfte. Für die nächste Zeit erwarten wir von den Behörden klare und eindeutige Mitteilungen über Art und Weise der geplanten Maßnahmen, umfassende Vorbereitungen und — um es zu wiederholen — die bestimmte Zusicherung, daß ausreichender Ersatz noch vor der Kürzung der Brotration geliefert werden wird.

Es bleibt noch übrig, die Wirkung der Nachricht auf das Ausland in Erwägung zu ziehen. Unser Rationierungssystem bringt es ohnehin mit sich, daß unsere Gegner jeden Bissen Brot und jede Kartoffel, die wir verzehren, zählen können. Ein Verlickspiel hätte da gar keinen Sinn. Auch über die Stimmung der Bevölkerung können sich die Gegner bei einiger Fähigkeit zu psychologischer Beurteilung ein ziemlich klares Bild machen. Ubertreibungen werden desto sicherer verhütet, je weniger man etwas zu verbergen sucht. Sagen wir also: die Stimmung der Bevölkerung ist noch nicht so, daß durch sie das Urteil über die Tragweite ihrer Handlungen gerührt würde, und es ist Pflicht der Behörden, dafür zu sorgen, daß sie niemals so wird.

Die Ereignisse in Rußland.

Miljukow an die Botschafter der Alliierten.

Amsterdam, 22. März. Der Petersburger Korrespondent der „Times“ telegraphiert seinem Blatte aus Petersburg vom Montag: Der Minister des Aeußern Miljukow hat die Botschafter und Gesandten der alliierten Länder heute offiziell von der Abhaltung des Jaren und der Uebernahme der Leitung der Staatsgeschäfte durch die provisorische Regierung in Kenntnis gesetzt. Er sprach die Hoffnung aus, daß die Vertreter der alliierten Länder ihn unterstützen würden, um die Bande zwischen Rußland und seinen Bundesgenossen zu stärken. Sir George Buchanan antwortete, er freue sich, persönliche Beziehungen zu Miljukow anzuknüpfen zu können. Diese gegenseitigen Versicherungen können als Anerkennung der Regierung de facto, aber nicht de jure betrachtet werden.

Der Rat der Arbeiter und Soldaten.

Der Anseh der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten hat, wie der „Times“ vom Montag gemeldet wird, einen Aufschwung verzeichnet, die Arbeit in Petersburg morgen wieder aufzunehmen. Die Fabriken in Moskau arbeiten wieder. Hunderte von Abgeordneten der Gruppen in den Provinzen befinden sich auf dem Wege nach Petersburg. Sie wollen alle an den Verhandlungen des Ausschusses der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten teilnehmen.

Dienstag meldete der Korrespondent der „Times“ aus Petersburg, er habe einen Zug von Menschen aus den unteren Klassen gesehen. Sie trugen rote Banner mit der Aufschrift: Freiheit und Land! Tod den Verhassten und Tod den Tyrannen! Es war das Gerücht verbreitet, daß die Jarin und ihre Familie sich im Taurischen Palast befinden. Die aufgeregte Menge verlangte die Häupter der Jarin und der früheren Minister. Justizminister Kerenski hielt eine Ansprache, in der er auf die Notwendigkeit hinwies, gegen die Deutschen zu kämpfen, da die Bevölkerung sonst in Gefahr geraten würde, selbst die Köpfe einzubüßen.

Die englischen Berichte zeigen sich eifrig bemüht, Nachrichten zu verbreiten, die Kerenski in den Kriegsfällen als Parteigänger Miljukows erscheinen lassen. In der Duma ist Kerenski unzweifelhaft als Gegner von Eroberungen und nicht als deutschfeindlicher Kriegsförderer aufgetreten. Jetzt soll seine Haltung ins Gegenteil umgeschlagen sein. Man wird die englischen Nachrichten sehr mit Vorsicht zu lesen haben, auch in Bezug auf Angaben über den sozialistischen Anteil an der Revolution.

Die erste Aufgabe der Regierung.

Bern, 22. März. „Corriere della Sera“ meldet aus Petersburg: Ministerpräsident Fürst Swoff erklärte in einer Unterredung, die erste Aufgabe der Regierung sei, die lokalen Behörden zu organisieren und dem Lande die Ordnung wiederzugeben. Nach Erreichung dieses Zieles werde die Regierung ein genaues Programm bekanntgeben. An die Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeiten sei nicht zu denken, der Volkswille sei in der provisorischen Regierung konzentriert, die bis zur Einberufung der konstituierenden Versammlung auf dem Posten bleiben werde.

Der Prozeß Suchomlinow.

Amsterdam, 22. März. „Allgemeines Handelsblatt“ meldet: Der Ministerrat hat den Justizminister Kerenski beauftragt, den Prozeß gegen den früheren Kriegsminister Suchomlinow, der des Hochverrats beschuldigt ist, zu beschleunigen.

Sebastopol.

Aus Stockholm berichtet die „Frankfurter Zeitung“: Der Kommandant von Sebastopol, Generalleutnant Smirnow, hat am 16. März einen Befehl des Oberbefehlshabers der schwarzen Meeres-Flotte bekannt, den vorkommenden Ausschuss Reichsduma gemäß des im kaiserlichen Hauptquartier geschlossenen Vertrages zu unterstützen. Die meisten Stellen sich auf die Seite des sozialistischen Arbeiterschusses, dessen Errichtung dort bereits am 12. März amtlich geworden war. Die Festung Sebastopol ist bereits in den Händen der Revolutionäre.

Inlands Verfassung wiederhergestellt.

Petersburg, 21. März. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die provisorische Regierung veröffentlicht ein Manifest, das die finnische Konstitution völlig bestätigt ihre volle Anwendung anordnet. Das Manifest gewährt

aufßerdem eine weitgehende politische Amnestie und schreibt für die nächste Zeit die Einberufung des Landtages vor.

Das zaristische Regime hatte die Forderung, den Landtag einzuberufen, immer wieder, zuletzt bis in dieses Jahr hinausgeschoben. Jetzt ist das trügerische, aufreizende Hinhalten mit jähem Schlage beendet worden. Dem „Allgemeinen Handelsblatt“ wird aus Petersburg vom 21. telegraphiert, daß in dem Manifest, das die Verfassung von Finnland bestätigt und wiederherstellt, auch eine Erweiterung der Befugnisse des finnischen Landtages versprochen wurde.

Der „Temps“ meldet, Minister Kerenski habe die sofortige Freilassung des früheren Präsidenten der finnischen Landtags, Ewinhuud, beschlossen.

Der tapfere Verteidiger finnischer Rechte schmachtet in Sibirien. Als die dringende Forderung, den Vergewaltigten freizugeben, von der russischen Regierung vor anderthalb Jahren mit der Erlaubnis beantwortet wurde, seinen Verbannungsort zu wechseln, schlug Ewinhuud diese „Begnädigung“ aus. Er wollte sein ganzes Recht und blieb in den entwürdigenden, qualenden Verhältnissen, die während des Weltkrieges von den Ehernen des Zarismus zahlreichen politischen Verächtern aufgehaßt worden sind.

Kriegswind mit Friedenssäufeln.

Meldungen aus Amerika.

Der beschleunigten Berufung des Kongresses der Vereinigten Staaten auf den 2. April schließt sich eine Reihe Meldungen an, in denen die Kriegsbrühe wieder heftiger stößt. Zunächst deutet nichts darauf hin, daß die Torpedierung der drei amerikanischen Dampfer das Hindernis breiter aufgerissen hat. Aber daß die Kriegstreiber sich den Fall zuzunehmen gemacht haben, ist wohl als selbstverständlich anzunehmen. Eine Wirkung ihres Vorgehens wird man in der Tonart der jetzt einlaufenden Nachrichten erkennen dürfen. Man redet von der Kriegsfertigkeit, mißt aber zugleich einen Friedenslaut ein. An der Haltung des Präsidenten hat sich im wesentlichen also zurzeit noch nichts geändert, wenigstens nicht nach außen hin, und sie wird auch wohl einwirken bis zum Zusammentritt des Kongresses so bleiben, wie sie sich jetzt gibt.

Die „United Press“ meldet aus Washington: Nach einer dreistündigen Kabinettsitzung wurde eine Erklärung nicht abgegeben, es wurde nur die Tatsache zur Kenntnis gebracht, daß alle Maßregeln für den Krieg getroffen seien. Die Presse und höhere Beamte sagen, es sei lediglich eine Frage von Tagen, bis die Kriegserklärung erfolgen wird. Die Presse ist überzeugt, daß Wilson Unterhandlungen mit Frankreich und England über ein gemeinschaftliches Abpatrouillieren des Ozeans gegen Tauchboote angestreift hat.

Ein eigenes Kabellegramm des Schweizer Preßtelegraphen meldet aus New York vom 20. März: Im breiten Volk wird die internationale Lage ruhig beurteilt. Die Politiker sind der Ansicht, daß der Kriegszustand tatsächlich eingetreten sei. Wilson läßt sich jetzt trotz aller Forderungen nicht drängen zu einer Kriegserklärung. Er ist der Ansicht, daß durch die russische Revolution das Zustandekommen einer Konferenz zum Zwecke der Beratungen über die Sicherheit des zukünftigen Friedens näher gerückt sei, bewahrt aber über sein zukünftiges Vorgehen Stillschweigen. Die Finanzkreise sind sich über die im Kriegsfall zu treffenden Maßnahmen nicht klar.

Auch ein von Wolff übermitteltes Berner Telegramm gönnt den pazifistischen Wünschen ein beruhigendes Wort. Es sagt: Nach einer Washingtoner Meldung ist Wilson, ohne sich durch die Stimmen der Kriegsheter beeinflussen zu lassen, der Auffassung, daß die russische Revolution die Möglichkeit einer Friedensliga näherrücke.

Zugleich laufen aber Meldungen ein, aus denen sich ergibt, daß die Arbeit der Kriegsvorbereitungen munter fortgesetzt wird. Die Agence Havas berichtet vom 21. März aus New York: Das Marineministerium ladet die Werftstätten für Schiffbau ein, anzugeben, wieviel kleine Schiffe zur Zerstörung von Tauchbooten sie in möglichst kurzer Zeit zu liefern vermögen. Und Reuter berichtet aus Hartford in Connecticut: Die meisten atlantischen Uferstaaten haben bereits Geld für die Verteidigung gegen jeden möglichen Angriff bewilligt. Gouverneur Holcomb erklärte, die darauf bezügliche Gesetzgebung sei beschleunigt worden, da man die Nachricht erhalten habe, daß sich in Connecticut Leute aufhielten, deren Feindschaft sich im Falle eines Krieges bemerkbar machen würde. Es werde nächstermehle erzeigt, aber nicht im Interesse der Vereinigten Staaten. Auch mit den in Munitionswerken beschäftigten Leuten würde man im Kriegsfall Schwierigkeiten haben.

Man ist also zwar noch nicht fertig für den Kriegsfall, möchte aber dies Ziel mit Sturmschritten erreichen.

Ribots Regierungsprogramm.

Die Wiedereroberung Elsaß-Lothringens. — Einstimmiges Vertrauen der Kammer.

Haag, 22. März. Havas meldet aus Paris: Die Kabinettsklärung, die gestern mittag in der Kammer und im Senat verlesen wurde, beginnt: Nach kaum 30 Monaten sind wir in die entscheidende Phase dieses schrecklichen Krieges getreten, in den wir durch einen nicht zu entschuldigenden Angriff geküßt sind und den wir entschlossen und mit der äußersten Kraft lären werden, bis der Sieg ertungen ist; nicht wie unsere Feinde besetzt von einem Geiste der Gewalttätigkeit und Eroberung, sondern mit der festen Absicht,

die Provinzen, die uns früher entrissen wurden, zurückzuerobern, Entschädigung und Bürgschaften für die Zukunft zu verlangen und einen dauerhaften Frieden vorzubereiten, der auf die Vorehrbietung vor den Rechten und Freiheiten der Völker gegründet ist.

Wir begrüßen betragt die Befreiung eines Teils der besetzten Gebiete unseres Vaterlandes, welcher so lange durch den Einfall des Feindes bedroht war. Obschon dieser Rückzug zweifellos nur das Vorspiel neuer schwerer Schlachten ist, in denen der Feind seine letzten Kräfte vergeuden wird, fällt Frankreich sein Vertrauen auf Grund dieser Resultate unserer unerschütterlichen Zähigkeit und der ausgezeichneten strategischen Maßnahmen unserer Heerführer wachsen.

Ueber die russische Revolution heißt es dann:

Die Regierung begrüßt die Volkserhebung in Rußland und spricht den Wunsch aus, daß sie sich ohne Anwendung von Gewalt und ohne Unruhen vollziehen möge.

Die Erklärung stellt dann fest, daß die Frage des Oberbefehls auf die einfachste Weise gelöst worden sei. Die Regierung beherrscht vollkommen alles, was mit der Organisation und den Unterhalt der französischen Armeen zusammenhänge. Bezüglich der Presse sagt die Regierung, daß sie unwahre Berichte und eine Preßkampagne, die die republikanischen Einrichtungen in Verfall bringe, unterdrücken werde, aber daß sie die freie Meinungsäußerung ehrenbeifig begrüße. Die Regierung werde auch die Einheit im Auftreten zwischen Frankreich und seinen Bundesgenossen aufrecht erhalten und fördern.

In der Debatte erklärte Robert die landwirtschaftliche Lage für beunruhigend. Augouneur sagte, die Genesungsfrage sei der wichtigste Punkt, seit zwei Jahren sei der Gesundheitszustand des Landes durch das Verbot, schlechte Nachrichten zu kommentieren, verschleiert worden, man habe dadurch einen gefährlichen falschen Optimismus geschaffen, der alle Energie löte.

Nach der Aussprache nahm die Kammer bei Anwesenheit von 440 Abgeordneten eine Tagesordnung, die der Regierung das Vertrauen ausdrückt, einstimmig an.

Der Krieg auf den Meeren.

Ein deutscher Hilfskreuzer im fernen Osten?

Ist die Kunde der einzige deutsche Hilfskreuzer, der auf den Weltmeeren jagt? Mehrfach ist vermutet worden, sie habe noch Geschwister. Auch jetzt wieder taucht eine Mitteilung dieser Art auf. Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet aus Stockholm:

Der japanische Admiralität ordnete wegen des Erscheinens eines deutschen Hilfskreuzers im fernen Osten an, daß alle Fahrzeuge in japanischen Gewässern durch Kriegsschiffe begleitet werden sollen. Eine Basis für deutsche Tauchboote im fernen Osten soll, wie es weiter heißt, festgestellt worden sein.

Daß die Ententeemächte Grund zu ihren Befürchtungen und Vorsichtsmaßregeln haben, wird durch eine Äußerung des russischen Bureaus bestätigt, das in Anknüpfung an Bemerkungen Carlons über die weite Verbreitung deutscher Minen sagt: Die Engländer würden sich „vielleicht noch weiter wundern, wo überall in der weiten Welt deutsche Minen vor englischen Häfen und Küsten liegen.“

Das versenkte französische Großkampfschiff.

Berlin, 22. März. Amtlich. An der Unterengasse des Mittelmeers am 19. März versenkten französischen Großkampfschiffes wurde von dem Unterseeboot eine Riste aufgeschifft, die Briefe enthielt, aus denen festgestellt werden konnte, daß das versenkte Schiff das französische Linienschiff *Danton* war.

Zwei englische Minensucher gesunken.

London, 22. März. Die Admiralität meldet: Zwei Minensucher sind auf Minen gelaufen und gesunken. Auf dem einen Fahrzeug kam niemand zu Schaden, während von dem zweiten 14 Mann das Leben verloren.

Aus der Räumungszone im Westen.

Berlin, 22. März. (W. T. B.) Die englisch-französischen Truppen fühlen im geräumten Gebiet gegenüber den schleierartig aufgestellten deutschen Sicherungen nur langsam vor. An verschiedenen Stellen sind die Alliierten dazu übergegangen, sich einzugraben. Ihre Verluste bleiben andauernd hoch. Nordöstlich von Peronne und auf dem Nordufer der Aisne, wo die Franzosen gestern zweimal verlustreich geworfen wurden, kam es zu schwereren Zusammenstößen mit dem Gegner. Entgegen einer Meldung des Eifelturms vom 21. März vollzog sich die Räumung von Nonoy ebenso wie der übrigen Ortschaften in großer Ruhe und ohne jeden Gewaltakt. Südöstlich von Berry-au-Bac drang eine Patrouille in den feindlichen Graben ein und kehrte mit fünf Gefangenen und einem Maschinengewehr zurück. Von der für den März geplanten einseitlichen Frühjahrs offensive der Entente ist vorläufig nur der Balkan übriggeblieben, wo die Franzosen fortfahren, sich in vergeblichen blutigen Angriffen aufzuopfern. Alle Angriffe nördlich Monastir wurden abgewiesen; eine neu aufgeführte Batterie wurde durch deutsches Zerstörungsgeschütz zusammengehauen. Bei den Gegenstößen am 20. wurden außer einer Anzahl Gefangener 20 Maschinen- und Schnellabgewehre eingebracht.

Feindliche Kriegsberichte.

Fransösischer Heeresbericht vom 21. März, nachmittags. An der Straße Ham—St. Quentin Scharrmüßel zwischen unserer Kavallerie und feindlichen Abteilungen. Ostlich von Ham nahmen unsere Truppen gestern abend in glänzendem Angriff das Schloss von Sarrilobis und das Dorf Jussa, trotz der lebhaften Verteidigung der Besatzung. Südlich von Chauny halten wir die allgemeine Linie der Ailette besetzt. Alle erreichten Stellungen werden hart eingerichtet. Nördlich und nordöstlich von Soissons rücken wir in der Nacht links und rechts der Straße nach Vaon bedeutend vor und nahmen etwa zehn neue Dörfer.

Abends. Nördlich von Ham ist die Lage unbedeutend; unsere leichten Truppen bleiben zwischen Rourh und St. Quentin in Verührung mit dem Feinde. Westlich von Ham haben wir am Vormittag an zwei Stellen den Uebergang über den Somme—Talaal erzungen; trotz heftigen Widerstandes der Deutschen hat diese scheinbar durchgeführte Operation uns den Erfolg gebracht. Die nördlichen und östlichen Ufer des Kanals vom Feinde frei zu machen und ihn bis an die Dorftränder von Clotres und Montecourt zurückzudrängen. In dieser Gegend hat der Feind Ueberflutungen hervorgerufen. Die meisten Dörfer vor unseren Linien in der Gegend von St. Quentin stehen in Flammen. Nördlich von Torgny sind wir vorgebrungen. Im Ailette—Tal einige Patrouillenscharrmüßel. Der Feind, welcher das östliche Ufer des Kanals von Crozat und der Ailette stark besetzt hält, hat unsere Linien lebhaft beschossen. In der Gegend nördlich von Soissons haben wir erhebliche Fortschritte gemacht und mehrere lebhafte Gefechte gehabt; die meisten der eroberten Dörfer sind vollständig zerstört.

Englischer Heeresbericht vom 21. März. Südöstlich und östlich von Peronne gingen unsere Truppen während der letzten 24 Stunden rasch vor und erreichten Punkte von etwa zehn Meilen östlich von der Somme. Wir besetzten in dieser Gegend weitere 40 Dörfer. Zwischen Kurin und Arras fängt der Feind an, an einer Anzahl von Orten bedeutenden Widerstand zu leisten, aber die Nachhut werden ständig aus ihren Stellungen vertrieben und der Vormarsch dauert an.

Das „Anbinden“ — verboten.

Das Verordnungsblatt für das I. u. L. Heer veröffentlicht die folgende Entschlieung:

Im Vertrauen auf die stets betonte Disziplin und den in harter Kriegszeit glänzend erprobten Geist meiner tapferen Wehrmacht, fühle ich mich bestimmt, die Strafe des „Anbindens“ aufzuheben.

Frau Zeineb.

Aus dem Türkischen des Salub Kadri. Uebersetzt von C. Franz.

„Mutter, komm schnell, es klopf!“ „Gott sich mir bei, wer mag das wohl um diese Zeit sein?“ „Vielleicht kommt Nachricht von Hassan! Mein Gefühl sagt mir so. Komm schnell, Mutter!“ Auf diese Worte ihrer Schwiegertochter hin sprang Frau Zeineb vor Aufregung auf und lief, sogar ohne die Holzschuhe anzuziehen, an das Hausstor. In der Tat war der alte Dorfgendarm Osman Efendi, der Zeineb immer Nachricht von ihrem Sohn brachte, da. „Osman Efendi, ist ein Brief da?“ „Ja, aber nicht gerade für dich! Hüß deinen Kopf ein und komm ein wenig bis zur Moschee mit. Ich hab dir was zu sagen!“ Frech des Borgelübs einer mehr oder weniger unglücklichen Nachricht, weil Osman Efendi sie auf diese Weise angelächelt hatte, verlor Frau Zeineb nicht die Fassung. Sie erging sich nicht wie sonst Frauen in überflüssiger Aufregung und unnötigen Geschrei; denn ihre Schwiegertochter war im neunten Monat schwanger und lauschte an der Schwelle der inneren Haustür im Dunkeln. „Mutter, was ist's? Was hat sichgetragen?“ Frau Zeineb nahm ruhig ihren Umhang und schlüpfte in die Schuhe. „Nichts“, sagte sie; „Osman Efendi ist gekommen; es ist ein Brief da, sagte er. Wir wollen jetzt zur Moschee gehen und ihn uns durch den Imam vorlesen lassen.“ Während sie dies sagte, folgte sie Osman Efendi. Auf dem Wege fragte sie sein Wort. Ueber die Art der Nachricht, die sie von ihrem Sohn erhalten würde, war sie jetzt gleichsam unterrichtet. Alles lehrte sie von den Ramanzangebeten in sein Haus zurück. Im Hofe der Moschee brannte eine matte und rauchgeschwärtzte Laterne. Sowie Frau Zeineb und der Gendarm Osman Efendi unter diese Laterne gekommen waren, blieben sie stehen. Osman sagte, ohne Frau Zeineb anzusehen: „Der Brief ist ziemlich lang; ich werde ihn nicht in ordentlicher Weise lesen können. Wart! Tu da ein wenig; ich will den Hodscha rufen; er soll ihn lesen und erklären.“ Frau Zeineb war ihrerseits, da sie einen langen Weg zurückgelegt hatte, schwach und hockte sich an dem Ort, wo sie sich befand, nieder. „D. Erlaubter, was mag es wohl sein?“ sagte sie in ihrem Innern, und stierte geistes in die Finsternis. Es dauerte nicht lange und der Gendarm Osman Efendi kam mit dem Imam; auch sie hockten sich leise bei der Laterne ganz nahe bei der alten Frau nieder. Der Imam las zuerst ganz genau die Aufschrift des Briefumschlages. An Zeineb's Hand, die Frau des verstorbenen Ortsvorstehers Musa durch Vermittlung des Gendarmereferenten Osman Efendi im Städtchen A, zugehörig zum Distrikt Kara Agadich im Vilajet Sidin.

Frau Zeineb hörte, während sie sich ihre Augen mit Tränen füllten, dem Verlesen dieses einen Satzes durch den Imam zu, sobald aber die Reihe an den eigentlichen Brief kam, fing ihr Herz zu klopfen an. „Von wem ist der Brief, Hodscha? Schau mal nach der Unterschrift, Imam! Von wem ist der Brief?“ Der Geistliche gab keine Antwort; er las zuerst den Brief mit leiser Stimme Wort für Wort für sich. Bei der Unterschrift machte er lange, lange Halt, dann wiederholte er noch einmal das lautlose Vorlesen. Frau Zeineb verlor die Geduld. „Imam Hodscha, sag, was ist's? Ist es von Hassan?“ Der Hodscha hob sein würdevolles Haupt und blickte der alten Frau lange Zeit starr in die Augen. Dann sagte er plötzlich: „Hassan ist Märtyrer geworden, Gott erhalte dich!“ Frau Zeineb konnte zunächst nichts verstehen. Es war ihr, als ob die Laterne, in deren Licht sie sich zusammengedrängt hatten, samt den Gläsern und ihrer Flamme auf ihre Köpfe herabgefallen wäre. Sie drückte ihre Hände an die Schläfe und brach an dem Platz, wo sie hockte, zusammen. Einem Haufen alter Kleider ähnlich blieb sie eine ziemliche Zeitlang sprach- und regungslos liegen, dann fing sie ganz leise mit langen und unregelmäßigen Unterbrechungen aus tiefster Seele zu schluchzen und zu weinen an. Der Imam der Moschee und der Gendarm ließen sie einige Zeit in Ruhe, damit sie ihr Herz erleichtere; danach standen beide zugleich auf und saßen die am Boden knauernde bei den Schultern und wollten sie aufrichten. Ihr Körper geriet immermehr in die Erschütterungen erregten inneren Schluchzens. Dazwischen lagte sie: „D. mein Junge, o!“, und machte eine Bewegung, als ob sie ihre Brüste zerreißeln wollte. Dann verstummte sie: „In zwei, drei Tagen wird noch dazu sein Kind auf die Welt kommen.“

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeicomman von Gabriela Zapolsta.

„Kannst lange suchen, du nichtswürdiger Schuft... Die Pest wirst du finden, nicht den jungen Herrn!“ dachte sie. Schlechtlich wandte sich Markowski zu ihr: „Wozu ist er nach Warschau gefahren?“ fragte er zum Schein. „Ich weiß nicht! Er sollte über Warschau zu Verwandten aufs Land reisen.“ „Nun, und wo ist sein Zimmer?“ „Hier?“ Sie führte Markowski in Kazjos Zimmer. „So ist er abgereist und hat alles in der größten Unordnung zurückgelassen?“ Ihre Augen begegneten sich und sahen einander bis in die Tiefe der Seele. „Du kleine Kanaille“, sagte Markowski schließlich und berührte ihre Wangen leicht mit dem Finger. Juzia wich zurück. An dieser Stätte hatte Kazjo vorhin einen Fuß auf ihre Ehre gedrückt, und sie fühlte noch jetzt die Rippen des Jünglings. Markowski sah sie verblüfft an und sagte: „Ich gehe also... bring die Sachen hin, dann komm zu mir zum Tee. Aber vor Tagejew kein Wort, daß ich ihn nicht gefunden habe. Verstehst du? Ich werde ihn bis zum Abgang des Zuges suchen. Wenn ich ihn nicht finde, dann komme ich zurück und wir trinken zusammen Tee. Nicht wahr, Liebste?“ Er verließ die Wohnung, von Semipudov gefolgt, und ließ Kluskin, um den Schein zu wahren, zum größten Schrecken der Köchin in der Küche zurück. Nun begann eine Wanderung durch Aueipen, Haustore, Kirchen, Läden, Freudenhäuser, mit einem Wort, durch alle die Stätten, in denen Markowski Kazjo bestimmt nicht vermutete. „Um die Zeit totzuschlagen“, dachte Markowski mit einem matten Lächeln der Genugtuung, daß er Tagejew schäbe. „Sieh das Fräulein an, aber sprich nicht mit ihr!“ sagte Tagejew rauh zu Juzia, als sie mit den Sachen vor der Kasse erschien.

Der Junge meines Jungen! Mein Junge ist gegangen, sein Junge kommt. Was ist das, o Allah, was ist das, o Herr!... Auf diese Worte sagte der Sergeant Osman mit fester und lauter Stimme: „Wenn es so ist, nimm dich zusammen und schweig! Denn hörte deine Schwiegertochter von der Sache, sind gleich zwei Leben auf einmal vernichtet. Bedenke einmal, der Gefallene ist zwar dein Kind, aber er ist ihr Mann und dazu der Vater des Kindes, das sie unter dem Herzen trägt. Wenn die Frauen jung sind, wenn sie gar noch dazu schwanger sind, können sie durchaus keinen Schmerz vertragen. Wenn Du nach Hause zurückkehrst, in alles, damit Deine Tränen trocken, den Dir eine Lüge aus, wie wir haben gute Nachrichten von Hassan“ und ließ einige Tage Deine Zähne zusammen. Die Frau soll gerettet werden; danach tu, was Du willst!“ Frau Zeineb erwiderte, während sie sich die Tränen aus den Augen wusch: „Osman Efendi, Du hast Recht! Aber es tut, ist schwer! Du weißt nicht, wie mein Herz brennt...“ Hier mischte sich der Imam, der an der Seite in Gedanken geblieben war, in das Gespräch ein: „Den Gefallenen zu beweinen, ist eine Sünde. Und dann hat Dir Gott eine besondere Gnade verliehen; den einen hat er genommen, für ihn schickt er einen anderen.“ Frau Zeineb's Schluchzen verstieg: humpelnd schlug sie den Weg nach ihrem Haus ein. Osman Efendi und der Imam folgten ihr fünf bis zehn Schritte hinterher. Die alte Frau blieb, als ob sie den Weg nach ihrem Hause vergessen hätte, alle Augenblicke stehen und schaute ganz verstört nach ihrer Umgebung; dann fing sie wieder stammelnd Schritte zu geben an. Sobald sie vor der Haustür angelangt war, wusch plötzlich ihre Herzweilung so sehr, daß sie sich mit dem Gesicht zu Boden werfen und laut schluchzend zu weinen anfangen wollte, aber ihre Schwiegertochter erwartete sie gerade hinter der Tür: „Mutter, was gib's? warum kommst Du so spät? Ich vergebte der Aufregung! Sprich, Mutter, was gib's?“ „Nichts... Gutes, Gutes, mein Kind! Für Dich ein Gruß von ihm... Gutes, mein Kind...“ Frau Zeineb wollte unmittelbar nach diesen Worten, die in einem Augenblick, so kurzbar wie der Augenblick des Vercheidens, gesprochen wurde, vor der Tür zusammen brechen. Aber trotz allem verlor die standhafte und hebräische Anatolierin ihre Fassung nicht, sie erforderte sogar, um ihre Trauer zu verbergen, folgende drohliche List: „Gerade da“, sagte sie, „da... ich weiß nicht, was geschehen ist; als ob der Schlag, wo ich hingetreten, schnell nachgegeben hätte, hat sich mein Fuß auf einmal so verstaucht, daß der Schmerz mich beinahe verrückt gemacht hätte.“ Während sie das sagte, fiel sie, sich gewohnheitsmäßig dahinschleppend, ins Haus hinein, und fing mit den Worten: „D. Gott, mein Fuß, o Allah, ich halte den Schmerz nicht aus!“ zu weinen an.

So trauerte Frau Zeineb eine ganze Nacht und einen ganzen Tag, indem sie statt „o mein Sohn“, „o mein Fuß“ sagte. Die Schwiegertochter aber bemerkte nicht die List eines Augenblicks; sie vergaß ihre eigenen Schmerzen und war damit beschäftigt, zur Linderung der Schmerzen ihrer Schwiegertochter Mittel zu suchen. Ueber diese Nacht waren kaum vier Tage vergangen, als des Glaubenszeugen Hassan Frau einen braunroten, strammen Jungen zur Welt brachte. Sobald Frau Zeineb das Kind auf den Schoß nahm und berührte, schien sie für einen Augenblick die große Trauer in ihrem Herzen vergessen zu haben; und während sie, ihre Augen voll Tränen, den Mund dem Ohr des Neugeborenen näherte, sagte sie leise mit schluchzender Stimme: „Meiner Engel, du kommst aus dem Paradies; sicher hast du dort deinen Vater getroffen, denn überall an dir ist sein Hauch. Sprich, hat er uns nicht sagen lassen; sprich, wie ist's ihm?“ Und Kind und Großmutter fingen beide auf einmal zu weinen an.

Das elektrische Operationsmesser.

Das neueste Operationsverfahren, dessen Notwendigkeit durch den Krieg immer dringlicher wurde, stützt sich auf der Elektrizität, deren verschiedenartige Anwendung für den Fortschritt der modernen Wissenschaft besonders charakteristisch ist. Das Operationsverfahren mit Hilfe des sogenannten „elektrischen Messers“, das Dr. Theodor Wietens in der „Umhüll“ schildert, bringt den elektrischen Strom in seiner einfachen ursprünglichen Form, nämlich den Schwachstrom, in der Medizin wieder zu neuen Ehren. Das elektrische Messer selbst ist das Ergebnis zahlreicher Versuche, die seit Kriegsbeginn hauptsächlich von den Chirurgen unternommen wurden. Dieses Verfahren bezieht sich auf den elektrischen Organen des Menschen, als welche Gehirn, Rückenmark, Nerven und Muskeln

bezeichnet werden, weil sie gegenüber dem Durchfluß eines elektrischen Stromes ein bestimmtes Verhalten zeigen. In diesem System bilden Rückenmark und Nerven die leitenden Kabel, als deren Endstation einerseits das Gehirn, andererseits die Muskeln und die Haut funktionieren. Es handelt sich um mikroskopisch feine Einzelleitungen, die zu Tausenden nebeneinander liegen und voneinander isoliert sind. Dieses elektrische System im menschlichen Körper ist zwei Leitungen, der motorischen und sensiblen, unterworfen. Die motorische Leitung führt vom Gehirn durch das Rückenmark und die Nerven zu den Muskeln, die auf diese Weise vom Gehirn die Aufträge erhalten, wodurch der Denkfakt des Willens zur ausführenden Bewegung wird. Bei der sensiblen Leitung ist umgekehrt die Haut die Sensibilisation und das Gehirn die Empfangsstation, indem die Reize, die auf die Haut einwirken, sich durch das Gehirn als Gefühlsempfindungen auslösen. Die Unterbrechung der beiden genannten Leitungsbahnen, die in den Nerven dicht nebeneinander liegen, ohne äußerliche Unterschiede aufzuweisen, ist bei Operationen natürlich von allergrößter Bedeutung. Denn das Durchschneiden motorischer Nerven kann leicht eine künstliche Lähmung zur Folge haben. Auch durch die Verletzung sensibler Leitungsbahnen sind Schädigungen möglich, indem z. B. eine Hautstelle gefühllos wird, doch sind die Gefahren der motorischen Leitungsunterbrechung viel ernsthafter.

Aus diesem Grunde ist der Arzt bei Operationen gezwungen, die Lage der feinsten und verborgensten Nerven mit peinlicher Genauigkeit zu berücksichtigen, was oft fast unmöglich wird, wenn im Operationsgebiete Anschwellungen der Gewebe oder Narben vorhanden sind. In diesen Fällen dient schon seit Jahren die Elektrizität zur Klärung der Verhältnisse, und zwar wurden die Reizungen mit einem besonderen Apparat vorgenommen, der fortwährend mit dem Operationsmesser vertauscht wurde. Die neue Methode besteht darin, das elektrische Instrumentarium und das Operationsmesser zu vereinen, indem das letztere selbst die elektrischen Reizungen ausführt. Das Operationsmesser ist nämlich, wie Dr. Wietens darlegt, durch eine aufsteckbare Metallkappe mit einem biegsamen Leitungsdraht zu einem elektrischen Pol gemacht, während der zu jedem elektrischen Stromkreis erforderliche zweite Pol außerhalb des Operationsfeldes auf der Haut des Patienten angebracht wird. Der Arzt arbeitet mit dem elektrischen Messer wie mit jedem anderen Operationsinstrument und wird dabei sozusagen automatisch aufmerksam gemacht, wenn er sich einer Gefahrzone im Revisionsgebiet des Operationsgebietes nähert. Auf diese Weise wird die Sicherheit des Arztes ganz bedeutend erhöht und die Operationszeit selbst ganz erheblich verkürzt, und viele bisher aufgetretene Schädigungen durch Operationen werden nunmehr infolge des elektrischen Messers vermieden werden können.

Die Lebenskraft neugebildeter Wörter.

In seinem „Deutschen Volkstum“ wünscht Turnwater Joha eine Leidensgeschichte der neugebildeten deutschen Wörter, die man erst als Reher in Art und Bann tat, späterhin für anständig hielt, allmählich in gute Gesellschaft zog, wo sie jetzt tonangebend waltet. So sind Neupentium, Deutschium und ganz geläufige, geradezu vornehme Wörter. Und doch konnte vor ziemlich hundert Jahren ein Sprachgelehrter, dem die Verdeutschung Menschentum für Humanität nicht gefiel, ihrer mit folgenden Worten spotten: „Warum nicht auch Anhalt-Röthentum und äänliche umbreiten, die man eben so füglich mit einem D hätte schreiben können!“ Auf schärfste wandte sich Klopsch, der doch selbst unsere Muttersprache um viele Wörter bereichert hat, gegen das Wort Schriftsteller, das heute ein Ehrenname ist. Es ist ja leicht einzusehen, daß neue Wörter zunächst etwas Fremdartiges an sich haben; daß aber unsere Volksgenossen oft gute Ersatzwörter ableihen, ist bezeichnend. „Gern Compes Steubischen für Neudezvous ist komisch“, meinte man im 18. Jahrhundert, und als er für responsabel demantomisch vorkam, wurde er ausgelacht. Heute gilt responsabel für lächerliches Wort, verantwortlich aber ist ein gehobenes Wort geworden. Im 16. Bande der „Preussischen Jahrbücher“ kann man nachlesen, wie ein Gelehrter absprechend über die Verdeutschung Mundtuch urteilt: vor kurzem stand in einer Rundgebung, mit der sich sächsische Worte an ihre Gasse wandten, das Wort Mundtuch, als ob wir schon immer vom Mundtuch und nie von der Serviette gesprochen hätten. Der Leidensweg des Schriftleiters, der Schriftleitung ist sicher vielen bekannt.

Notizen.

— Theaterchronik. Im kleinen Theater findet am Donnerstag, den 22. März, die Erstaufführung von René Schickels Schauspiel „Ganz im Schnitzloch“ statt.

Juzia betrat das finstere Loch, in dem die Kerze fast niedergebrannt war. An der Wand stand Janka, vor sich hin starrend, als blide sie ins Leere. Juzia eilte auf sie zu. „Fräulein! Liebliches Fräuleinchen, ich bringe Ihnen Ihre Kleider. Ziehen Sie sich um.“ Janka rief sich die Stirn mit der Hand, als wollte sie mit aller Gewalt das Bewußtsein wiedererlangen. Sie ließ sich wie ein kleines Kind von Juzia anziehen, während diese ihr fieberhaft zuflüsterte: „Haben Sie keine Angst... ich werde dem Vater telegraphieren... er wird Sie befreien... Herr Kazjo ist in Sicherheit... Sie werden ihn nicht fassen.“ Janka lehnte sich an die Wand. „Er auch?“ „Ja! Sie wollten, aber er ist geflohen!...“ Im selben Augenblick steckte Tagejew den Kopf durch die Tür: „Schweigen! Nicht unterhalten! Nun, ist sie fertig?“ Als Janka Tagejew erblickte, fuhr sie zusammen und versiel wieder in jenen seltsamen Zustand, als wüßte sie nicht, was mit ihr vorging. Sie zitterte am ganzen Leibe, und es schien, als hätte sie keinen Blutstropfen im Gesicht. „Wenn sie fertig ist, dann bitte! Die Droschke wartet!“ „Darf ich nicht mitfahren?“ bemerkte Juzia. „Wozu?“ „Das Fräulein könnte schwach werden, sie ist so blaß!“ „Ich werde sie schon kräftig machen“, sagte Tagejew lachend. Er ging zu Janka und sah sie bei der Hand. „Bitte hier keine Komödie zu spielen, das hat bei mir gar keinen Zweck!“ Sie gingen die Treppe hinunter. Eine geschlossene Droschke wartete auf der Straße. „Los, einsteigen!“ Tagejew drehte sich um und sah, wie Juzia weinend Jankas Hand küßte. Er stieß sie weg. „Scher du dich fort!“ Unterdessen freute er sich, daß Janka sich so ruhig verhielt. Er war auf Weinkrämpfe und lautes Jammer vorbereitet, aber die Ruhe dieses jungen Kindes imponierte ihm. „Seht mal, wie stolz!“ dachte er. Als sie vor dem Bahnhof ausstiegen, fand der Zug schon da. Die Lokomotive züchte, weiße Dampfwolken verhallten sie jeden Augenblick. Ein Raschmiff lief an den Wagen ent-

lang und schlug mit einem Hammer auf die Achsen. Sonst war es ganz leer. Zwischen den gelben Petroleumlaternen schimmerte die rote Röhre des Stationsvorstehers wie ein Blutstropfen. Tagejew sah sich nach Markowski und Kazjo um, doch bemerkte er sie nirgends. „Wahrscheinlich sind sie schon eingestiegen!“ dachte er. Er trat an den Stationsvorsteher heran: „Haben meine Leute ein besonderes Rupee für mich bestellt?“ „Ja, bitte einsteigen, dort ganz am Ende des Zuges!“ Die rote Röhre flüchte vorbei und lief nach dem Telegraphenamt. Tagejew ging langsam nach den ihm angewiesenen Waggon. „Bitte, beeilen Sie sich!“ Als sie endlich eingestiegen waren, setzte sich der Zug sofort in Bewegung und sauste rasselnd dahin. Tagejew setzte sich Janka gegenüber, öffnete den Mantel und sah das Mädchen an. Sie war leichenblau und hatte einen seltsam gläsernen Blick. „Was für Augen! Wie bei einer Verrückten!“ dachte er. Er stand auf, denn er konnte diesen Blick, der ihn verfolgte und bedrückte, nicht vertragen. Er trat auf den Gang hinaus und zündete sich eine Zigarette an. „Sie werden die Augen aufreißeln!“ dachte er, „wenn ich ihnen diesen Gang vorlege. Von Kliski sage ich noch nichts. Den Brief verheimliche ich ihnen einweilen. Zunächst soll die Droschke und die Proklamation herhalten. Auf den Rest lasse ich sie noch warten und mache mich allein nach der Grenze auf. Dort werde ich Kliski bei der Revision alles abnehmen. Kliski selbst bringe ich entweder mit oder er soll, wenn er reinen Mund hält, wieder zurück, woher er kam. Jetzt habe ich ihn in der Hand!“ Sein Gesicht strahlte bei diesem Gedanken; er rauchte eine Zigarette nach der anderen. Der rasselnde Zug klopfte den Rhythmus eines bekannten Liedes. Er sah zum Fenster hinaus, dann fiel sein Blick wieder auf Janka, die steif und blaß in der Ecke saß und in die Ferne starrte. „Ein braves Mädchen!“ dachte er lachend, „man sagt, die Mädchen bringen Glück. Nun, mir hat sie Glück gebracht... Ach ja! Ach ja!“ Der Zug sauste unablässig im Takt des bekannten Liedes. (Fortf. folgt.)

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
 7^{1/2} Uhr: **John Gabriel Borkman.**
 Sonnabend: **John Gabriel Borkman.**
 Sonntag nachmitt. 3 Uhr (Alte Preise): **Kabale und Liebe.**
Kammerspiele.
 7^{1/2} Uhr: **Der Weibsteufler.**
 Sonnabend: **Das Konzert.**
 Sonntag nachm. 2^{1/2} Uhr: **Winn von Barahelm.**
Volksbühne. Theater am Silesiaplatz.
 7^{1/2} Uhr: **Der Gwascenwurm.**
 Sonnabend: **Macbeth.**
Theater I. d. Königgrätzerstr.
 Dir. C. Reinhardt — R. Bornauer.
 7^{1/2} Uhr: **Totentanz I. Teil.**
Komodienhaus
 7^{1/2} Uhr: **Die verlorene Tochter.**
Berliner Theater
 7^{1/2} Uhr: **Die tolle Komödie.**

Lessing-Theater.
 7^{1/2} Uhr: **Peer Gynt.**
 Sonnabend: **Liebe.**
Deutsch. Künstler-Theater.
 7^{1/2} U.: **Die balden Klingsberg.**
 Sonnabend 7 U.: **neueinstudiert: Der Kammermaler.**
Kontosse Miesl. Erster Klasse.
URANIA
 Taubenstraße 48/49.
 4 Uhr (halbe Preise):
Im U-Boot gegen den Feind.
 8 Uhr:
 Direktor Franz Goerke:
Heimland und Heimatliebe.

Theater für Freitag, den 23. März.
 Deutsches Opernhaus, Charlottend.
 7 Uhr: **Der Postillon von Lonjumeau**
 Friedrich-Wilhelmstadt, Theater.
 7^{1/2} U.: **Das Dreimäderlhaus.**
Gedr. Herrnfeld-Theater
 7^{1/2} U.: **Der Stolz der Familie**
Kleines Theater
 8 Uhr: **Am Teetisch.**
Komische Oper
 7^{1/2} Uhr: **Die Dose Sr. Majestät.**
 Sonntag 8^{1/2} Uhr: **Heimat.**
Lustspielhaus
 7^{1/2} U.: **Die schöne Kubanerin.**
Metropol-Theater
 7 Uhr
 10 Min. **Die Csardasfürstin.**
 Sonntag 7^{1/2} Uhr: **Die Kaiserin.**

Neues Operettenhaus
 Schiffstr. 4a, Kasselstr. 1. Nord. 281.
 7^{1/2} U.: **Der Soldat der Marie.**
Residenz-Theater.
 7^{1/2} U.: **Die Warschauer Zitadelle.**
Schiller-Theater O.
 7^{1/2} Uhr: **Die Kammerwahl**
Schiller-Th. Charlottenbg.
 7^{1/2} Uhr: **Johannes.**
Thalia-Theater.
 7^{1/2} U.: **Das Vagabundenmädcl.**
Theater am Neulandortpl.
 7^{1/2} Uhr: **Die Gulaschkanone.**
Theater des Westens
 7^{1/2} U.: **Die Fahrt ins Glück**
Trianon-Theater
 8 Uhr: **Ein glücklich. Familienvater.**

Berliner Konzerthaus
 Mauerstr. 82
Sonder-Konzert
 unter Mitwirkung der
 vereinigten Kapelle des
 Ern.-Bat. 2. Garde-Reg. z. F. Leiter: Obermusikm. Graf
 des Berliner Konzerthaus-Orchesters: Leiter: Komponist Frz. v. Blen,
 des Komponisten Rittm. F. v. Reizwitz, des Söhm-Tanzes (Eise Knüttel,
 Charlotte Ahrens, Elisabeth Edm.) des Cello-Virtuosos Armin Liebermann,
 des Pianos-Solisten August Thiel. — Auf. 7^{1/2} U. Eintr. 1 M., 50 Pf. Militär
 30 Pf. Raschen wdh. d. 1. u. 2. Teil. nicht gestattet. Alle Vergünstigt aufgehob.

Circus Busch
 Tägl. 7^{1/2} u. 9^{1/2} Uhr.
Verwegene Matrosen-Spiele
 auf 60 Fuß hohem Schiffsmael
 der Zirkusier - Matrosen z. Gehr.
 Malinck. „Ein Moment auf
 Tod und Leben“.
 Außerdem die bekannten großen
März-Schlager.
 Zum Schluss d. Abendvorstellung:
 essen-Pracht-Wasser-Pantomime
Die versunkene Stadt.
 Sonntag 8^{1/2} Uhr:
Die Gelerprinzessin.

Zirkus A. Schumann
 Einlad. 7 Uhr. Anfang 7^{1/2} U.
 Heute und täglich:
 Die März-Attraktionen u. das
 aquenestrische Programm.
 Wer ist imstande das orientalische
 Wunder
Kismet zu enträtseln?
 Man komme und erkläre das Ge-
 heimnis. Jed. steht d. Lösung frei!
 8, 20: Die herrl. Prunk-Pantomime
Die Seeräuber.
 Sonntag 2 gr. Vorst. 3 u. 7^{1/2} U.
 Nachm. 1 angehör. Kind frei.
 Billette ab Freitag d. Zirkus.

WINTERGARTEN
 Die letzten Tage des
 Reinhardt-Gastspiels
Lillebils Hochzeitsreise.
 Agypt. Burleske in 7 Bildern.
 Musik von Bizet.
 Hauptrollen: Hans Wassmann,
 Lillebil Christensen,
 Ernst Matray, Katta Storma
 außerdem
 Das große März-Programm
 Oscar Saba, Ilse Bois usw.

National-Theater.
 7^{1/2} Uhr. Söpenlinder Str. 68.
Stürmischer Erfolg!
Studenten liebchen.
 Operette i. 3 Akte. Aut. v. B. Bromme.
Volgt-Theater.
 Badstr. 55. Badstr. 55.
 Heute 7^{1/2} Uhr:
Bummelfreize.
 Sonntag, d. 23. März, nachm. 3 Uhr:
Mutterliebe.
 Abends 7 Uhr:
Bummelfreize.

Spolito
 FRIEDRICHSTRA. 100. PER-KOCHT.
 Täglich 7^{1/2} Uhr:
Persönliches Gastspiel
Wanda Treumann
Viggo Larsen
 in ihrem Lustspiel:
„Die Scheidungsche“.
 von William Kahn.
 Vorher: Das große
Variété-Programm.

Admiralspalast.
 Heute geschlossen.
 Morgen Sonnabend, z. 1. Male
Abakadabra
 großes phantasievolles Ballett
 von Leo Barhuschek,
 Musik von Julius Einödshofer

Rose-Theater.
 7^{1/2} Uhr:
Der fidele Bauer.
Walhalla-Theater.
 7^{1/2} Uhr:
Das Glücksmädcl.
Casino-Theater
 Lehrlinger Str. 37. Täglich 7^{1/2} Uhr.
 Nur noch bis 27. März
Zwei helle Berliner
 Vorher die März-Spezialitäten.
 Mittwoch, den 23. März, z. 1. Male:
Wenn's Hallüsteri weht.
 Sonntag 4 Uhr: **Die Zechen flucht.**

Possen-Theater.
 Täglich 7^{1/2} Uhr:
Der liegende Holländer.
 Citrons geben sich die Ehre.

**Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz
 gefallenen Genossen!**

Es sieden:

2. Wahlkreis.
 Einlage eines Pauchschußes am
 20. Februar 1917
Erich Jacob
 Silesiaplatz 10.
 Begl. 46, Besten. 2. WSt.
 Am 11. Januar 1917 fiach in
 Gelangenschaft

Hermann Sperling
 Schleiermacherstr. 12, Beg. 120.
 Am 27. Februar 1917 durch
 Verhüttung

G. Nebel
 Silesiaplatz 34, Begl. 120.

3. Wahlkreis.
 Am 23. Oktober 1916 der Land-
 turmann
Georg Platte
 Ludenauer Str. 8.

4. Wahlkreis.
 Am 5. Februar im Alter von
 25 Jahren der Schloffer
August Bleil
 Köpenicker Str. 6a, Begl. 178.

6. Wahlkreis.
 Einlage eines Kopfschusses am
 18. November 1916 im Alter von
 42 Jahren der Galtwirt
Wilhelm Wegner
 Webomär. 12, 10. WSt., 617. Beg.
 Am 23. Januar 1917 im Alter
 von 36 Jahren durch Kopfschuß

Franz Voigt
 Söpenstr. 19, 11. WSt., 647. Beg.

Wahlverein Niederschönhausen
 Am 11. Februar 1917 im Jaga-
 rett am Hiedelber im Alter von
 33 Jahren der Schriftföher

Gustav Schoof
 Köpenicker Str. 33.

Wahlverein Neukölln.
 Am 21. Februar 1917 an den
 Folgen erlittener Verwundungen
 in einem Kriegsgeschehen im Alter
 von 30 Jahren der Metallschleifer

Karl Rimkus
 Reuterstr. 55, 2. Begl.

Ehre ihrem Andenken!

VIKTORIA-THEATER
HEUTE
HAGENERFOLG!
 BENDVORSTELLUNG
 um 7^{1/2} Uhr
RÖSSTER
 och bis 2. April
BERLIN.
 in Spielplan
COLOSSAL!
 Kottbuserstr. 6.

Palast
 Tägl. 7^{1/2} u. 9^{1/2} Uhr.
 Die neue Revue
 in 5 Bildern:
Berlin im Krieg

Reichshallen-Theater.
 Stettiner Sänger
„Cabaret Feldgrau“
 Anfang 7^{1/2} Uhr.
 Sonntag nachm. 3 Uhr:
 Vorstellung zu
 ermäß. Preisen!
 Neues Programm
 für Mitglieder,
 an d. u. Hochent-
 freier Zutritt zu
 d. Stett. Sängern

Arbeiter-
Gesundheits-Bibliothek
 Jedes Heft 20 Pfg.

Uhren-Goldwaren
Piltz & Co., Lindenstr. 109.
Spezial-Arzt
 Dr. med. Hasche,
 Friedrichstr. 90
 direkt am
 Stadtbahnhof
 Behandl. von Syphilis, Haut-,
 Narn-Frauenleid., Jod, Arsen,
 Jöde, Strahl-Dial-Kuren, Jodmer-
 teile, kargeite Behandlung ohne
 Berufshörung, Blutuntersuchung, Rög-
 Dreie. Teilzahlung, Sprechstunden
 10-1 und 5-8. Sonn. 11-1.

In Freien Stunden.
 Romane und Erzählungen für
 das arbeitende Volk. Gro. Heft
 15 Pf. Buchhandlung Gornsdorfs
 Berlin SW 68, Lindenstraße 3

**Eine glänzende
 Zukunft**
 wird allen erblähren, die die
 Zeichen der Zeit richtig zu deutern
 verstehen u. rechtzeitig ihre Vor-
 bereitungen treffen, um teilzu-
 nehmen an dem großen wirtschaf-
 tlichen Aufschwung, der die sichere
 Folge dieses Völkerrings sein
 wird. Es werden überall
**gebildete u. leistungsfähige
 Mitarbeiter gesucht**
 sein. Beamte, Lehrer, Angestellte
 des Handels u. d. Industrie sollten
 nicht veräumen, jetzt ihre Vor-
 bereitungen zu treffen. Das beste
 Mittel, rasch u. gründlich, ohne
 Lehrer, durch einfachen Selbst-
 unterricht auf ein Examen vor-
 zubereiten, die Ein-Freiw-Prüfung
 u. das Abitur-Examen nachzu-
 holen oder die fehlenden kauf-
 männ. Kenntnisse zu ergänzen
 sowie eine vortreffl. Allgemein-
 bildung sich anzueignen, bietet die
 Selbs-unterrichts-Methode „Rustle“.
 Ausführl. 60 S. starke Broschüre
 kostenlos durch
Bonnes & Hachfeld, Potsdam
 Postfach 224.

**Die Versorgung der
 Kriegsteilnehmer**
 ihrer Angehörigen und
 ihrer Hinterbliebenen
 Bearbeitet v. Paul Sirch,
 Landtagsabgeordneter
Preis 30 Pf.
 Ein unentbehrlicher Ratgeber
 für Kriegsteilnehmer u. deren
 Hinterbliebene
 Inhalt: Vorföhrge für die Familien
 der Kriegsteilnehmer, die Ver-
 sorgung der Waiwen, d. d. Kriegs-
 versorgung Invalidenversicherung
 von Kriegsteilnehmern und deren
 Hinterbliebenen

**Buchhandlung
 Vorwärts**
 Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Möbelfabrik Rob. Seelisch
 BERLIN O 112, Rigser Str. 71-73a
 empfiehlt gute preiswerte Möbel
 noch zu billigen Preisen.
154 Musterräume.
 Lagerräume: 6696 q-Meter groß.
 Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet.
 Illustrierte Kataloge Nr. 13 gratis und franko!
 Sonntags v. 12-2 Uhr geöffnet.

**Verband der Brauer- u. Mühlen-
 arbeiter u. verw. Berufsgeuossen**
Zahlstelle Berlin.
 Den Mitgliedern bleibt zur Rech-
 richt, daß außer Kollege, der
 Brauer
Reinhold Gohlisch
 (Schulstr. 11)
 gestorben ist. 40/15
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Freitag, den 23. März, nach-
 mittags 4 Uhr, auf dem Friedhof
 Friedrichshagen, Hermann-
 straße 19/195, statt.
 Um zahlreiche Beisteuerungen mit
 erucht. Die Erberverwaltung.
 NB. Einlage der Riese der
 Zeit, sonstige Einladungen per Karte
 nicht eriolgen. D. D.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
 Den Kollegen zur Nachsicht,
 daß unser Mitglid, der Arbeiter
Otto Hirtschulz
 Gröfestr. 8
 am 14. März gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 189/6 Die Erberverwaltung.

Verkäufe
 Ledlich-Thomae, Dramentstr. 44
 billigst herbeischickte Tapeten,
 Gardinen, Vorhangstoffe u. dergl.
 Extrarabat: 64%

Verkauf von
Wollwaren
 55a.
 Gelegenheitskäufe neuer Woll-
 garderobe sowie Taktisch, Wäffer in
 erhaltlicher Verabredung. Hermet
 Sturkholas, Wäffer, Bärder, Herz,
 Kiste, Plau, und Weisbüche, Ge-
 wäntel, Wogenpelz, Wäff, und
 Strickmännel, Kollime, Wäffer,
 20-125 Mark, Extra-Angebot in
 Sombard gewasener Vorhänger, Betten,
 Wäffer, Beklanten, Schmutzlachen,
 enorm billig. Verkaufsstelle
 Platz 55a.

Wollwaren
 Gelegenheitskäufe neuer Woll-
 garderobe sowie Taktisch, Wäffer in
 erhaltlicher Verabredung. Hermet
 Sturkholas, Wäffer, Bärder, Herz,
 Kiste, Plau, und Weisbüche, Ge-
 wäntel, Wogenpelz, Wäff, und
 Strickmännel, Kollime, Wäffer,
 20-125 Mark, Extra-Angebot in
 Sombard gewasener Vorhänger, Betten,
 Wäffer, Beklanten, Schmutzlachen,
 enorm billig. Verkaufsstelle
 Platz 55a.

Spezialzimmer!!! Seitene Ge-
 legenheit, Ichnerschlucht, komplett
 800,-, Herrensommer, eichen, ge-
 kleidet, elegante Form, komplett
 750,-, Eichen-Schlafzimmer 750,-,
 Beschäftigung der Arbeiter lobend,
 Röhrenhaus Offen, nur Anbreas-
 str. 30. 1042

Kaufgesuche
 Stausende Briefe für Möbelstücke,
 ganze Einrichtungen, Warenlager,
 Beklanten, Herbedetten, Teppiche und
 Radcliffe jährl. Goldmann, Danziger-
 Straße 49, Köpenick 7031.

Arbeiter und Urlauber
 für Mitteilungsplan werden verlangt.
Schweitzer & Oppler, Rilttergutr. 108/109.

Ich sage allen, die bei der Beerdigung meiner lieben Frau Anteil genommen haben, meinen tiefgefühlten Dank.
 20418
 Berlin, den 23. März 1917
Karl Kurzmann, Köpenick, Weg 68.

Frühjahrs-Kostüme
 Modelle in Wolle u. Seide, neu, Form 85, 98, 106, 50
Fesche Backflischkostüme 68, 73
 u. Mantel aus erst. No. 100/105.
 Seidene u. modene Mantelkollider u. Mantel aus erst. No. 100/105.
Seld. Regenmäntel, wasserfest, 22,50, 25,50, 35,- ufw.
 Tadellos hübsche Kostümröcke 22,50, 25,50, 35,- ufw.
 Entsch. Seidenschleier, Blousen in elegant. Moden. 18,50, 22,50, 30,50 u.
 Nur Gelegenheitskäufe!
MICHAELIS
 auerstraße 50, I.
 neb. Kottbuserstr. Sonntag 12-2.

Spezialarzt
Dr. med. Coleman
 für Haut-, Narn-, Frauenleiden,
 nerv. Schwäche, Gelenkrheuma,
Ehrlich-Hata-Kuren
 (Dauer 12 Tage), Behandlung
 schnell, sicher und schmerzlos
 ohne Berufsstörung.
Königsr. 34-36, Stadthf.
 Spr. 10-1 u. 5-8. Sonn. 10-1.

Arbeitsmarkt
Stellungsangebote
Gartenpflege. Weiterer Mann
 oder Kriegsteilnehmer, der Gemüse-
 und Obstkarten anbauen kann,
 für Nordend Berlin gesucht. Karplus
 u. Deibler, Prinzen-Allee 60.

Verkauf von
Wollwaren
 55a.
 Gelegenheitskäufe neuer Woll-
 garderobe sowie Taktisch, Wäffer in
 erhaltlicher Verabredung. Hermet
 Sturkholas, Wäffer, Bärder, Herz,
 Kiste, Plau, und Weisbüche, Ge-
 wäntel, Wogenpelz, Wäff, und
 Strickmännel, Kollime, Wäffer,
 20-125 Mark, Extra-Angebot in
 Sombard gewasener Vorhänger, Betten,
 Wäffer, Beklanten, Schmutzlachen,
 enorm billig. Verkaufsstelle
 Platz 55a.

Spezialzimmer!!! Seitene Ge-
 legenheit, Ichnerschlucht, komplett
 800,-, Herrensommer, eichen, ge-
 kleidet, elegante Form, komplett
 750,-, Eichen-Schlafzimmer 750,-,
 Beschäftigung der Arbeiter lobend,
 Röhrenhaus Offen, nur Anbreas-
 str. 30. 1042

Kaufgesuche
 Stausende Briefe für Möbelstücke,
 ganze Einrichtungen, Warenlager,
 Beklanten, Herbedetten, Teppiche und
 Radcliffe jährl. Goldmann, Danziger-
 Straße 49, Köpenick 7031.

Arbeiter und Urlauber
 für Mitteilungsplan werden verlangt.
Schweitzer & Oppler, Rilttergutr. 108/109.

Kleine Kriegsnachrichten.

Die Teuerung in England.

In einer Versammlung der Lebensmittelhändler in London wurde festgestellt, daß für die nächsten fünfzehn Wochen nur mehr ein halbes Pfund Kartoffeln pro Person und Woche im Lande vorhanden ist. Das Handelsamt veröffentlicht Zahlen, aus denen hervorgeht, daß die Lebensmittelpreise durch den Krieg seit Juli 1914 um 92 Proz. gestiegen sind. Der Preis für Kartoffeln hat sich im letzten Jahre mehr als verdoppelt und Risse und Eier waren am 1. März 1917 um 45 Proz. teurer, als am 1. März 1916.

Spanien und der französische Bahnmangel. (Zusammenhang vom Vertreter des Wiener A. S. Telegr.-Büros.) Durch königliche Verordnung wurde verfügt, daß vom 21. März ab der Güterverkehr nach den französischen Grenzstationen so lange suspendiert bleibt, bis dort die seit langem zurückgebliebenen zahlreichen Waggons entladen und dem Verkehr wieder zurückergeben sein werden. Der genannte Mangel ist eine Folge des in Frankreich herrschenden Wagenmangels.

Die verkürzte Note Niljufows. Wolffs Bureau teilt gestern mit: Der Effektivmangel von Getreide ist für die Befriedigung der auf den Krieg bezüglichen Bedürfnisse der Deutschen Reichsregierung ein großes Hindernis. Wolffs Bureau glaubt aus diesem Anlaß die Neutralität vor dem Balkan nicht wahren zu sollen. Diese Verleumdung ist ein Versuch mit unzulässigen Mitteln, denn die Agenturen der Schweiz und in Skandinavien wissen natürlich sehr genau, daß sie die verkürzte Fassung der Note Niljufows nicht aus Berlin, sondern direkt aus Petersburg erhalten haben.

Wald kein Dieb in ganz Europa! „Daily Mail“ teilt mit, daß in allerhöchster Zeit die Entziehung von 30 000 Aekraktionen in England wegen Viehmangels angeordnet werden wird.

Die Herrschaft in der Luft. Henderson Billing erklärte nach „Times“ im Unterhause: Vor kurzem habe England die Herrschaft in der Luft gehabt, das sei aber heute nicht mehr der Fall.

Bei der Wahl in Stockton wurde der Kandidat der Regierung, Watson, mit 7411 Stimmen gewählt. Der Kandidat der Friedensanhänger, Backhouse, erhielt 206 Stimmen.

Politische Uebersicht.

Reichstag.

Reichsamt des Innern.

Es war nur ein bescheidener Fortschritt, der dem Plenum des Reichstags durch eine vom Hauptauschuß bereits angenommene Resolution zugunsten wurde: die Berufung einer Reichskonferenz nach Beendigung des Krieges, zusammengefaßt aus Schulbuchverständigen, die die mannigfachen, durch den Krieg neu aufgeworfenen oder in neue Beleuchtung gerückten Schulfragen erörtern und darüber Gutachten erstatten sollte. Dennoch gelang es nicht, die Mehrheit des Plenums für diese Forderung zu erwärmen. Selbst Unterzeichner der Resolution im Hauptauschuß fielen im Plenum um.

Warum dieses bedauerliche Ergebnis? Beim Zentrum und den Konservativen ist es nicht weiter verwunderlich. Beide Parteien fürchten, daß solche Konferenz doch ein erster Schritt auf dem Wege zum Reichsschulgesetz sein könnte. Der Konservative v. Graefe sprach es offen aus. Das aber wollen sie nicht. Im preussischen Landtag sind die starken Quellen der Kraft der Konservativen und der Republikanismus. Die wollen sie sich nicht verschütten. Ungehindert durch den Willen des Volkes wollen sie weiterhin über die Schule gebieten.

Unerwartete Unterstützung erhielten diese beiden Parteien und andere Gegner der Resolution durch den bekannten Münchener Schulmann Kerchensteiner, der schon einmal in einer Erziehungsfrage, bei der Revolte zum Vereinsgesetz, sich vor seiner eigenen Fraktion, der fortschrittlichen Volkspartei, getrennt hatte, um Arm in Arm mit der rechten Seite zu marschieren. Herr Kerchensteiner ist ein guter Redner; sonst hätte ihm vor der Gemeinschaft, die ihm am Donnerstag zustimmte, hänge werden müssen. Von unserer Partei sprach Genosse Heinrich Schulz, dem sich Kunert für die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft im weitestgehenden anschloß. Für die Nationalliberalen sprach im zustimmendem Sinne Dr. Mann, für die Fortschrittliche Volkspartei als Korrektur Kerchensteiners der Abgeordnete Sieblovich.

Am Schluß der Sitzung kam es zu interessanten und in seltener Weise übereinstimmenden Erklärungen sämtlicher Parteiführer über eine sonderbare Art der Selbsthilfe fünf großer bürgerlicher Zeitungen Berlins gegen die Regierung: weil sie nach ihrer Meinung nicht genug Papier von Herrn Helfferich bekommen hatten, boykottierten sie im Sitzungsbericht seine große Rede vom Dienstag! Genosse Scheidemann nannte es mit Recht ein Gegenstück zu der Fensur, gegen die sich die Zeitungen sonst mit großer Schärfe wenden.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus erledigte am Donnerstag, dem letzten Tage vor der Osterpause, eine umfangreiche Tagesordnung. Zunächst wurde die am Mittwoch abgebrochene Debatte über die Eingabe der östlichen und sibirischen Vororte betreffend Herbeiführung eines Lastenausgleichs für Groß-Berlin beendet. Der Abg. Cassel (fortschr. Sp.) sagte alle die Gründe, die gegen einen solchen Lastenausgleich sprechen, zusammen und wandte sich besonders gegen den konservativen Seite erhobenen Einwand, daß Berlin nur deshalb Widerstand leistet, weil es nicht zahlen wolle. Die Debatte, in deren Verlauf die Regierung erklärte, daß sie der Tendenz der Petition sympathisch gegenüberstehe, aber noch keine endgültige Stellung dazu genommen habe, endete damit, daß die Petition unter Ablehnung eines Antrages auf Zurückverweisung an die Kommission der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen wurde. Es ist bemerkenswert, daß die Kommission nur Erwidrung beantragt hatte, daß aber die städteinbildende Haltung des Zentrums und der Konservativen es zustande brachte, daß das Haus über diesen Beschluß hinausging.

Die Beratung des Antrages Heydebrand und Genossen auf Versorgung des inneren Marktes durch die Zentral-Einkaufsgesellschaft brachte keinerlei Ueberlegungen. Doch kam in der Debatte eine allgemeine Mitbestimmung über die von der Z. E. G. beliebte Preispolitik zum Ausdruck, wenn auch andererseits die großen Verdienste der Z. E. G. um die Volksernährung nicht verkannt wurden.

Erfreulich ist die bei Beratung der Kleinbahnvorlage abgegebene Erklärung des Eisenbahnministers, daß sich die Verkehrsverhältnisse in den letzten Tagen wesentlich verringert hätten, was hoffentlich nicht ohne Einfluß auf unsere wirtschaftliche Lage sein werde.

Die Anberaumung des Termins der nächsten Sitzung wurde dem Präsidenten überlassen. Voraussichtlich wird das Haus erst in der letzten Aprilwoche wieder zusammenkommen.

Der gemeuchelte Staatssekretär.

In einer Anzahl Berliner Mütter findet sich im Reichstagsbericht vom Donnerstag an Stelle der Rede des Staatssekretärs Dr. Helfferich die Bemerkung, daß die Rede wegen Papiermangels nicht habe gedruckt werden können. Natürlich muß es etwas auffällig erscheinen, wenn in fünf oder sechs Zeitungen gleichzeitig der Papiermangel gerade in dem Augenblick akut wird, in dem Herr Helfferich den Mund aufstut. Es handelt sich denn auch um eine Art organisierten Vorgehens, wie möchten sagen, einen partiellen Streik von fünf Zeitungsbesitzern, den diese, notabene ohne vorherige Information ihrer übrigen Verlagskollegen, unternommen haben. Weil Herr Helfferich nach Ansicht dieser fünf Preßgewaltigen in der Frage der Papierlieferung an die Presse nicht entgegenkommend genug gewesen ist, haben sie beschlossen (es handelt sich um die Farmer weit ausgedehnter Anstaltenplantagen), Herrn Helfferich an empfindlichster Stelle zu strafen. Er mag reden — aber sie drucken es nicht. Herr Helfferich ist nun aber keineswegs gesonnen, es in Ruhe hinzunehmen, wenn die Verleser seiner Verehrtheit auf diese Weise einem großen und zahlungsfähigen Publikum vorenthalten werden. Der Kampf verspricht fürchterlich zu werden; denn die Anti-Helfferichsche Preßkoalition erstreckt sich vom äußersten rechten Flügel der Alldeutschen bis in die Reihen des radikalsten Linksliberalismus. Doch Herr Helfferich wird seine Feinde schon zur Kapitulation zwingen, wenn er ihnen einen Spratz nicht mit Gold, aber mit Papier beladenen Esel in ihre Tote sendet.

Loebell nicht Bethmann.

Seit seiner letzten Rede im Abgeordnetenhaus hat es der preussische Ministerpräsident gehörig mit den Konservativen verbrochen. Nicht nur, daß die „Kreuzzeitung“ ihm vorwarf, sich in der Pose eines Volkstribunen gefaßt zu haben, auch der freikonservative Herr v. Jellisch, der sich doch sündig dazu brängt, die preussische Wahlreform zu machen (um sie beizeiten bremsen zu können), bekommt jetzt Angst, daß die Geschichte unter Bethmann zu radikal werden könnte. Im roten „Tag“ bezeichnet er es als „unerlässliche Voraussetzung“ der Wahlreform.

„daß die Regierungspolitik sich von Missionen freihält und den festen Boden des historischen Gewordenen, der Wirklichkeit nicht verläßt. In Bezug auf den Ministerpräsidenten sind in dieser Hinsicht gewisse Befürchtungen nicht abzuweisen, es darf nur an die reichslandische Verfassung und an die Verheißung des Königsreichs Polen erinnert zu werden. Sache des Staatsministeriums wird es sein, etwaigen ideologischen Entgleisungen des Ministerpräsidenten rechtzeitig einen Riegel vorzuschieben.“

Böhmleinend, wie Herr von Jellisch ist, rät er dem Ministerpräsidenten, seine Finger lieber ganz von der Wahlrechtsreform zu lassen und sie einem Geschickeren, nämlich dem Minister des Innern Herrn von Loebell, anzubekommen.

„Dem Ministerpräsidenten liegt diese Sache sehr am Herzen. Es ist ihm daher dringend zu rathen, in Bezug auf die parlamentarische Vorbereitung der Wahlrechtsfrage dem Minister des Innern völlig freie Hand zu lassen. Herr v. Loebell stammt aus der Schule des Fürsten Bülow, der in der Inzidenzierung parlamentarischer Aktionen bekanntlich Meister war. Herr v. Loebell ist auch in dieser Beziehung lange Jahre die rechte Hand des Fürsten Bülow gewesen, ihm darf man das nötige Geschick in der Behandlung von Personen und Parteien antroufen, die Wahlrechtsvorlage so vorzubereiten, daß der ihrer Einbringung für ihre Grundlage eine starke Mehrheit im Abgeordnetenhaus gesichert ist.“

Von Herrn von Loebell wollen wir im Augenblick nur sagen, daß seine Programmrede wesentlich anders gelungen hat, als die Bethmanns. Wo der Ministerpräsident von Neuorientierung und Umlernen durch den Krieg sprach, hieß es beim Minister des Innern „Festhalten an bewährten Grundlagen“ usw. Aber eben deswegen erscheint wohl Herr von Loebell dem klugen Otavio als der geeignete Mann zu einer Wahlreform nach seinen Begriffen.

Kriegsteilnehmer und Lebensversicherung.

Eine große Anzahl der zum Heere Einberufenen, die in der Friedenszeit Verträge mit Lebensversicherungsgesellschaften abgeschlossen hatten, können während der Zeit ihres Militärdienstes keine Prämien entrichten und laufen daher Gefahr, ihre Rechte und den größten Teil der bisher eingezahlten Prämien zu verlieren. Diesem Mißstand will ein sozialdemokratischer Antrag, der jetzt beim Reichstag eingegangen ist, vorbeugen. Danach soll der Reichstag den Reichskanzler ersuchen, auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914 anzuprdnen, daß alle vor dem 1. August 1914 abgeschlossenen Lebensversicherungen von Kriegsteilnehmern und deren Angehörigen, für welche während der Dauer des Krieges die Prämienzahlung eingestellt wurde, bis drei Monate nach Friedensschluß in Kraft gesetzt werden können. Und zwar soll dies in der Weise geschehen, daß die Versicherungsnehmer entweder die nichtgezahlten Prämien zinsfrei nachbezahlen oder verlangen können, daß der Beginn und Endtermin der Versicherung ohne Kürzung der Versicherungssumme um den Zeitraum hinausgeschoben werden, während dessen Prämien nicht gezahlt wurden.

Arbeitsgemeinschaft für Vaterlandsverteidigung.

Der Standpunkt der Arbeitsgemeinschaft in der Frage der Vaterlandsverteidigung ist im allgemeinen sehr schwankend. Nun aber stehen wir in einem der hervorragendsten Blätter der Arbeitsgemeinschaft, der „Bergischen Arbeiterstimme“, die der Abgeordnete Dittmann mit Vorliebe als Sprachrohr benutzt, auf ein fast leidenschaftliches Bekenntnis zur Vaterlandsverteidigung. Es wird dort geradezu als Pflicht des Sozialisten hingestellt, mit aller Kraft für die Landesverteidigung einzutreten und auf jeden Fall zu verhindern, daß Gebietsteile, mögen sie national zum eigenen Staate gehören oder nicht, an fremde Staaten abgetreten werden. Freilich wird diese Pflicht nur ausgesprochen für — die russischen Sozialisten. Die „Bergische Arbeiterstimme“ schreibt:

Die Ueberzeugung haben wir allerdings, daß jetzt unsere russischen Genossen für die Landesverteidigung einzutreten werden, denn die Landesverteidigung ist jetzt die Verteidigung der Revolution. Der allergrößte Teil der Sozialisten wird den Russen dieses Recht auch nicht beschneiden wollen, denn eine Revolution, die ihr Regiment damit beginnen würde, große Teile des Landes an eine fremde Regierung abzutreten, könnte sich nicht behaupten. Dies Augenblick ist in der Tat sehr interessant. Die Revolution hat Rußland bisher eine großbürgerlich-liberale Regierung beschert, die noch leidenschaftlicher für Annexionen, namentlich die Eroberung Konstantinopels eintritt, als es der Jazidismus ist. Trotzdem billigt das Blatt der Arbeitsgemeinschaft den russischen Sozialisten scharfste Eintreten für die Landesverteidigung zu. Das ist dieselbe Arbeitsgemeinschaft, welche sich von der sozialdemokratischen Fraktion bekanntlich deshalb trennte, weil diese noch weiter die Kredite bewilligen wollte, als nicht etwa die deut-

che Regierung, sondern private wirtschaftliche Verbände mit weitgehenden Annexionszielen hervorgetreten waren. Ferner: Welchen Grad der Demokratisierung die Revolution Rußlands gebracht hat, ist noch nicht festzustellen. Das greifbarste Resultat sind bisher Dumawahlen auf Grund des allgemeinen gleichen Wahlrechts. Wenn man so etwas während des Krieges bekommt, dann darf man also sein Vaterland verteidigen. Wenn man aber einen aus allgemeinen gleichen Wahlen hervorgegangenen Reichstag schon vor dem Kriege gehabt hat, dann ist Verteidigung des Vaterlandes ein Frevel. Natürlich wird die „Bergische Arbeiterstimme“ jetzt auch ganz in der Ordnung finden, wenn Tschelisev und Serenkoff die Kriegskredite bewilligen.

Das Bild im Spiegel.

In seiner Vorrede zum Dorian Grey spricht Oscar Wilde von „der Brut Calibans, der sein Gesicht im Spiegel sieht“. Wir werden hieran unwillkürlich erinnert, wenn sich jetzt allseitige Blätter über einen Brief entzünden, den ein Engländer an seinen Sohn, einen Fliegeroffizier, geschrieben hat, und in dem es heißt:

„Ich wollte, ich hätte etwas zu sagen; man würde dann jeden gefangenen Mann eines Unterbootes wie einen Hund erschießen und ihm auch nicht die geringste Gnade gewähren. Die Engländer sind viel zu menschenfreundlich und zu sentimental, sie würden sonst keine Gefangenen machen und töten, was sie lassen.“

Wir sind die letzten, die für dieses Schreiben ein Wort der Entschuldigung haben. Aber wurde nicht vor kurzer Zeit auch bei uns, und zwar in den „Berliner Neuesten Nachrichten“, von Herrn Otto Eichler der Vorschlag gemacht, an der Westfront keinen Barben mehr zu geben und keine Gefangenen zu machen? Erkennet man das Verwerfliche solcher Vorschläge nur, wenn man sie im Spiegel der feindlichen Erregung wiederfindet?!

Bundesratsarbeit. In der Donnerstagssitzung des Bundesrats gelangten zur Annahme: der Entwurf einer Bekanntmachung, betreffend Prägung von Zehnpfennigsilber aus Zink, der Entwurf einer Bekanntmachung über die Befugnisse der Reichsbauaufsicht, der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend den Handel mit Opium und anderen Betäubungsmitteln, den Entwurf einer Bekanntmachung über den Handel mit Arzneimitteln, eine Vorlage, betreffend Verhältnisse und Entwürfe von Vorschriften zur Ausführung des Impfgesetzes, der Entwurf einer Verordnung über ausländische Wertpapiere, der Entwurf einer Bekanntmachung, betreffend einige die Kriegsverordnungen ergänzende Vorschriften über Einziehung und über Veräußerung beschlagnahmter Gegenstände, der Entwurf einer Bekanntmachung über die Pfändung des Kugelbesitzes der im Privatdienst angestellten Personen, und der Entwurf einer Bekanntmachung über die Änderung des Gesetzes, betreffend Höchstpreise.

Letzte Nachrichten.

Amerikanischer Dampfer versenkt.

Haag, 22. März. Das Korrespondenzbureau erfährt, daß in Tarshalling ein Boot mit sieben Schiffbrüchigen des in den Grund gebohrten amerikanischen Dampfers „Gardiner“ angekommen ist.

Amsterdam, 22. März. Aus Tarshalling wird berichtet, daß der amerikanische Dampfer „Gardiner“ in der Nähe der Doggerbank am 21. März, abends 8.30 Uhr, versenkt wurde. Es wurden drei Boote ausgelegt. Eines der Boote mit 8 Mann, darunter ein schwerverwundeter, ist durch ein Torpedoboot nach Tarshalling gebracht worden. Ein Mann der Besatzung starb. Von den anderen Rettungsbooten ist nichts Näheres bekannt. Der „Gardiner“ kam aus Philadelphia über Bergen nach Rotterdam. Das Schiff hatte 6000 Tonnen Petroleum an Bord.

Der deutsche Rückzug.

London, 22. März. „Times“ warnt in einem Leitartikel vor übereilter Ertze über den Vormarsch der Allierten an der Westfront. Es sei zwar erfreulich, daß so viel französisches Gebiet zurückgewonnen worden sei, aber man müßte auch zugeben, daß der deutsche Rückzug bisher ziemlich gut gelungen sei, und daß die Deutschen nur sehr wenig Mannschaften und keine Kanonen verloren hätten.

Jagd auf Offiziere.

Stockholm, 22. März. Stockholms „Tidningen“ erfährt aus Caparanda, daß die Jäger, die zur schwedischen Grenze kommen, in Alcaborg und Tornea nach höheren Offizieren durchsucht werden. Geleitern wurden in Alcaborg allein sechs Offiziere und ein Oberst festgenommen. In Tornea zog man den Chef der Grenzschutz unter der Beul eines Abteils hervor und führte ihn ins Gefängnis; anßerdem wurden noch vier Offiziere aufgegriffen. Die finnische Zeitung „Tages Nyheter“ meldet, daß in Rosstadt vor der Ankunft der Dumadelegierten der aus dem russisch-japanischen Krieg bekannte Admiral Biran von Soldaten ermordet wurde. Auch Reiskende, die aus Petersburg kommen, besagen, daß sich die Bolschewisten besonders gegen die Gendarmen und die Offiziere wäuben.

Die Heimkehr der Amnestierten.

Petersburg, 21. März. (Nachricht der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Mit Rücksicht auf die schwierige materielle Lage der durch die Amnestie befreiten politischen Gefangenen und der Auswanderer hat der Ministerrat beschlossen, den durch die Amnestie befreiten politischen Gefangenen freie Eisenbahnfahrt zu gewähren, und den Minister des Aeußeren ermächtigt, den Auswanderern, die aus der Fremde nach Rußland zurückkehren wollen, Geldbeihilfen zu bewilligen. Gleichzeitig hat der Ministerrat die Grenzbehörden angewiesen, wegen der Ausweispapiere keine Schwierigkeiten zu machen.

Das hungernde Athen. — Rückkehr der Entente-Gesandten.

Bera, 22. März. „Corriere della Sera“ meldet aus Athen: Nach beinahe neun Monaten der schmerzlichen Blockade wurde gestern der erste amerikanische Getreidedampfer im Piräus ausgeladen, dessen Ankomst von der Bevölkerung mit Jubel begrüßt wurde. Die Protfrage war in der letzten Zeit so dringend geworden, daß 4000 in Piräus anliegende Italiener nach Italien zurückkehren mußten und 2000 Bergwerksarbeiter in Laurium angewiesen wurden, sich zur Abfahrt bereit zu halten. Die arme Bevölkerung lebte ausschließlich von Grasern und etwas Gemüse, das Volk enthielt sich jedoch jeder Ausbeutung wegen des Brotmangels. Von den angelangenen 4000 Tonnen Getreide soll nach Anordnungen des französischen Admirals an die bedürftigen Klassen verteilt werden, es darf jedoch nichts in die Regierungsdépôts haken kommen. Die Blockade wird weiterhin streng anrechterhalten. Selbst die Zeitungen der Allierten sind verboten.

Nachdem der französische Admiral die Erlaubnis zum Löschen des Dampfers erteilt hatte, kehrten der englische und der russische Gesandte mit dem Gesandtschaftspersonal von Calamita nach Athen zurück. Vor den Gesandtschaften wurden die griechischen Schildwachen zurückgezogen. Der französische Gesandte Guillemin wird im Laufe der Woche nach Athen zurückkehren. Die Rückkehr der Gesandten wird von der griechischen Regierung und dem Volk begrüßt und als endgültige Wiederherstellung der Beziehungen zwischen der Entente und Griechenland betrachtet. Die Athener Zeitungen schreiben, Griechenland habe um jeden Preis neutral bleiben wollen, es sei aber der Entente nie feindlich gesinnt gewesen, die griechische Krise werde nun als gelöst betrachtet.

Eine Konferenz über die Gewerkschaftseingaben.

Erste Page! — Weniger Brot, mehr Fleisch und Graupen.

Am 13. März besprachen sich Vertreter des Kriegsernährungsamtes, des Kriegsamt und des preussischen Landwirtschaftsministeriums mit den Gewerkschaftsvertretern wegen ihrer Eingaben zur Ernährungsfrage.

Umdreit (Generalkommission) wies in seiner Einleitungsrede besonders auf den Schleichhandel hin, von dem dann Präsident v. Vatschek sagte, daß er überhäufig werde und kaum 1 Proz. der Lebensmittelvermehrung umfasse.

General Vöhrer erklärte, eine Verbindung des Kriegsamtes mit dem Kriegsernährungsamt bestünde jetzt schon, sein überflüssiges Amt könne aber nicht auch noch die Kriegsernährung übernehmen.

Der preussische Staatskommissar Dr. Michaelis sprach offen aus, daß die Moral eines Teils der Bevölkerung in Stadt und Land gesunken sei: mancher glaube, zunächst nur für sich sorgen zu müssen. Die Gerichte seien knapp, daher seien auch außerordentlich strenge Maßregeln erforderlich, durch die die Bevölkerung vor Not geschützt werden soll.

Paul v. Batschek bezeichnete die Lage als „sehr ernst“. Es müsse besonders an Getreide ganz außerordentlich gespart werden; für etwaige Fehlbeiträge daran werde der Bevölkerung mehr Fleisch und daneben möglichst Graupen, Gröhe und Sauerkehl geliefert werden. Zusätzlich den drei Zentralstellen bestimme vollständiges Einberufen über die Notwendigkeit eines härteren Zulassens. Lieferdienste müde demnach eine Besprechung mit den Ministern aller Bundesstaaten zur Durchführung härterer Maßnahmen sein.

Weder (Kriegsamt) ging auf die preistreibenden Folgen der Kriegspolitik ein und betonte, daß man eine Einwirkung des preussischen Landwirtschaftsministeriums mit moralischen Mitteln auf die Landwirtschaft vermisste.

Legien (Generalkommission) verlangte, daß den Verwaltungsbehörden militärische Exekutivbefehle beigegeben würden, um Feststellungen zu machen und Entscheidungen vorzunehmen.

Umdreit (Generalkommission) forderte gleiche Rationierung für Stadt und Land.

Unterschiedsleiter v. Falkenhäuser (preussisches Landwirtschaftsministerium) versicherte, der Landwirtschaftsminister sei gar nicht der Vater aller Widrigkeiten in der Ernährungsfrage, er müsse mit der Behörde der Erzeugung vor allem den Verbrauchern rechnen. Man dürfe versichert sein, daß das Zusammenarbeiten mit dem Kriegsernährungsamt keine Hemmnisse aufzuweisen habe. Gegenwärtig habe der Landwirtschaftsminister auf die Ernährungsfrage überhaupt nur geringen Einfluß und einen Teil seiner Befugnisse an das neue Staatskommissariat für Ernährungsfragen abzugeben.

Dr. Hertz v. Falkenhäuser nach dieser Rede wegen anderweitiger Dienstgeschäfte die Konferenz verließ, war keine Gelegenheit gegeben, ihm zu erwidern, was Umdreit ausdrücklich feststellte.

Nach weiteren Reden sagte Herr v. Vatschek in einem Schlußwort, daß die drei zuständigen Gewalten, Kriegsernährungsamt, Kriegsam und preussischer Staatskommissar, einheitlich zusammenarbeiten und einmütig von der Notwendigkeit einer härteren Einstellung und Durchführung der Rationierung und Verteilung überzeugt seien, sowie das alles getan werde, um die Ernährung der Arbeiterschaft zu verbessern. Es dürfe aber nicht behauptet werden, daß die Gerichte außerordentlich knapp geworden seien, daß die Erzeugung mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen habe und daß auf weitere Knappheit gerechnet werden müsse.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Von der Tätigkeit der Hilfsdienstmeldestellen.

Zur Sitzungsaale der Landesversicherungsanstalt Berlin versammelten sich am Freitag, den 15. März 1917 unter dem Vorsitz des Landesrats Dr. Freund, unter Beteiligung des Kriegsamt und der Behörden etwa 50 Verwalter von Hilfsdienstmeldestellen von mehreren Städten der Provinz Brandenburg, die einem öffentlichen Arbeitsnachweis nicht angehörend sind. Es wurden Referate mit anschließender Aussprache abgehalten über die rechtlichen und praktischen Fragen des Hilfsdienstgesetzes und über die Bedeutung und Zweck des Arbeitsnachweisgesetzes.

Eine erneuerte Tagung, an der ungefähr 200 Verwalter von Hilfsdienstmeldestellen, die einem öffentlichen Arbeitsnachweis angehörend sind, teilnahmen, fand am darauffolgenden Sonnabend in Potsdam statt. Hier wurden außerdem Vorträge gehalten über „Die Meldepflicht der öffentlichen Arbeitsnachweise an die Zentralauskunftsstelle der Arbeitsnachweise für Berlin und die Provinz Brandenburg auf Grund des Gesetzes vom 22. Februar 1917“, über „Die Arbeitsvermittlung für Kriegsbeschädigte“, „Die Vermittlung von kaufmännischem Personal“ und „Die Ausgabe von Heimarbeit durch den öffentlichen Arbeitsnachweis“.

In der lebhaften Aussprache, die insbesondere der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes galt, beteiligte sich auch der Vertreter des Kriegsamt.

Berlin und Umgegend.

Aus dem Kriegsausdau für Groß-Berlin.

Vierzig Gattler der Firma G. haben die Entschädigung des Kriegsausdau's angerechnet, weil sie in der letzten Woche wegen Rohstoffmangels rund 1 1/2 Tage nicht arbeiten konnten, und ihr Verlangen nach einem Kriegsausdau — da sie ja nicht wissen konnten, wie lange die Arbeitsbehinderung dauere — von der Firma abgelehnt wurde. Der Kriegsausdau macht den Vorschlag, sich zu vergleichen, und zwar auf der Grundlage, daß beide Teile etwas von dem entstandenen Lohnausfall zu tragen haben; er erklärt damit die Sache als erledigt.

Von der Firma G. erklärt eine Kommission von Eisenbrechern im Auftrage von ca. 100 bei der Firma beschäftigten Eisenbrechern. Die Angelegenheit hat den Kriegsausdau bereits vor 14 Tagen beschäftigt. Damals handelte es sich aber um den Gesamtbetrieb. Für die übrigen Teile des Betriebes war durch Verhandlungen bereits eine Regelung getroffen, nur für die Dreher nicht. Nunmehr kam ein Vergleich zustande. Danach soll der Werk für die Eisenbrecher so bemessen werden, daß Dreher durchschnittlicher Leistung 1,50 die Stunde verdienen können. Dazu kommt auf den Gesamtnachwuchs ein Zuschlag von 5 Proz.

Von der Firma B. in H. sind 49 Dreher, Schlosser usw. aus dem Werkzugebau vertreten, die eine Regelung ihrer Differenz mit der Firma wünschen. Es handelt sich um die Verfindigung über eine von den Arbeitern erhobene Lohnforderung. Der Vertreter der Firma erklärt sich bereit, offenen Zuschlag in Höhe von 5 bis 10 Proz. für die Stunde zu geben. Da dies jedoch von den Arbeitern als nicht ausreichend betrachtet wird, auch der Kriegsausdau der Meinung ist, angesichts der Höhe dieser Arbeiter könne schon noch ein Mehreres getan werden, wird die Sache zur weiteren Verhandlung an den Betrieb zurückverwiesen. Sollte hier keine Verfindigung erfolgen, wird nochmals verhandelt unter Hinzuziehung zweier Vertreter des Kriegsausdau's. Das hat sich dann als nicht nötig erwiesen, da inzwischen durch Verhandlungen im Betriebe bereits eine Verfindigung erfolgt ist auf der Grundlage, daß die Firma den Arbeitern nicht entgegenkommen ist.

33 Heilenhauer der Firma M. fordern eine Lohnhöhung. Demgegenüber erklärt die Firma, auf Grund ihrer Preisermäßigungen keine Lohnhöherung einbringen lassen zu können. Der Kriegsausdau erklärt angesichts der Verdienste der Heilenhauer an, daß eine Lohnhöhung an sich berechtigt ist. Mit Rücksicht aber auf

die oben angeführten Einwände der Firma wird beschlossen, die Sache um eine Woche zu vertagen und zu der neuen Verhandlung die Bedinge, die die Aufträge der Firma übergeben hat, auch zu laden, um auf diese Weise, wie es in ähnlichen gelagerten Fällen früher schon geschah, eine Einigung der Sache herbeizuführen.

Jahresbericht der Sattler.

In der Generalversammlung des Verbandes der Sattler und Portefeulier erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht der Berliner Ortsverwaltung, dem wir folgendes entnehmen: Die Kriegsernährung hat Sattler aus allen Branchen an sich gezogen, denn sie bietet naturgemäß während der Kriegszeit die meiste Arbeitsgelegenheit, w gegen in den anderen Branchen die Arbeitsgelegenheit zurückgegangen ist. Kurzum sind vier Fünftel der Mitglieder in der Kriegsindustrie beschäftigt. In den beiden ersten Quartalen des Jahres 1916 war in der Militärkattlererei ein Stillstand eingetreten. Aber im dritten, mehr noch im vierten Quartal stieg die Konjunktur wieder und Arbeitsgelegenheit gab es reichlich. Die Militärbranche nahm die Hauptrolle der Ortsverwaltung in Anspruch. Das wichtigste war die Bewegung an Erlangung einer Feuerungsanlage, die im April eintrug und im Dezember mit der Bewilligung an Zulagen ihren Abschluß fand. Auch eine Anzahl von Differenzen aus dem Tarifverhältnis beschäftigten die Ortsverwaltung. — In der Reiterkattlererei herrschte ebenfalls eine günstige Konjunktur, die es ermöglichte, daß eine Erhöhung der Feuerungsanlagen durchgeführt werden konnte. — Die Mitgliederbewegung zeigt folgendes Bild: Am Anfang des Jahres wurden verzeichnet 2790 männliche, 440 weibliche, 63 jugendliche, zusammen 3293 Mitglieder. Am Schluß des Jahres waren vorhanden 3016 männliche, 516 weibliche, 40 jugendliche, zusammen 3572 Mitglieder. Die Zahl der männlichen Mitglieder ist demnach um 774, die der jugendlichen um 23 zurückgegangen, während die Zahl der weiblichen Mitglieder sich um 78 erhöht hat. Die Gesamtzahl ist hiernach um 727 zurückgegangen. Auf die einzelnen Branchen verteilen sich die Mitglieder folgendermaßen: Militäranbieter 1850, Reiterkattler 735, Geldwirer 199, Wagen- und Fuhrwerkbranche 176, Treibriemenbranche 60, Linoleum- und Teppichbranche 11.

Der Bericht des Kassierers Wehler zeigt, daß die Kassenverhältnisse als günstig angesehen werden können.

Gegen die geschäftliche und gewerkschaftliche Tätigkeit der Ortsverwaltung erhob die Versammlung keine Entwendungen. Später kam es jedoch zu einer längeren Aussprache über die Haltung der Gewerkschaftsleitungen während des Krieges im allgemeinen und die Haltung der Sattler- und Portefeulierleitung im besonderen. Dem Antrag zu dieser Debatte gaben drei Anträge eines Mitgliedes. Zwei dieser Anträge verurteilten das Zusammengehen der freien Gewerkschaften mit den Christlichen und Reichs-Durchsichtigen sowie die Haltung der Generalkommission zum Hilfsdienstgesetz und die Zustimmung zu dem Gesetz durch die Reichstagsabgeordneten aus Gewerkschaftskreisen. Der dritte Antrag spricht dem Zentralvorstand Vertrauen aus, weil er Verhandlungen in Kriegsangelegenheiten, ferner verlangt, der Antrag den Verkauf der Kriegsanleihe und die Liquidation des Ausdrückes durch die Mitglieder des Zentralvorstandes. Nach einer ausgiebigen Debatte beschloß die Versammlung gegen drei Stimmen Übergang zur Tagesordnung.

Aus der Partei.

Die Organisation der Kriegsteilnehmer.

Im „Grundstein“ der Sanarbeiter legt Genosse Paul Vatschek in außerordentlich klarer Weise die Gründe auseinander, die für eine besondere Organisation der Kriegsteilnehmer sprechen. Dabei begegnet er auch gewissen oberflächlichen Einwänden, die von manchen Stellen gegen den Plan geäußert worden sind. Er schreibt:

In den Blättern, die auch nach der Vorbereitungszeit gegen diese Organisationsfrage Stellung nahmen, kamerte man sich hauptsächlich an Begehlichkeiten. Man suchte den Anschein zu erwecken, als müßte eine proletarische Kriegsteilnehmerorganisation in ihrem Kern und Wehen mit den bürgerlichen Kriegervereinen auf eine Stufe gestellt werden. Und indem man ihr die gleiche Benennung wie jenen gab und sie immer wieder als sozialdemokratische Kriegervereine bezeichnete, wobei man offensichtlich den Ton auf das Wort Kriegervereine legte, suchte man den Gedanken bei den Massen der Arbeiter von vornherein in Nichtacht zu bringen. Bei Parteien, die in konsequenter Veränderung jede neue Idee ohne eigene Prüfung und selbständiges Nachdenken als einen Verrat an der proletarischen Weltanschauung oder mindestens als einen Verstoß gegen die Grundsätze der modernen Arbeiterbewegung betrachten, so fern diese neue Idee auch nur teils an bürgerliche Schöpfung oder Einrichtungen erinnert, mag diese auf Begehlichkeiten und Nebenabsichten gestützte und mit radikalen Klängen Schlagworten gewürzte Stimmungsmache auch aufrechterhalten werden, wenn sie gefallen ist. Aber man kann doch wohl hoffen, daß sich die große Mehrzahl derer, die die Bewegung angeht, sowohl Mächtigheit und Selbstständigkeit in der Betrachtung und im Urteil bewahrt, um hinter den von den meisten Bekämpfern des Gedanken hervorgehobenen und aufgeschaukelten Nebenabsichten immer noch den berechtigten Kern der Anregung zu erkennen.

Genosse Vatschek legt dann im weiteren auseinander, daß zweifellos nach Beendigung des Krieges die wirklichen Kriegervereine sich mit allem Eifer und allen Mitteln auf die heimkehrenden Krieger stützen werden, um sie einzulassen. Doch diese Werksarbeit ergebnislos bleiben könnte, ist kaum anzunehmen, wenn man die Dinge ohne wirkliche Gegenmaßnahmen laufen läßt. Es ist vielmehr Aufgabe und Pflicht der Arbeiterorganisationen, die proletarischen Kriegsteilnehmer dem Einfluß der Kriegervereine zu entziehen und ihrer Agitation den Wind aus den Segeln zu nehmen. Das wird, schreibt Vatschek, möglich sein, wenn die bürgerlichen Kriegervereine eine besondere Organisation der Kriegsteilnehmer aus dem Arbeiterstande entgegenstellt wird. Diese besondere Organisation müßte, von proletarischem Geiste erfüllt, den Kriegsteilnehmern aus der Arbeiterklasse die Stütze werden, in der sie die Säulengrubenkameradschaft, frei von militärischem Krimskram, Drill und Zwang weiterpflegen, ihre mannigfaltigen besonderen Wünsche vertreten und ihre bestimmten Spezialinteressen mit aller Entschiedenheit vertreten können.

Jetzt sind es die Massen! Zur Landtagswahl in Berlin VI sagt die „Republik“: „Es ist eine Frage der Arbeitermassen Berlins an die Partei der Sozialdemokratie“. Es haben nämlich 841 Wahlmänner für Nebling gestimmt (1913: für Diebstahl 580). In Potsdam-Spandau stimmten rund 17 000 Wähler gegen Nebling 5000 für ihn. 17 000 sind keine Massen, 341 sind es!

Die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ ist durch die immer größere Verteuerung aller Stoffe des Zeitungsbetriebes und durch unerlöbliche Lohnhöherungen an ihre Mitarbeiter zu einer abermaligen Preiserhöhung gezwungen. Sie stellt — die Zeitungspresse sind in Österreich von jeder Ungleich höher als bei uns — fest, an wöchentlich in Wien 70 Heller und das einzelne Blatt 12 Heller. — Die „N. Z. am Abend“, das keine Kochrezeptsblatt der „Arbeiter-Zeitung“, mußte den Verkaufspreis von 2 auf 3 Heller erhöhen und bleibt damit immer noch das billigste Wiener Zeitung.

Aus Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Der Abschluß der Dresdner Bank bietet imposable Ziffern: Der Rohgewinn beträgt einschließlich 433 036,50 M. Vortrag aus dem Vorjahre 49 561 012,50 M. (im Vorjahre 41 178 690,10 M.). Nach Abzug von 18 782 975,20 M. (im Vorjahre 18 195 074,15 M.) Handlungsunkosten und Steuern verbleibt ein Reingewinn von 30 828 037,00 M. (im Vorjahre 24 938 615,95 M.).

Der Gesamtumsatz auf einer Seite des Hauptbuches stellte sich auf 98 766 126 024,85 M. gegen 67 604 254 000,85 M. in 1915, die Zahl der bei der Bank geführten Konten auf 248 723 gegen 224 023 in 1915. Die Zahl der Angelegten (davon 2426 im Felde stehend) belief sich am Jahresanfang auf 6617 gegen 5967 im Jahre 1915. Vom Rohgewinn entfallen auf:

	1916	gegen 1915
Sorten und Zinssteine	827 585,70 M.	784 693,95 M.
Wechsel und Zinsen	82 948 894,70	25 927 019,40
Provisionen, abzüglich gezahlter Provisionsen	14 025 188,80	12 940 932,90
Erträge aus dauernden Beteiligungen bei andern Banken pro 1915	899 625,20	674 799,00

Aus der Bilanz sei hervorgehoben, daß sich die Einlagen von 416 auf 506 Millionen Mark erhöht haben. Gleichzeitig stiegen die Gläubiger, die kurzfristige Guthaben bei der Bank unterhalten, von 777 auf nicht weniger als 1164 Millionen Mark. Diese kolossale Vermehrung aller Einlagen zeigt am besten, wie arbeitsfähig, aber auch wie ausdauernd die deutsche Volkswirtschaft ist. Der gewaltige Zuwachs an fremden Geldern fand Anlage durch Erhöhung des Guthabens bei der Rentenbank und insbesondere in Wechseln und unergänzlichen Einlagenleistungen des Reiches und der Bundesstaaten, deren Bestand von 853 auf 707 Millionen Mark blauschämte! Die Bank lebt, nachdem sie für die vorhergehenden Kriegsjahre 1914 und 1915 nur je 6 Proz. Dividende gezahlt hat, zu ihrem Friedensdividendenfuß von 9 1/2 Proz. zurück.

Die Dresdner Bank steht in engen Beziehungen zu Ludwig Poewe, den Deutschen Waffen- und Munitionsfabrikanten, der Dresdner u. Koppel A.-G. und der Berlinischen Bodenbesitzgesellschaft.

Es wird glänzend weiter verdient.

Die Oberschlesische Eisenbahnbedarf-Minen-Ges., die vor dem Kriege nicht gerade florierete, verteilt 15 Proz. Dividende gegen 10 Proz. im Vorjahre und erhöht die Abschreibungen von 6 auf 9,5 Millionen Mark. Das Kabelwerk Duisburg, das im Vorjahre 18 Proz. Dividende zahlte, verteilt aus dem von 1,6 auf 2,4 Millionen Mark gestiegenen Reingewinn 16 Proz. Dividende und außerdem einen Zuschuß von 9 Proz., also im ganzen 25 Proz. — Die Deutsche Steingewerkschaft für Sanalliation und Chemische Industrie in Friedrichsfelde verteilt 18 gegen 18 Proz. Dividende im Vorjahre.

Soziales.

Kriegswichtige Betriebe und Meldepflicht!

In der Bundesratsverordnung vom 1. März über die Meldepflicht der Hilfsdienstpflichtigen — siehe Nr. 63 des „Vorwärts“ vom 5. März 1917 — sind im § 3 eine Reihe von Berufen und Betrieben aufgeführt, die die in ihnen Beschäftigten von der Meldepflicht für die Dauer dieser Weidbürtigkeit befreit. Es handelt sich dabei um Personen, die selbständig oder unselbständig im Hauptberuf tätig sind:

1. im Reichs-, Staats-, Gemeinde- oder Kirchendienst;
2. in der öffentlichen Arbeiter- und Angestelltenversicherung;
3. als Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte oder Apotheker;
4. in der Land- oder Forstwirtschaft;
5. in der See- oder Binnenflottille;
6. in der See- oder Binnenluftfahrt;
7. im Eisenbahnbetrieb, einschließlich des Betriebes der Klein- und Straßenbahnen;
8. auf Werften;
9. in Berg- oder Hüttenbetrieben;
10. in der Pulver-, Sprengstoff-, Munitions- oder Waffenfabrikation;
11. in einzelnen kriegswichtigen Betrieben, die von den Kriegsamtsstellen für ihre Betriebe bezeichnet werden.

Die Bedeutung dieser Aufzählung beschränkt sich ausschließlich auf die Registrierung und die ihr dienende Meldepflicht der Hilfsdienstpflichtigen. Keineswegs oder will und soll sie abschließend den Kreis derjenigen Tätigkeiten begrenzen, die als Hilfsdienst zu betrachten sind. Das ist vielfach irrigerweise angenommen worden.

Die Registrierung der Hilfsdienstpflichtigen hat den Zweck, die Heranziehung zum Hilfsdienst vorzubereiten. Sie braucht daher Personen nicht zu erfassen, die bereits im Hilfsdienst tätig sind. Im Interesse der Verminderung des Schreibens und der den Ortsbehörden auferlegten Arbeitslast sind die oben bezeichneten Kategorien von Personen von der Meldepflicht ausgenommen, da deren Beschäftigung im Vaterländischen Hilfsdienst — ganz unabhängig von örtlichen Verhältnissen — außer allem Zweifel steht. In Ziffer 11 ist nun dem Kriegsamtsstellen die Befugnis übertragen, darüber hinaus einzelne, in ihren Betrieben befindliche kriegswichtige Betriebe (also nicht ganze Betriebe oder Betriebsgruppen) als solche zu bezeichnen und damit von der Meldepflicht auszunehmen. Ob und inwieweit die Kriegsamtsstellen von dieser ihrer Befugnis Gebrauch machen wollen, haben sie vorbehaltlich etwa ergebender Anweisungen von Seiten des Kriegsamtes nach pflichtmäßigem Ermessen zu entscheiden.

Alle Hilfsdienstpflichtigen, die in den in Ziffer 1 bis 10 aufgezählten oder gemäß Ziffer 11 durch Verfügung der Kriegsamtsstellen bezeichneten Betrieben beschäftigt sind, sind demnach in die Listen nicht aufzunehmen und von der Meldepflicht befreit. Hier auch nur sie. Alle anderen nach dem 30. Juni 1917 und vor dem 1. Januar 1917 geborenen, nicht mehr landsturmpflichtigen männlichen Deutschen sind meldepflichtig.

Daraus aber, daß eine Tätigkeit nicht allgemein oder besonders von der Meldepflicht ausgenommen ist, folgt keineswegs, daß sie nicht kriegswichtig sei, oder — anders ausgedrückt — daß die in ihr Beschäftigten nicht als im Vaterländischen Hilfsdienst stehend zu gelten hätten. Es gibt zweifellos Betriebe verschiedenster Art, die kriegswichtig sind und doch in diese Aufzählung nicht aufgenommen sind (z. B. Presse, Expeditionsbetriebe, Banken, Rechtsanwaltschaft u. a.). Die Entscheidung, ob eine Hilfsdienstpflichtige Person bereits im Hilfsdienst tätig ist, steht nach wie vor allein dem Befehlshaber auszusprechen zu. Sie hängt auch nicht allein davon ab, ob der Betrieb an und für sich kriegswichtig ist, sondern auch von der weiteren Feststellung, ob die Zahl der in ihm beschäftigten Personen nicht das Bedürfnis übersteigt.

Wenden Hilfsdienstpflichtige durch den Einberufungsbescheid herangezogen, die nach ihrer Auffassung bereits im Vaterländischen Hilfsdienst tätig sind, so haben sie die Möglichkeit, den Befehlshaber auszusprechen, und es braucht nicht einmal die Heranziehung abgewartet zu werden. Denn nach den Befehlshaberbescheiden können die Befehlshaber auszusprechen von jedem, der ein unmittelbares berechtigtes Interesse hat, angeregt werden. Erst die Entscheidung des Befehlshabers, gegen die Beschwerde an die Zentralstelle zulässig ist, stellt fest, ob die Tätigkeit, die jemand bisher ausgeübt hat, als Vaterländischer Hilfsdienst zu betrachten ist oder nicht.

Verantwortlich für Inhalt: Hermann Müller, Leipzig; für den übrigen Teil: Dr. Alfred Schatz, Frankfurt; für die Redaktion: Dr. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Carl Schönerhans, Berlin. Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Leipzig.

Hierzu 1 Beilage und Unterrichtsblatt.

Von der Fraktion Arbeitsgemeinschaft — zur Partei Arbeitsgemeinschaft.

Am 7. Januar 1917 traten die Oppositionsgruppen und -gruppen in Berlin zu einer Reichskonferenz zusammen. Sie vollendeten damit die Parteipaltung, der sie in fast einjähriger Agitation vorgearbeitet hatten.

Jedoch dieses unehrliche Spiel verdingt nicht mehr. Deshalb macht die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft ihm jetzt selbst ein Ende.

Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft hat an die ihr anhängenden Organisationen im Reich einen Entwurf verfaßt, der den Titel führt:

„Organisations-Grundlinien für die Opposition der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.“

In den Einleitungssätzen des Entwurfs wird die sozialdemokratische Opposition als der allein „Wahre Jakob“ der grundsätzlichen Politik gepriesen und für die Zukunft — wenn die im Herrschdienste stehenden Parteigenossen zurückgekehrt sind und die Grundlagen einer freien Aussprache wieder hergestellt sind — wird eine Ausgestaltung von Programmen und Organisation der Partei nach dem im Kriege neu gewonnenen Erkenntnis in Aussicht gestellt.

einigen soll:

Orts- und Wahlkreisorganisationen.

So die alten Orts- und Kreisorganisationen sich für die Opposition erklärt haben, bilden sie die Grundlage der Organisation. In den übrigen Orten und Kreisen ist eine selbständige Organisation der Opposition ins Leben zu rufen.

Bezirksorganisationen.

Die Wahlkreisorganisationen schließen sich zu Agitationsbezirken zusammen und bestimmen eine Bezirksleitung zur Führung der gemeinsamen Geschäfte. In jeder Bezirksleitung muß eine Gewerkschaft sein.

Zentralleitung.

Die Geschäfte der Opposition führt eine Zentralleitung. Die Zentralleitung besteht aus einem Aktionskomitee und einem Sekretat. Das Aktionskomitee ist aus Berlin und Umgebung, der Sekretat aus den übrigen Bezirken zu wählen.

In den Sitzungen der Zentralleitung haben die Mitglieder des Bezirks dieselben Rechte wie die Mitglieder des Aktionskomitees.

Das Aktionskomitee besteht aus zwei Vorsitzenden, dem Kassierer, den Schriftführern und den Beisitzern; darunter muß eine Gewerkschaft sein. Höchstens ein Drittel der Mitglieder des Aktionskomitees darf besoldet sein.

Kontrollausschuß.

Die Kontrolle der Zentralleitung übt ein Kontrollausschuß, der auch über Beschwerden gegen die Zentralleitung entscheidet.

Mitwirkung der Bezirke.

Die wichtigsten politischen Maßnahmen hat die Zentralleitung die Vertreter der Bezirke zur Beratung zusammensubersuchen.

Ebenso sind die weiblichen Mitglieder der Bezirksleitungen zusammenzubersuchen, um die Maßnahmen zur Förderung der Frauenbewegung zu beraten.

Beitragsleistung.

Die Organisationen der Opposition erheben die Beiträge in der bisherigen Weise weiter und führen mindestens 20 Pros. derselben an das Aktionskomitee ab.

Reichskonferenz.

Auf Beschluß der Zentralleitung oder der Mehrheit der Bezirksvertreter hat eine Reichskonferenz stattzufinden, deren Zusammensetzung, Verhandlung und Beschlußfassung sich sinngemäß nach den Bestimmungen über den Parteitag regeln.

Der Reichskonferenz hat die Reichstagsvertretung der Opposition über ihre parlamentarische Tätigkeit Rechenschaft abzulegen, ebenso die Zentralleitung über die Führung der Parteigeschäfte.

Die Reichskonferenz bestimmt die Zahl der Mitglieder des Aktionskomitees, des Sekretats und des Kontrollausschusses und wählt alle Mitglieder dieser Ausschüsse.

Schlußbestimmung.

Die sinngemäße demokratische Anwendung des Organisationsstatuts ist im übrigen Sache der Orts-, Kreis- und Bezirks.

Diese Grundlinien sollen, wie wir hören, auf einer neuen Reichskonferenz der Partei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft beraten und beschlossen werden, die für Ostern geplant ist.

Wer den oben abgedruckten Entwurf gelesen hat, wird nicht mehr bestreiten können, daß die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft eine besondere Partei ist: eigene Zeitung, eigene Finanzen, eigene Vereine, die sich wieder nach Agitationsbezirken zusammenschließen sollen, sind über das ganze Reich vorgeordnet. Damit ist volle Klarheit geschaffen.

Jetzt müssen die Frauen und Halben Farbe bekennen! Wer im Interesse der deutschen Arbeiterklasse für die Zeit im Kriege und nach dem Kriege eine starke, geschlossene sozialdemokratische Partei für nötig hält denn je, der wird der Partei nicht nur die Treue bewahren, sondern mit ganzer Kraft für die Stärkung ihrer Organisationen und die Verbreitung ihrer Presse arbeiten. An dem gesunden Sinn der deutschen Arbeiter wird das Herabwürdigen derer scheitern, die am 24. März 1916 die Spaltung der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion herbeiführten und genau ein Jahr später die letzte Maske fallen lassen.

Reichstag.

80. Sitzung, Donnerstag, den 23. März, nachmittags 1 Uhr.

Im Bundesrat: Kommissare. Die zweite Beratung des

Entsch des Reichstags des Innern

wird fortgesetzt.

Beim Titel „Reichsschulkommission“ ergreift das Wort

Abg. Schulz-Erfurt (Soz.):

Daß das Institut der Einjährig-Freiwilligen nicht mehr berechtigt ist, haben bereits vor dem Kriege sachkundige Männer ausgeprochen. Auch die Reichsschulkommission mühte zu der Auffassung kommen, daß dieses Institut weder den Bedürfnissen des Heeres noch dem der Schule dient; statt dessen sollte die Volksschule auf eine Höhe gehoben werden, die eine Verklärung der Dienstzeit ermöglicht. Die Reichsschulkommission wird leider die Initiative zu einem Vorgehen in dieser Richtung nicht aufbringen, wohl aber hoffe ich, daß die vom Hauptauschuß beantragte Reichsschulkonferenz, die gleich nach Beendigung des Krieges zusammentreten soll, in dieser Richtung wirken wird. Die Resolution verlangt kein Reichsschulgesetz und keine Reichsschulbehörden, wie meine Freunde und ich sie erheben. Zwischen Schulanfang und Schulanfang liegen die großen Fragen der Schulreform, die die wichtigsten Kulturangelegenheiten des deutschen Volkes betreffen. Daher darf die Verantwortung der großen Schulreformfragen nicht dem Zufall überlassen bleiben, nicht der Regelung durch 26 verschiedene Staaten. Um sie einheitlich zu regeln, braucht man noch keine Reichsschulgesetzgebung; aber die beantragte Reichsschulkonferenz könnte einen moralischen Zwang zur einheitlichen Regelung

auf die Bundesregierungen ausüben. Das Reich darf sich den wichtigen Aufgaben auf dem Gebiete der Erziehung und des Unterrichts nicht entziehen. Die preussische Schulkonferenz von 1876 war auch von drei nichtpreussischen Schulmännern besucht; das ist bezeichnend und beweist, daß die wichtigsten zu behandelnden Fragen nicht auf einer preussischen Konferenz mit dem gewöhnlichen Erfolg erörtert werden können, daß es vielmehr auf einer Reichskonferenz geschehen muß. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Ruchhoff (Z.):

Das wichtige Problem des Aufstiegs der Vegetation ist gar nicht zu lösen ohne eine durchgreifende Reform des Berechtigungswezens zum Einjährig-Freiwilligendienst. Am besten wird die Zulassung zum Einjährig-Freiwilligendienst, falls dieser überhaupt bestehen bleibt, von der Schule ganz fortgenommen und dem Heere selbst übertragen. Die Resolution der Kommission, die eine Reichsschulkonferenz verlangt, werden meine politischen Freunde ablehnen; wir halten sie für überflüssig, weil im preussischen Abgeordnetenhause eine preussische Konferenz beantragt und vom Kultusminister zugezogen ist. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Reichensteiner (Sp.): Ich habe mich stets gegen jede Zentralisation auf dem Gebiete des Schulwesens ausgesprochen, die die Schule braucht zu ihrer Entwicklung Freiheit, und die Einzelstaaten geben im Reglementieren schon zu weit. Staatliche Zentralisation ist geradezu tödlich auf den Gebieten der Schule, der Religion und der Kunst. Der Staat greift den Städten die nötige Freiheit, und das Gute wird sich durchsetzen.

Ministerialdirektor Lewald: Die vorliegende Resolution läuft darauf hinaus, das Schulwesen auf das Reich zu übertragen. Im „Tag“ hat Herr Schulz in einem interessanten Aufsatz es als Zufall bezeichnet, daß bei Begründung des Deutschen Reiches das Schulwesen nicht der Kompetenz des Reiches unterstellt worden ist. Das ist aber durchaus kein Zufall, sondern es ist historisch, wirtschaftlich, kulturhistorisch begründet, daß das Schulwesen ein wesentlicher Bestandteil der bundesstaatlichen Ordnung ist.

Abg. Dr. Dammann (natl.) verteidigt das Einjährig-Freiwilligen-Privileg, teilt aber nicht die Bedenken gegen die Einberufung einer Reichsschulkonferenz.

Abg. v. Graefe (L.) erklärt sich gegen die Resolution der Kommission, die eine Einberufung der Einzelstaaten bedeutet.

Abg. Kunert (Soz. Arb.): Wir stehen dem Antrag auf Einberufung einer Reichsschulkonferenz durchaus sympathisch gegenüber.

Abg. Dr. Jund (natl.) bepricht die Frage der Kriegsprüfung.

Ministerialdirektor Lewald: Für die Kriegsprümaner werden überall besondere Kurse eingerichtet werden, zur Schulbahn brauchen sie nicht zurück.

Abg. Dr. Eickhoff (Sp.) tritt für die Reichsschulkonferenz ein.

Abg. Schulz-Erfurt (Soz.): Die Resolution fordert nicht eine Reichsschulgesetzgebung, sondern eine Reichsschulkonferenz. Diese verdient unbedingt den Vorzug vor einer preussischen Schulkonferenz. Kollege Reichensteiner hat den springenden Punkt meiner Ausführungen übersehen. Ich möchte keineswegs den Vorgesetzten, den Lehrer härter zu stellen, sondern ich möchte gute Schulen für das Volk. Das Reich kann sich nicht einschalten lassen bei den Schulfragen, die zu den wichtigsten Kulturfragen des deutschen Volkes gehören. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Debatte schließt. Die Resolution auf Einberufung einer Reichsschulkonferenz wird gegen die Stimmen der Linken abgelehnt, die übrigen von der Kommission beantragten Resolutionen werden angenommen, die von den Sozialdemokraten und der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft beantragten werden abgelehnt, dann wird die Sitzberatung unterbrochen zur Beratung des Gesetzes zur

Änderung des Reichsstempelgesetzes.

Der Gesetzentwurf will den hundertprozentigen Zuschlag zur Reichsstempelabgabe bei Grundstücksübertragungen, der vom 1. April 1917 ab wegfallen soll, bis auf weiteres aufrecht erhalten.

Abg. Dr. Spahn (Z.) befürwortet eine Resolution des Zentrums, der Konfessionslosen und der Nationalliberalen, wonach Umfassende Steuererlasse werden soll, wenn das Grundstück im Wege der Zwangsversteigerung zur Rettung von Hypothekensicherungen erworben ist.

Abg. Reil (Soz.) spricht für einen Antrag, die Verlängerung des Gesetzes bis zum 31. März 1920 zu befristen. Eine Neuordnung der ganzen Materie ist dringend notwendig.

Abg. Dr. Krenndt (Deutsche Fraktion) schließt sich dem Vorschlag an.

Nach weiterer kurzer Debatte, an der sich die Abg. Zimmermann (natl.), Wolfheim (Sp.) und Graf Westarp (L.) beteiligen, wird das Gesetz mit dem Antrag und der Resolution angenommen und sofort in zweiter und dritter Lesung erledigt.

Hierauf wird die Beratung des Entsch des Reichstags des Innern fortgesetzt. Beim Kapitel Gesundheitsamt bemerkt

Abg. Kunert (Soz. Arb.): Die reichsrechtliche Regelung des Mutter- und Säuglingsgeschäftes ist noch nicht erledigt, ebensowenig ist das Stillsitzen zur Verhütung der Krankenfällen gemacht worden; beides Anträge, die vor wenigen Jahren einer besonderen Kommission für Bevölkerungspolitik überwiesen wurden. Diese Kommission hat sich gleich nach ihrem Zusammentritt auf vier Monate vertagt und im Bericht noch einmal. Ich meine, daß sie einen Zeitverlust erlitten. Ein guter Anfang wäre, wenn man die Arbeiterbeschäftigungen für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter streng besetzen müßte, also die Ermöglichung für den Reichs-

langier, sie aufzuheben, wieder außer Kraft setzte. Der Staatssekretär nannte gestern den Gesundheitszustand der Bevölkerung einen guten. Man braucht sich nur einmal die Arbeiter und Arbeiterinnen anzusehen, wenn sie aus den Munitionsfabriken herauskommen, wie sie bleich daherkommen. Die Tuberkulose hat zugenommen, die Geschlechtskrankheiten ebenso. Wir haben eine Unterernährung, die an Hungererlös grenzt. Unsere Gesundheitszustände sind geradezu ruffisch. (Beifall bei der Soz. Arbeitsg.)

Präsident des Reichsgesundheitsamts Dr. Baum: Der Vordrüber übertrieb gewaltig, wenn er von einer Hungernot in Deutschland spricht. Wären die Verhältnisse so, wie der Vordrüber sie schildert, so müßte sich das in einer Zunahme der Erkrankungen und Todesfälle zeigen; statt dessen finden wir einen so starken Rückgang der Erkrankungen- und Todesfälle, daß der Staatssekretär mit Recht gestern den Gesundheitszustand der Bevölkerung einen verhältnismäßig befriedigenden nennen konnte.

Präsident Dr. Kaempf: Der Abg. Kunert hat dem Kaiser und Königer die Schuld an dem Tod und Unglück von Millionen gegeben und sie damit als Ursache des Krieges hingestellt. Dafür rufe ich ihn zur Ordnung. (Beifall bei der Soz. Arbeitsg.) Staatssekretär Dr. Helfferich: Auf den Schlußsatz des Abg. Kunert sage ich: Ein Deutscher, der gegenwärtig ruffische und deutsche Zustände in einem Atem nennt, beschmüht sein Vaterland. (Beifall bei der Soz. Arbeitsg.)

Abg. Huch (Soz.): Ein Deutscher, der offenkundige Tatsachen verschweigt, leistet seinem Vaterlande einen schlechten Dienst. (Beifall bei den Sozialdemokraten und der Soz. Arbeitsg.) Die Statistik kann uns noch kein abschließendes Urteil gestatten und der Herr Präsident des Reichsgesundheitsamts hätte daher nicht ein so erfreuliches Bild der Gesundheitsverhältnisse der Bevölkerung malen sollen. Die Unterernährung wirkt geradezu furchtbar und muß auch auf die Gesundheit einwirken. Demgegenüber ist es bezeichnend, auf noch mehr Sozialpolitik hinzudringen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dittmann (Soz. Arb.): Man kennt die Zustände sehr wohl, aber man gibt sich den Anschein, sie nicht zu kennen. In vielen Ländern fallen die Arbeiter tatsächlich vor Hunger um. (Beifall.) Man soll dem Lande doch nicht einen blauen Dunst vormachen seitens der Regierungsvertreter. (Vizepräsident Dove ruft den Redner für diesen Ausdruck zur Ordnung.)

Präsident des Reichsgesundheitsamts Baum: Herr Kunert hat es hier so hingestellt als ob eine ganz allgemeine Hungernot in Deutschland herrschte. Das ist eine Übertreibung ohne gleichen. (Beifall bei der Soz. Arbeitsg.)

Abg. Kunert (Soz.): Will ich deutsche Reaktionen und russische Revolutionäre in Vergleich bringen, soll ich mein Vaterland beschmühen haben. Ich wäre stolz darauf, wenn der Fortschritt bei uns vorhanden wäre, der jetzt im russischen Reich vorhanden ist. (Zustimmung v. d. Soz. Arb.)

Abg. Henke (Sp.): Bis hier haben wir nur beobachtet können, wie radikale Sozialisten im Auslande im Parlament Dinge vorbrachten, die ihr Vaterland schädigten. Es tut mir leid, daß das jetzt auch im deutschen Reichstage geschieht. (Beifall.)

Die Debatte schließt. Beim Kapitel

Reichsversicherungsbank

wünscht Abg. Veiter-Krenndorf (Zr.), daß die Krankenkassen für die Krieger entschädigt werden sollen, die ihnen aus der Regelung der Kriegsschäden erwachsen.

Abg. Huch (Soz.): Wenn wir heute in der Kritik enthalten sind, so darf nicht etwa gefolgert werden, daß keine Mängel bestehen. Wir müssen die Versicherung nach dem Kriege auf eine finanziell gesunde Grundlage stellen. Dazu müssen aber jetzt schon die nötigen statistischen Grundlagen geschaffen werden und ich frage, ob bereits an diese Aufgabe herangegangen ist.

Ministerialdirektor Caspar: Die Belastung der Krankenkassen durch die Kriegsbeschädigten ist schon lange Gegenstand eingehender Erwägungen. Auch die Frage statistischer Erhebungen über die Einwirkung der Kriegsschäden auf die Krankenkassen ist eingehend geprüft worden.

Abg. Hedemann (natl.) tritt für einen Antrag Wassermann ein, wonach Rentenempfänger aus den Reichsversicherungsgesetzen im Falle der Bedürftigkeit angemessene Kriegszulagen aus Reichsmitteln erhalten sollen.

Abg. Behrens (D. Frakt.) bittet, bei der Feststellung der Bedürftigkeit mit Wohlwollen zu verfahren.

Abg. Casmann (Z.) tritt ebenfalls für den Antrag Wassermann ein.

Die Debatte schließt. Der Antrag Wassermann wird angenommen.

Beim Kapitel „Aufsichtsbank für Privatversicherung“ weist

Abg. Hilgenbrand (Soz.) auf die Bereicherung der Versicherungsanstalten während des Krieges hin, die aus dem vergünstigten Verlauf so vieler großer und kleiner Versicherungen entstanden sind. Diese unmittelbare Folge des Krieges muß geradezu als unmaralliche Ausnutzung des Krieges bezeichnet werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Risiko tragen ganz die Versicherungsnehmer. Von den Gesellschaften ist ein Entgegenkommen nicht zu erwarten. Sie wollen eine Herabsetzung der Bestimmungen erst eintreten lassen — beim nächsten Krieg. (Beifall bei der Soz. Arbeitsg.) Man muß daher von Reich wegen eingreifen, und man kann das. Ein Antrag meiner Freunde weist einen Weg zur Abhilfe. Dieser Antrag schädigt die Gesellschaften nicht. Er stellt das Risiko von dem dar, was man für die geschädigten Versicherungsnehmer verlangen kann. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Durchführbarkeit des Antrages ist ganz zweifellos; denn die „Vollstufung“ verfährt bereits nach der in unserem Antrage ganz allgemein geforderten Weise.

Abg. v. Graefe (L.) billigt den Antrag und die Ausführungen des Vordrüber.

Abg. Behrens (D. Fr.) erklärt gleichfalls seine Zustimmung zum Antrag Albrecht.

Der Antrag wird dem Reichshaushaltsausschuß überwiesen.

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung.

Abg. v. Röst (natl., zur Geschäftsordnung): Fünf große Berliner Zeitungen haben

über die gebrügte wichtige Rede des Staatssekretärs nicht berichtet

unter dem Botenband des Papiermangels. Ich frage den Herrn Präsidenten, ob er etwas Näheres darüber weiß?

Staatssekretär Dr. Helfferich: Zur Aufklärung kann ich mitteilen, daß vor 14 Tagen die betreffenden fünf Zeitungen an den Reichskanzler eine Eingabe mit einer Reihe von Wünschen gerichtet haben. Diese Eingabe ist dem Reichsamt des Innern überwiesen worden. Daß ein besonderer Papiermangel bei Ihnen vorliegt, ist weder dem Reichsamt des Innern noch der Papierwirtschaftsstelle mitgeteilt worden. Die Entscheidung über die Eingabe wird natürlich unabhängig haben getroffen werden, ob meine Rede gebracht werden oder nicht.

Abg. Götter (Z.): Wenn die fünf Zeitungen sich herausnehmen, einen Redner für eine wirtliche oder hermeintliche Tat durch Nichtbringen seiner Rede zu bestrafen, so haben wir allen Anlaß, dieses Verfahren als völlig ungehörig zu kennzeichnen, doppelt ungehörig, wenn dadurch ein Druck auf Papierzusendungen auf Kosten der Druckpreise ausgeübt werden soll. (Zustimmung.)

Abg. Schäffer-Knappe (natl.) erklärt das Vorzeichen der fünf Blätter ebenfalls für nicht wurdig der Presse und ihrer Verantwortlichkeit gegenüber der Öffentlichkeit.

Abg. v. Zaher (Sp.) betont ebenfalls die Verpfändung der Presse zu einer objektiven Informierung des Publikums. (Zustimmung.)

wenden die betreffenden Zeitungsbesitzer sich rasch fassen und von dem etwas überstürzten Spiel sich so rasch als möglich zurückziehen.
Abg. Scheidemann (Soz.): Wir sind in der unangenehmen Lage, die andere Seite nicht zu hören. Aber wenn es richtig ist, daß die Zeitungen ihr Verlangen nach Papier zum Schaden anderer Zeitungen erhoben haben, so läge der Vergleich mit der Verleserung nahe. Das Papier ist für die Zeitungen Brot und kein Zeitungsbesitzer hat mehr Anrecht als ein anderer. Noch wichtiger ist, daß die Presse hier als Kenner auftritt. Der Reichstag sowohl wie die Öffentlichkeit haben Anspruch auf eine objektive Berichterstattung über unsere Verhandlungen. Ich bedauere deshalb, daß die Zeitungen zu diesem Pressionsmittel gegriffen haben und hoffe, daß sie davon Abstand nehmen werden. (Zustimmung.)

Abg. Graf Westarp (L.) und Abg. Dr. Trendelenburg (Deutsche Fraktion) schickten sich den Vorrednern an.

Abg. Wittmann (Soz. Arb.): Die Königin ein Gefühl der Schadenfreude haben, daß Herr Helfferich jetzt das gleiche trifft, was uns so oft trifft. Man kann die Dinge aber auch noch von dem Gesichtspunkt ansehen, ob bei der Presse nicht ein Akt der Rache vorliegt. Die Regierung soll mit ihren Anforderungen an die Presse doch den Hagen nicht überspannen und den Zeitungen nicht Zumutungen stellen, die sie beim besten Willen nicht erfüllen können. Ich würde mich freuen, wenn die heutige Aussprache dazu führt, daß alle Fraktionen gleichmäßig darüber wachen, daß in der Reichsversammlung alle verständigt werden.

Präsident Dr. Kaempf: Die von dem Abg. List an mich gestellte Frage kam ich durch die Geschäftsordnungsdebatte wohl als erledigt an.

Nächste Sitzung: Freitag, 1 Uhr. (Kurze Anfragen, Fortsetzung der Staatsberatungen.)
Schluß: 3 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

55. Sitzung, Donnerstag, 22. März, vormittags 11 Uhr.

Zum Ministertisch: Kommissar.
Auf der Tagesordnung steht eine Petition des Gemeindevorstandes Adlershof auf Schaffung eines

Lastenausgleichs in Groß-Berlin.

Die Gemeindekommission beantragt Ueberweisung an die Regierung zur Erörterung, ein Antrag der Konservativen, Freikonservativen, Zentrum und Nationalliberalen Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Abg. Cassel (Sp.):

Der Antrag auf Berücksichtigung ist ganz heimlich und plötzlich eingebracht worden. Ich beantrage Zurückweisung zur Berberatung an den Ausschuß. Jetzt kommen die östlichen Gemeinden mit dem Lastenausgleich. Wenn es sich um einen Anschlag an Berlin handelt, sind sie nicht zu haben. Berlin soll nur die Lasten tragen, aber nichts mitzubringen haben. Außerdem stehen die Gemeinden gar nicht so schlecht da, wie behauptet wird. Die schwachen Schultern der kleinen Berliner Steuerzahler dürfen nicht belastet werden für die Wohlhabenden, die in die Vororte gezogen sind, um Steuern zu sparen. Der Ausgleich ist verfassungswidrig, denn er widerspricht dem klaren Wortlaut von Artikel 25. Berlin hat 520 Millionen Schulden, wie kann man ihm da neue Lasten für andere Gemeinden auch nur zumuten? Eine Zahlungsgemeinschaft kann es nicht geben ohne Verwaltungsgemeinschaft. Aber seine Selbständigkeit läßt sich Berlin nicht nehmen, es lehnt es ab, tributpflichtiger Träger

anderer Gemeinden zu werden. (Sehr richtig links. — Zu-Hu-Rufe rechts.) Leider hat sich im Ausschuß ein Regierungskommissar ganz im Sinne der Rententen ausgesprochen. Ist das wirklich die Ansicht der ganzen Regierung? Wir bitten, nicht in einer solchen Weise die sehr gründliche Beratung spaziel, und schließlich die Last an der Selbstverwaltung auszuwerfen. (Abg. Wand [L]: Sie wollen nicht zahlen! — Erregter Widerspruch links.) Die Ansicht dieses Herrn, der von den Dingen keine Ahnung hat (Sehr gut links), und mit dem ich es aus bestimmten Gründen ablehne, wird persönlich aneinander zu setzen (Hört, hört! und Sehr gut links). Ich mir gleichgültig. (Beifall links. — Dr. Wand: Danke gleichfalls.) Ich sehe auf diesen Zwischenruf mit dem Gefühl herab, daß er bei einem anständigen und ehrlichen Menschen verdient. (Lebhaftes Zustimmung bei der Volkspartei.) Die Selbstverwaltung der Preußen ganz gemacht. Stellen wir in dieser großen gewaltigen Zeit solche Projekte, die Ruhe und Frieden zur Erörterung brauchen, zurück und machen wir alle zusammen im Einheitsgefühl, um das Vaterland zu sichern. (Stürmischer Beifall bei der Volkspartei.)

Ein Regierungskommissar erklärt, die Regierung habe noch keine Stellung genommen. Der Tendenz der Petition aber sehe die Regierung sympathisch gegenüber.

Abg. Dr. Niemann (natl.): Es ist eine Ehrenpflicht des Staates, für die Schwachen zu sorgen. Aber man kann doch zum nicht die Gemeinden, die bisher in ganz besonderer Weise hohen kulturellen Pflichten nachgekommen sind, dafür in besonders hohem Maße zu den Schullasten ärmerer Gemeinden heranziehen. Ein Lastenausgleich, wie ihn die Rententen wollen, ist unbenfalls ohne Schaffung einer übergeordneten Stelle. Gegen eine solche aber wehren sich gerade die Rententen entschieden.

Ein Regierungskommissar aus dem Finanzministerium wiederholt, daß der Finanzminister zu der Frage noch nicht endgültig Stellung genommen habe. Man muß unterscheiden zwischen der Frage eines Lastenausgleichs überhaupt und eines Ausgleichs für Groß-Berlin.

Abg. Dr. Wärmeling (Z.): Ein Ausgleich der Lasten muß stattfinden, namentlich der Schullasten. Mit Schlagworten kommt man hier nicht weiter. Es ist ein ungesunder Zustand, daß Millionen-Gemeinden wie Grunewald und Döhlitz mit niedrigen Gemeindefeuern versehen, während die Vororte im Osten und Norden Rot leiden.

Ein Schlußantrag wird angenommen. — Abg. Dr. Rosenow (Sp.): Dieser Schlußantrag behindert mich. Ausführungen von viel leicht ausfallender Bedeutung zu machen. (Unruhe rechts.) Die Petition ist niemals in den Händen aller Mitglieder des Hauses gewesen. Auch im Kommissionsbericht ist sie nicht vollständig wiedergegeben. Es sind überhaupt nur 20 bis 30 Exemplare an das Haus gekommen. (Hört, hört! links.)

Verichtshörer Abg. Hausmann (natl.): Die Angriffe des Abg. Cassel sind unbegründet. Wäre der Kommissionsbericht ein Nachwerk, er hätte sich nicht so eingehend mit ihm zu beschäftigen brauchen.

Abg. Cassel (Sp.): Ich halte alle meine Behauptungen aufrecht. Den Antrag auf Rückverweisung stehen wir nach den Erklärungen der Vorredner zurück.

Abg. Gaenisch (Soz.): Wir nehmen den Antrag wieder auf. Der Antrag auf Rückverweisung wird gegen Sozialdemokraten und Fortschrittler abgelehnt. Der Antrag auf Ueberweisung zur Berücksichtigung mit den Stimmen der Rechten und des Zentrums angenommen. Damit ist der Ausschlußantrag erledigt.

Parlamentarisches.

Aus der Reichstagskommission für Bevölkerungspolitik.

Am Donnerstag wurde derjenige Teil des Arbeitsprogramms fertigberaten, der sich auf die

Schämpfung der Geschlechtskrankheiten

in Heer und Heimat besteht. Zwischen den Vertretern der Medizinalabteilung des Heeres und den Mitgliedern der verschiedenen Parteien fand ein lebhafter Meinungsaustausch über die mangelhafte Fürsorge für die Unterkunft reisender Soldaten in den Großstädten, über die Kasernierung der Prostitution im Osten, die allseitig verurteilt wurde, und über die Einbeziehung der

Offiziere in die militärische Heilbehandlung statt, für die u. a. auch der Konservative u. Klemming wenigstens teilweise eintrat. Von sozialdemokratischer Seite beteiligten sich die Genossen Davidsohn und Dr. Quard an der Debatte.

Zugeworfen wurde ein Antrag (Hör.) betr. geeignete Führung durchreisender Soldaten, namentlich in den großen Eisenbahnstationen des Ostens, und sachgemäße Verlebung.

Die Kommission wird nunmehr den Bericht für diesen Teil ihrer Beratungen feststellen und ihn mit ihren Anträgen sobald als möglich an das Plenum zu bringen suchen. Berichtshörer ist Abg. Dr. Strube (Sp.).

Nächste Sitzung: Freitag 9 Uhr mit der Tagesordnung: Mutter und Kind.

Ernährungsfragen im Reichstagsauschluß. Der Unter-anschluß, der die Differenzen wegen Festlegung der Preise für Schweine unter 75 Kilogramm prüfte, schlägt vor, die unterste Stufe der vom Kriegsernährungsamt festgesetzten Preise (bis zu 60 Kilogramm 58—61 M.) fallen zu lassen. Die Kommission stimmte zu. Der Ausschluß verhandelte dann über die Regelung der Einfuhr und Durchfuhr.

Kapp kontra Behrens. Der Reichstagsauschluß für die Geschäftsordnung hat am Donnerstag über die Genehmigung zur Fortsetzung eines Privatlogierverfahrens bezw. einer Widerlage des Geheimrats Dr. Kapp gegen den Abg. Behrens verhandelt. Es handelt sich dabei um den bekannten Streit über die Stellung zur Vollversicherung. Kapp, der von Behrens verlagert wurde, hat Widerlage erhoben. Dazu wird die Zustimmung des Reichstags verlangt. Der Ausschluß hat nach ständiger Uebung die Ablehnung des Antrages beschlossen.

Hauptauschluß des Reichstages.

Am Donnerstag wurde zunächst die Kohlensteuer erledigt. Darauf wurde die Resolution angenommen, die Regierung zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die Kohlenpreise ab Grube oder Verarbeitung aus Anlaß der Steuer nicht über den Betrag der Steuer hinaus erhöht werden, und daß die Gemeinden oder Gemeindeverbände von der Verdrängung zur Festsetzung von Höchstpreisen für Kohle und sonstige Brennstoffe im weitesten Umfange Gebrauch machen.

Sodann wurde mit der Erörterung der

Schutzhaft

begonnen. Der Kriegsminister teilte mit, daß schon seit längerer Zeit internationale Gesellschaften tätig waren, über unser Land ein Netz von Espionen zu verbreiten, um alle Nachrichten zu sammeln, die für feindliche Staaten von Wichtigkeit wären. Demgegenüber sei die Militärverwaltung gezwungen, Gegenmaßnahmen zu treffen. Dabei mußte sie sich leider auch auf solche Mittelungen stützen, die nicht immer von den wertvollsten Leuten gemacht wurden. Es ist daher möglich, daß hier und dort auch ungewollte Leistungen die Grundlage der Maßnahmen, also auch der Verhaftungen gewesen sind. Manche Häuten mögen vorgekommen sein, aber das neue Gesetz über die Schutzhaft habe ganz bedeutende Milderungen gebracht. Schon genügt worden sei es, daß

einzelne kommandierende Generale

sich nicht genügend nach dem neuen Gesetz gerichtet hätten. Er müsse aber nachdrücklich betonen, daß es sich nicht etwa bei diesen Dingen um eine absichtliche Nichtbeachtung des Gesetzes handelte, sondern einzig und allein um verschiedene Auffassungen über die Bedeutung und den Geltungsbereich des Gesetzes. Inzwischen seien die aufgetauchten Rechtsfragen geklärt. Ferner war Zweifel darüber, ob die Aufhebung der Schutzhaft schon erfolgen müsse nach dem Inkrafttreten des Gesetzes oder erst nach drei Monaten. Hier ist entschieden worden, daß die Aufhebung sofort erfolgen müsse. Jedoch sei es einfach unmöglich gewesen, die Fälle alle zu gleicher Zeit zu erledigen. Schließlich handelte es sich um die Frage, welches Recht in den Operationsgebieten herrsche. Hier müsse in erster Linie das Kriegsgesetz stehen, für die Sicherheit der Truppen und für die Durchführung der militärischen Maßnahmen zu sorgen. Wenn hier Befragungen notwendig sind, so müßten sie auf Grund der Kriegsgesetze erfolgen. Wo schließlich der Stellungsbereich sich herausbildet und die militärischen Maßnahmen sich über eine sehr lange Zeit erstrecken, da müßte die Sache doch dem Gesetz über die Schutzhaft unterstellt werden.

Oberst v. Wriessberg teilte mit, daß bis jetzt auf Grund des neuen Gesetzes 310 Personen aus der Schutzhaft entlassen sind und für 127 Personen die Aufenthaltbeschränkung zurückgenommen worden sei. Im Gouvernements Reich seien keine Personen mehr in Schutzhaft und keine Person einer Aufenthaltbeschränkung unterworfen. (Zuruf: Weil sie alle ausgewiesen sind!) Im Gouvernements Reich seien fünf Personen in Schutzhaft und 25 Personen sei die Milderung wieder gestrichelt. In Saarbrücken seien 26 Personen in Schutzhaft, 25 Personen seien der Aufenthaltbeschränkung unterworfen und 15 sei die Milderung gestrichelt. Am 1. Dezember v. J. seien im ganzen 573 Personen in Schutzhaft gewesen und 605 Personen Aufenthaltbeschränkung auferlegt.

Abg. Oröder (Z.) führt eine lange Reihe von Fällen an, zunächst geistlicher Personen, dann anderer Personen, in denen nach der Versicherung der Beschuldigten und nach den ganzen Umständen angenommen werden muß, daß die Verhängung der Schutzhaft oder der Aufenthaltbeschränkung ungerechtfertigt ist. Dennoch wären alle Befehle vergeblich gewesen. Dabei sind

Fälle ungläubiger Härten und unmenslicher Behandlung

vorgekommen. Die militärischen Befehlshaber hätten auch nach dem Erfolg des neuen Gesetzes vielfach ihr Verfahren nicht geändert. Unmenslich sei eine Befragung angetreten, nachdem das Kriegsministerium durch ein Rundschreiben die Grundzüge vorgelegt habe, nach denen das Gesetz ausgeführt werden müsse. Und selbst die Verhandlungen im Reichstage über diese bewanderten Fälle am 22. Februar 1917 haben nicht verhindert, daß endlich die ohne genügenden Grund gemahregelten Personen wieder ihre Rechte zurückbekommen haben. Ja, es wurde berichtet, daß in der letzten Zeit ein neues ebenfalls ungläubiges Verfahren eingeschlagen worden sei. Es werde nämlich den Tisch-Lothringen die Aufenthaltbeschränkung abgenommen, aber mit der Erklärung, die Gemahregelten dürften nach Tisch-Lothringen nicht mehr zurückkehren. Der Reichstag müsse verlangen, daß das Gesetz über die Schutzhaft vom 4. Dezember 1916 in allen seinen Punkten aufs genaueste durchgeführt werde.

Der Kriegsminister gibt letzteres zu; auch er sei bekräftigt, dafür zu sorgen, daß das Gesetz durchgeführt werde; er tue alles hierfür, was in seinen Kräften liege.

Oberst Wriessberg geht auf die einzelnen von Herrn Oröder vorgelegenen Fälle ein, soweit sie bereits untersucht sind. Er muß zugeben, daß sie in wesentlichen durchaus richtig sind.

Abg. Wendt (Soz.) stellt fest, daß in Tisch-Lothringen neben ganz wenig politisch tätigen Personen Hunderte Personen gemahregelt worden sind, die sich seit jeher politisch durchaus ruhig verhalten und sich niemals an Bestrebungen beteiligt haben, die man für deutschfeindlich hinstellen könnte. Ganz besonders seien verfolgt worden die Mitglieder der Gesellschaft „Société française“. Hier über diese Kreise hinaus seien die Maßnahmen noch ausgedehnt worden. Man müsse sagen, daß alle die Personen, die in Frankreich Verwandte hatten, als verdächtig gemahregelt wurden. Dasselbe Schicksal traf solche Personen, die früher häufig Geschäftszwecke oder Vergnügungsreisen nach Frankreich gemacht haben, ja, alle wohlhabenden, bekannten und beliebten Personen seien in Schutzhaft genommen worden. Neben hätte eine ganze Reihe von Fällen an, in denen eine

ungehörige Behandlung der Gemahregelten

vorgekommen sei. Ganz besonders scharf beurteilte der Redner die Zustände, die in der ersten Zeit auf der Festung Ehrenbreitstein geherrscht haben. Manches sei inzwischen besser geworden, jedoch bestehen auch heute noch arge Härten. Das neue Gesetz werde in sehr vielen Fällen umgangen. Alles, was der Reichstag bisher getan habe, um die Beachtung des Gesetzes zu erzwingen, habe nicht den nötigen Erfolg gehabt. Er stelle fest, daß der Kriegsminister kein Wort der Entschuldigung habe auf die Behauptung des Abg. Oröder, daß in der letzten Zeit ein neues ungläubiges Verfahren eingeschlagen sei. Die von Herrn Oröder aufgestellte Behauptung sei wahr. Er ferne derartige Fälle. Dann wendete sich der Redner zu den Maßnahmen gegen die französische Sprache. Auch jetzt bestehe noch der unerhörte Zustand, daß gegen den Gebrauch der französischen Sprache selbst in den Segenben vorgegangen werde, in denen noch eine ganze Anzahl aller Leute wohnen, die niemals eine deutsche Schule besucht haben. Auch sie sollen bestraft werden, wenn sie auf der Straße oder an öffentlichen Plätzen französisch sprechen. Ganz besonders zeichnet sich hierin der Gouverneur von Metz, General v. Owen, aus. Alle Bemühungen, für die deutsche Kultur Sympathie zu erringen, seien durch diese Wirtschaft gefährdet. Es herrsche ein

Spielwesen

wie in der schlimmsten Zeit der römischen Kaiserherrschaft. Es sei die allerhöchste Zeit, daß mit dieser Wirtschaft in Tisch-Lothringen ein Ende gemacht werde.

Der Kriegsminister glaubte, herbachenden zu müssen, daß die vorgebrachten Fälle in ihren Einzelheiten noch nicht erwiesen sind. Bevor man ein abschließendes Urteil darüber sich bilden könne, müsse doch erst das Ergebnis der Untersuchungen abgewartet werden.

Die Verhandlung wird auf Freitag, 9 Uhr, vertagt.

Stadtverordnetenversammlung.

7. Sitzung vom Donnerstag, den 22. März 1917, nachmittags 5 Uhr.

Vorherher Mißgeleit eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit einem Aufruf für den verstorbenen Stadt-Landsberg (Vint). Die Vorlage wegen Änderung der Satzung der städtischen Feuerlosgesellschaft von 1794 wird einem Ausschuß überwiesen, nachdem sich auch Stadtd. Hingz (Soz.) dafür ausgesprochen hat.

Die Stadt Berlin ist hinsichtlich der Wasserwerk-Anlage in Zeiligen an drei Grundstücken interessiert, die demnächst zur Zwangsversteigerung kommen. Um die auf diese Grundstücke eingetragenen städtischen Rechte nicht erlöschen zu lassen, ist die Beteiligung der Stadt an der Versteigerung geboten. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden.

Die Beratung des

Stadthaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1917

wird darauf begonnen mit Kapitel I „Grundstücke, Kalksteinbruch zu Mühlendorf, Dotationen, Renten“ usw., Kap. IV „Schulwesen“, Kap. V „Offen- und geschlossene Armenanstalten, Hospitäler, Waisenpflege, Fürsorgeerziehung, Obdach, Desinfektionsanstalt, Filialstation für geschlechtsranke Frauen, Nachlassverwaltung“.

Beim Schluß betont

Stadtd. Dr. Meier (Vint) die Notwendigkeit einer höheren Lehranstalt vor dem Stralauer Thor.

Stadtd. Dr. Wehl (Soz.): Zu den verschiedenen Einrichtungen für die städtischen höheren Lehranstalten kann man auch den schulpflichtigen Dienst rechnen. Ist beachtet, diesen Dienst nach dem Antrage auf alle höheren Lehranstalten auszudehnen, nicht nur auf die Realschulen?

Stadtmehdinalrat Dr. Weber bejaht die Frage.

Zum Armenrat kommt

Stadtd. Dr. Kolenath (Soz.) auf die Verfügung des Stadtrats Doffein zurück, wonach ehemalige Almosenempfänger, die jetzt ausreichenden Verdienst gefunden hätten, zur Erhaltung früher empfangener Unterstühtungen herangezogen werden können. Juristisch sei ja die Verfügung formal unantastbar, aber sie sei unsozial, und eine Armenverwaltung dürfe doch nicht bloß nach dem Buchstaben des Gesetzes verfahren, sondern habe auch soziale Rücksichten zu nehmen. Den Geist der Verfügung habe auch der Kollege Kommissar abfällig beurteilt; im Staatsauschluß seien aber die Sozialdemokraten mit ihrer Kritik stiller geblieben. Im Augenblick wollten sie die Angelegenheit nicht weiter verfolgen; man werde abwarten haben, ob die versprochene mögliche Milde und Rücksicht bei der Ausführung der Verfügung wirklich geübt werde, und danach sein Verhalten einrichten.

Eine weitere Diskussion findet nicht statt. Die angeführten Stadteile werden unverändert nach dem Entwurf festgesetzt. Damit ist die Staatsberatung für heute erledigt.

Der Rechnungsausschuß erstattet Bericht über den Jahresabschluss der Stadtkapital- und der Hauptleistungsklasse, sowie des Lagerhubs der Stadt für 1914 und des Verwaltungsfonds der Sparkasse für 1915. Die nachgewiesenen Überschreitungen werden genehmigt. Der Reibeltag des Rechnungsjahres 1914 beläuft sich auf 5 126 781 M. Der Vermögensbestand der Stadtgemeinde betrug am 31. März 1914 455 Millionen, am 31. März 1915 453 Millionen Mark; die Aktiven des Vermögensbestandes haben mit mehr als 1 Milliarde Mark eine noch nicht dagewesene Höhe erreicht.

Der zuletzt 1911 beschlossene Gebührentarif für die Benutzung der öffentlichen Schlaftische der Stadt Berlin soll auch für das Rechnungsjahr 1917 Geltung behalten.

Für schulpflichtige männliche Fürsorgeerziehung soll zur Entlohnung des Waisenhauses Alte Jakobstraße eine Sammel- und Verteilungsstelle im Erziehungsbaue Scharnberg hergerichtet werden. Die Kosten werden mit 1300 M. bewilligt.

Schluß: 7 Uhr.

Aus Groß-Berlin.

Jugendfürsorge bei der Polizei.

Polizei und Jugendfürsorge sind zwei Dinge, die sich schwer miteinander vereinen lassen. Die Polizei kann Jungen wegen Untertretens aufgreifen, sie kann Mädchen wegen frühzeitiger „Gewerbsamkeit“ verfolgen, sie kann bei Diebstählen und anderen Gesetzesverletzungen gegen die jugendlichen Täter einmarschieren — doch Jugendfürsorge ist dies alles nicht. Die Einsicht, daß gegenüber Kindern und Jugendlichen nicht die Anwendung von Polizeiverordnungen und Gesetzesparagrafen, sondern eine persönliche Fürsorge das Wichtigste ist, hat sich erst spät durchgerungen. Nachdem aber das begriffen war, verstand sich von selber, daß man die Frauen zur Mitarbeit heranziehen mußte. Herangezogen hat man sie eigentlich nicht, sondern sie selber mochten damit den Anfang, indem sie ihre Mitarbeit anboten. Das bis jetzt im Deutschen Reich erst 50 Frauen in dieser Tätigkeit stehen, ist zwar mehr als nichts, aber noch belächelnd wenig. In Berlin sind dem Polizeipräsidenten zwei Fürsorgerinnen beigegeben, die Schwester Daubert für die Hilfestelle der Sittenpolizei und die Fürsorge-Adm. Dittmer für die beim Polizeipräsidenten eingerichtete Fürsorge-Adm. Dittmer für die zentrale Fürsorge. Aus ihrer Arbeit erzählt Fräulein Dittmer in einem Vortrag, den sie dem Vorstand der Waisenpflegerinnen und aller kommunal-tätigen Frauen in Groß-Berlin hielt. Mit Hilfeleistung bei Fahndungen auf Geleitzüberreiter, etwa gar mit Vigilanten- oder Gählerdiensten, haben die Fürsorgerinnen der Polizei nichts zu tun. Ihre Aufgabe ist, fähigend und helfend sich der gefährdeten Jugend anzunehmen, die der Polizei in die Hände gerät, nicht nur der Mädchen, sondern auch der Jungen. Da wird zum Beispiel für ausgegriffene Jugendliche, die ihrer Familie entflohen, zunächst

Unterbringung in einem Heim besorgt, gleichzeitig die Verpflegung mit den Eltern angeordnet und dann die Zurückführung vermittelt. Die Vorträge haben geendet, daß im Allgemeinen die Arbeit an den Jungen leichter als an den Mädchen ist, die oft durch die Verwahrlosung rasch herunterkommen. Auch im Verfahren auf Ueberweisung zur Fürsorgeerziehung wirken diese Fürsorgeerzieherinnen mit, wobei sie sich bemühen sollen, die Ueberweisung möglichst rasch abzuwenden. Fräulein Dittmer erwähnte einen Anaben, der sich viel umhertrieb und immer wieder vor Blumenläden aufgetrieben wurde. Nach Untersuchung durch einen Arzt wurde er auf dem Lande untergebracht, wo er seinen bis zum Krankehalten geistigen Gang zu Blumen besiedigen kann, ohne gegen die „Ordnung“ zu verstoßen. Ein Zweig der Fürsorgetätigkeit ist auch die Erteilung von Rat und Auskunft an Jugendliche und an Familien. Fräulein Dittmer's Mitteilung, daß sie im letzten Jahr 7800 schriftliche Anfragen zu beantworten hatte, zeigt die Größe dieser Arbeit. Demgegenüber wurde in der Diskussion gefordert, durch Hinzuziehung von mehr Frauen eine Entlastung zu schaffen. Vorgesprochen wurde, durch Einrichtung von Kursen im Anknüpfen an die Tätigkeit der Fürsorgebeamten die praktische Ausbildung von Helferinnen zu fördern.

Berliner Lebensmittelnachrichten.

Die Stadt Berlin gewährt auch im Monat April den Kindern bis zum vollendeten zweiten Lebensjahre 1 Pfund Hagerstollen. Die zur Empfangnahme berechtigenden Vorgesetzten werden von den Brotkommissionen am 20., 30. und 31. März in der bisherigen Weise nach Strassennummern verteilt. Die Hagerstollen sind in den bei den Brotkommissionen besetzten auch durch Säulenankschlag veröffentlichten Verkaufsstellen erhältlich.

Vom Sonnabend, den 24. März an gelangen auf 4 Lebensmittelarten und zwar den Abschnitt Nr. 50 1/2 Pfund Heringe oder Knobis zum Preise von 88 Pf. für das halbe Pfund in den durch ein Ausschreiben „Verkauf von Makrelen und Heringen auf Lebensmittelarten der Stadtgemeinde Berlin“ gekennzeichneten Geschäften und südlichen Markthallenständen zum Verkauf.

Eine Kürzung der wöchentlichen Brotration, die künftig nur etwa 1500 Gramm betragen wird, soll vom 15. April an Platz greifen. Als Ersatz werden wöchentlich 5 Pfund Kartoffeln zur Ausgabe gelangen und die Fleischrate wird durchweg auf 1 Pfund pro Kopf und Woche erhöht werden. Näheres über diese wichtige Neuordnung der Lebensmittelverteilung bringt unser heutiger Zeitartikel.

Der Berliner Gemüsemacher wird fleißig fortgesetzt, als ob es gar keine Preisprüfungsstellen mehr gäbe. Das Gemüse ist zwar zum größten Teil verschwendung und nur die Teilnehmer an der öffentlichen Speisung erhalten hin und wieder einmal Weißkohl und Futterrüben schlechterer Sorte, aber zum Schonen ist immer noch genug da. Der Berliner amtliche Marktbericht beriechtete für Dienstag, den 20. März, folgende Großhandelspreise: Sellerie Schod 20-30 R., Porree Schod 4-10 R., Petersilien Schod 40-65 R., Petersilienwurzel Schod 20-35 R., rote Rüben 40 R. und Spinat 80-90 R. je Zentner. — Der amtliche Marktbericht wird vom 1. April ab nicht mehr veröffentlicht. Sollte das mit diesen ungeheuerlichen Zuständen zusammenhängen?

Berkehr mit Hülsenfrucht-Saatgut. Nach den im Reichsgesetzblatt veröffentlichten Bekanntmachungen dürfen nunmehr Hülsenfrüchte auch zu Gemüsehauzwecken nur abgesetzt werden, wenn sie von der Reichshülsenfruchtstelle förmlich freigegeben sind, und zwar bedürfen dieser Freigabe auch diejenigen Mengen, welche sich bereits im Handel befinden. Alle Händler müssen deshalb derartige Anträge sofort bei der Reichshülsenfruchtstelle einreichen. Nur wenn es sich um Mengen von nicht mehr als 125 Gramm handelt, kann das Gemüse-Saatgut ohne Saattaxe ausgehändigt werden. Zu widerhandlungen gegen diese Vorschriften stehen unter dem hohen Strafen, die in der Saatverordnung vom 8. Januar 1917 angebracht sind.

Eine Ankaufsstelle für Ersatznahrungsmittel ist bei der Volkswirtschaftlichen Abteilung des Kriegsernährungsamts gegründet worden, um dem Ersatzmittel sich nicht mehr als bisher zu begegnen. Zugleich hat Watock ein Rundschreiben an die deutschen Bundesregierungen gerichtet, das den beteiligten Behörden eine Reihe von Richtlinien für die Beschaffung von Ersatznahrungsmitteln und irreführenden Bezeichnungen von Nahrungs- und Genussmitteln gibt.

Die Landesversicherungsanstalt Berlin hat das an ihr Verwaltungsgebäude anliegende Grundstück in der Rungestraße von den Kronischen Erben gekauft. Auf dem Grundstück soll ein Neubau errichtet werden, worin sämtliche ärztlichen Einrichtungen der Landesversicherungsanstalt Berlin (Tuberkulose-Station, Zahnklinik, ärztliche Abteilung, Beratungsstelle für Geschlechtskranke) untergebracht werden sollen. Die vorbereitenden Arbeiten für den Neubau werden soweit gefördert werden, daß mit dem Bau nach Beendigung des Krieges begonnen werden kann.

Vortragshaus des Roten Kreuzes. Der letzte Vortrag für Schwärzer, Hilfschwestern und Helferinnen des Roten Kreuzes, den die Abteilung für Helferinnen und Hilfschwestern veranstaltet, findet am Sonnabend, den 24. März, abends 7 1/2 Uhr, in dem Festsaal des Abgeordnetenhauses (Prinz-Albrecht-Straße 5 und Leipziger Straße 4) statt. Universitätsprofessor Dr. Wendig spricht über Säuglings- und Kinderpflege.

Engelbert Graf, der bekannte Geologe, wird am kommenden Sonntag die erste naturwissenschaftliche Führung des Kluge in einen Märkischen Touristen-Vundes leiten. Treffpunkt: 1/9 Uhr Bahnhof Hermannsdorf. Abfahrt: 8.01 Uhr Stettiner Vorortbahnhof.

„Der wahre Jakob“ Nr. 6 gelangt heute, Freitag früh, zur Ausgabe.

Die nächsten Volkskonzerte des Philharmonischen Orchesters finden am Donnerstag, den 29. März, in den Germania-Prachtgärten, Chausseest. 110, am Sonnabend, den 7. April, im Stadttheater in Moabit, Alt-Moabit 47/48, und am Freitag, den 20. April, in den Germania-Prachtgärten, Chausseest. 110, statt. Beginn der Konzerte 8 Uhr. Der Verkauf für die Volkskonzerte findet statt in der Zentralstelle für Volkswohlstand, Augustburger Str. 61, in der Berliner Gewerkschaftskommission, Engelauer 15, Zimmer 18, außer Sonnabends nachmittags, und in den betreffenden Konzertsälen. Die im Vorverkauf nicht untergebrachten Karten werden abends an der Kasse verkauft. Der Eintrittspreis beträgt 30 Pf. Kassenöffnung 7 Uhr.

Admiralspalaß. Am Sonnabend, den 24. März, findet in der Eisarena des Admiralspalaßes die Eröffnung der phantastischen Balletts „Abrahadabra“ von Leo Bartuschel, Musik von Julius Eindehofen, statt.

Ein Straßenzug und ein Omnibus der Linie Frankfurter Allee-Groß-Görlischenstraße stießen am Donnerstagnachmittag an den Kolonnen in der Leipziger Straße zusammen. Der Besatz des Omnibusses wurde auf den Bürgersteig geschleudert. Ein Fahrgast erlitt Verletzungen. Die Details zerbrach und den Pferden, die auf dem Pflaster lagen, wurden die Geschirre zerrissen.

Kampf zwischen Einbrechern und Polizisten. Eine aufregende Verdreherjagd fand in der Nacht vom Donnerstag in der Drontheimer Straße statt. Dort beobachteten Schulkleute, die sich auf einem Streifgang befanden, wie vier Männer im Begriff waren, in einen Wädeladen einzudringen, während ein fünfter draußen blieb, um die Einbrecher zu decken. Die Beamten riefen sofort Hilfe herbei, und dann drangen sie, nachdem sie den Schmierstreber überwältigt hatten, in den Wädeladen ein. Die übermächtigen Diebe gaben auf die Beamten fünf Schüsse ab, die sämtlich fehlgingen. Nun zogen auch die Schulkleute die Revolver und ver-

wundelten einen der Einbrecher schwer, während es den übrigen dreien gelang, zu entkommen. Der Verwundete ist ein 23jähriger angeblüher Arbeiter Studer aus der Soldiner Straße. Seine Helfershelfer zu nennen, weigert er sich, die Polizei ist ihnen aber bereits auf der Spur.

Eine entsetzliche Familientragödie. In dem Hause Wöhrstraße 20 in Friedenau tötete Donnerstag vormittag der 40 Jahre alte Kaufmann und Bauunternehmer Paul Fieste durch drei Schüsse seine 34 Jahre alte Frau Auguste geb. Klein. Dann erhängte er sich selbst. Fieste beschloß sich zuletzt mit Bauunternehmungen und besaß zeitweilig mehrere Häuser. Er ging aber wirtschaftlich sehr zurück und bewohnte seit längerer Zeit das Manjardengeschloß des Gartenhauses Wöhrstraße 20. Auch das Familienleben litt wohl unter den schlechten Geschäftsverhältnissen. Schon Mittwoch abend äußerte Frau Fieste zu der Pförtnerin, daß ihr Mann gedroht habe, sie erschlagen zu wollen. Donnerstag vormittag gegen 9 1/2 Uhr schrie sie plötzlich aus ihrer Wohnung heraus: „Hilfe, mein Mann will mich erschlagen!“ Die Pförtnerin traute sich aus Furcht nicht hinauf. Gleich darauf fielen vier Schüsse. Als man jetzt in der Wohnung nachsah, fand man beide Tote auf. Die Frau hatte drei Schüsse in den Kopf erhalten. Fieste hatte sich an der Tür erhängt und eine Kugel in die rechte Schläfe gejagt.

Die Frau mit dem Scheuerroß. Seit längerer Zeit wurden im Hansabierlei Eindrücke von einer Frau verübt, die auf den Hintertreppen der Wohnungen Scheuerroß anbot. Am Mittwoch bemerkte ein Mädchen in der Altonaer Straße, wie sich eine Frau, die ein Mädchen Scheuerroß bei sich trug, an einer Wohnungstür auf der Hintertreppe zu schaffen machte. Als sich die Frau beobachtet sah, zog sie rasch einen Gegenstand, wie sich näher ergab, einen Rucksack, aus dem Schloß heraus und wollte verschwinden. Das Mädchen verfolgte die Verdächtige und ließ sie auf der Straße verhaften. Sie wurde festgehalten als eine Händlerin Margarete Gänzel aus der Wilmersdorfer Straße, die auf ihren Klingelklopfen die Eindrücke verübt und an Geld, Schwären und anderen Sachen gestohlen hatte, was sie in den Rücken fand.

Aus den Gemeinden.

Für den Lastenausgleich!

Aus der Reichshäuser Stadterneuerungsammlung.

Reichshäuser Haushaltsplan für 1917 lag der Stadterneuerungsammlung gestern zur zweiten Beratung und Beschlußfassung vor. Der Ausschuss empfahl Annahme en bloc. Die Debatte erstreckte sich hauptsächlich auf die für die Finanzen der Stadt wichtige Frage des Lastenausgleichs.

Stadts. Scholz (Soz.) führte aus, das Ergebnis der Stadterneuerung sei infolge der ungünstigen Finanzlage durchaus ungenügend ausgefallen. Besonders müsse man bedauern, daß die Erhöhung des Gaspreises und der Auskosten nicht habe vermieden werden können. Bemängelt habe der Ausschuss die Höhe der Provinzialkosten. Reueßeln sei da bedeutend höher belastet, als es seinen Steuererträgen entspreche. — Gen. Scholz erläuterte dann den Streit um den Lastenausgleich, der namentlich in Berlin so viel Aufregung hervorgerufen hat. Nachdem heute das Abgeordnetenhause beschlossen habe, der Regierung die diesbezügliche Petition zur Berücksichtigung zu überweisen, sei die Angelegenheit zu einem gewissen Abschluß gelangt. Soll der Ausgleich kommen, den wir — erklärte Gen. Scholz — für durchaus berechtigt halten, so darf er nicht bis zur Beendigung des Krieges verlagert werden. Aber wir wünschen, daß dabei das freie Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden gewahrt wird. Uebrigens sollte bei solchen Angelegenheiten, die ja nicht nur den Magistrat interessieren, der Stadterneuerungsammlung die Möglichkeit zur Mitarbeit gegeben werden. Jetzt muß versucht werden, die Groß-Berliner Gemeinden zu einem gemeinsamen Vorgehen zu bewegen. Scholz gab dann für die Sozialdemokratische Fraktion folgende Erklärung ab: Die Sozialdemokratische Stadterneuerungsammlung erkennt die zwingende Notwendigkeit eines Lastenausgleichs unter den in Betracht kommenden Gemeinden Groß-Berlins an. Für die kommunale Entwicklung Groß-Berlins ist es ein auf die Dauer unhaltbarer Zustand, daß durch die Gemeinschaft der Groß-Berliner Gemeinden ein Teil derselben in die glückliche Lage versetzt wird, wirtschaftlich und finanziell so leistungsfähig zu sein, um allen an sie heranreitenden Aufgaben gerecht werden zu können, ohne mit Verborgnis in die Zukunft sehen zu müssen. Ingegen sind andere Teile, besonders die südlichen Gemeinden, außerstande ihre Verpflichtungen und ihre sozialen und kulturellen Aufgaben zu erfüllen, ohne den wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruch vor Augen zu sehen. Durch den Kriegszustand ist die schlechteste Art entstanden. Eine schnelle Beseitigung dieses Zustandes erscheint uns dringend geboten. Wir halten es aber im Interesse der beteiligten Gemeinden, des Selbstverwaltungsrechtes derselben und eines gedeihlichen und gut nachbarlichen Zusammenarbeitens für erforderlich, daß über die Form und Art des Lastenausgleichs im Wege freier Vereinbarung zunächst eine Verständigung herbeigeführt wird, um dann im Sinne dieser Verständigung auf die Gesetzgebung wirken zu können. Wir sind besorgt, daß sonst von den gesetzgebenden Körperschaften den Gemeinden ein Gesetz aufzwingt werden könnte, das unserer grundsätzlichen Auffassung über das Selbstverwaltungsrecht und das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden zuwider läuft. Deshalb erwarten wir, daß von zuständiger Stelle, sei es vom Magistrat Reueßeln oder Berlins, die Initiative ergriffen wird, um mit den maßgebenden Personen, Oberbürgermeistern und Fraktionsvorständen, in Fühlung zu treten.

Dieser Vorschlag hatte nicht den Beifall der bürgerlichen Fraktionen. Stadts. Abraham will jetzt der Regierung die Angelegenheit überlassen. Aus Beratungen über gemeinsames Vorgehen der Gemeinden werde, wie nach den Erfahrungen mit dem Wiederband anzuwenden sei, wohl nichts herauskommen. Zur Regierung habe er das Vertrauen, daß sie die Frage lösen wird. (Genosse Wulff: Zum Herrenhaus auch —?) Die Regierung werde eine Lösung finden, die niemand zu Liebe und niemand zu Reide ist. Auch Stadts. Gumbel meinte, man könne jetzt alles Weitere der Regierung überlassen. An maßgebender Stelle wird man, versichert er, einsehen, was uns not tut. Stadts. Scholz erwiderte, die Zurückweisung des durchführbaren Vorschlags der Sozialdemokratischen Fraktion sei zu bedauern, weil diese Haltung die Sache für die Gemeinden erschwere. Nach ehe die Regierung sich auf einen bestimmten Entwurf festlegt, sollten die Gemeinden ihre Wünsche äußern. Stadts. Abraham bejauferte, daß Verständigung zwischen den Gemeinden möglich sei. Er erinnerte an Berlins Garnistrenten in dem Schuldenfrei Reueßeln. Stadtkammerer Axiat stimmte der Frage über die Umbildung der Provinzialsteuerveranlagung bei. Ueber die vom Magistrat zu erwartende Zielsetzung auf dem Vorschlag einer interkommunalen Verständigung bezüglich des Lastenausgleichs sagte er nichts. Der Haushaltsplan wurde dann en bloc angenommen.

Abkempfung der neuen Lebensmittelarten in Reueßeln. Auf die neuen Lebensmittelarten dürfen die von der Stadtgemeinde zum Verkauf gebrachten Lebensmittel nur in den Geschäften bezogen werden, in welchen die Inhaber auf die Handhabungsart zum Bezuge von Kolonialwaren angewiesen sind. Nach Mitteilung des Magistrats muß in der Zeit vom Freitag, den 23. März, bis Dienstag, den 27. März 1917, die Rückseite der Lebensmittelkarte mit dem Firmenstempel und Nummer der Kundenliste vom Kleinbändler versehen werden. Die Kleinbändler dürfen nur Karten zur Abkempfung derjenigen Personen entgegennehmen, welche bei ihnen in der Kundenliste für den Bezug von Kolonialwaren eingetragen sind. Eine Ummeldung ist in keinem Falle zulässig.

Abgabe von Mehl in Wilmersdorf. In der Zeit vom 23. bis einschließlich 25. März können auf Abschnitt L der roten Bezugs-

karte für Einzelpersonen 200 Gramm Roggenmehl entnommen werden.

Wiederaufnahme des Unterrichts an den Wilmersdorfer Schulen. Da die Schwierigkeiten der Kohlenversorgung sich verringert haben, wird an den sämtlichen Lehranstalten der Stadt Wilmersdorf der Unterricht am heutigen Tage wieder aufgenommen werden.

Aus der Gemeindevertretung Witttau-Vorflusse. Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung im wesentlichen mit der Feststellung des neuen Gemeindevotals. Den Wünschen der Grundbesitzinteressenten und Industriellen entsprechend wurden die Kanalisationsgebühren von 6 auf 5 Proz. ermäßigt. Aus der Besprechung der Vorschläge ist zu erwägen, daß die Gemeindeverwaltung einen Zuschuß von 103 000 M. braucht. Für Schulgebäude sind 138 000 M. erforderlich, die Armenverwaltung braucht 68 000 M. Zuschuß. An Gemeindegemeinschaften sollen 327 000 M. aufgebracht werden; der Zuschlag zur Staatseinkommensteuer ist wie im Vorjahr auf 180 Proz. belassen worden. Die Gemeindegemeinschaften bleiben mit 200 Proz. bestehen; die Grundsteuer ist von 8,5 auf 8 resp. von 7 auf 6 Promille herabgesetzt worden. Die Umfahrsteuer soll 30 000 M., Verkaufssteuer 2000 M., Biersteuer 9000 M., Hundsteuer 2000 M., und die Aufbahrungsteuer 500 M. betragen. An Kreissteuern sind 136 000 Mark zu zahlen gegen 93 000 M. im Vorjahr. Da das Gaswerk zurzeit wegen des Kohlenmangels und der vielen Mängel in der Gaslieferung nicht rentabel ist, so wird ein zehnjähriger Vertrag mit der Stadtgemeinde Berlin auf Gaslieferung vom Teeler Werk abgeschlossen. Die dazu sofort in Angriff zunehmenden Rohrverlegungen dürften etwa 60 000 M. erfordern. Man hofft damit die Gaslampe, die über ganze Werke zum Stillstand zu bringen droht, beseitigt zu haben. Eine Gaspreissteigerung um 2 Pf. pro Kubikmeter ließ sich dabei leider nicht vermeiden. Die vom Märkischen Arbeitsnachweis angeregte Errichtung eines für die nördlichen Vororte gemeinschaftlichen Arbeitsnachweises wurde zunächst abgelehnt. Nach Erwidung des Krieges soll ein eigener Nachweis errichtet werden. — Die von den Imperatorwerken (bisher Jylopp) gewünschte teilweise Einziehung der Hermsdorfer Straße erregte bei der Gemeindevertretung so große Bedenken, daß erst noch weitere Erhebungen über die dortigen lebhaften Verkehrsverhältnisse erfolgen sollen. — Zum Schluß der Sitzung machte der Bürgermeister noch Mitteilungen über den Ankauf von Lebensmitteln, die auch im Bedarfsfalle an Fabrikantinnen abgegeben werden können.

160 Proz. Zuschlag in Friedenau. Der Gemeindevorstand von Friedenau hat die ursprüngliche Absicht, den Zuschlag zur Staatseinkommensteuer von 180 auf 170 Proz. zu erhöhen, fallen gelassen und in dem jetzt aufgestellten Entwurf des Vorschlags nur eine Erhöhung auf 160 Proz. vorgezogen. — Ferner schlägt er vor, die Hundsteuer auf 30 M. für den ersten und 80 M. für jeden weiteren Hund zu erhöhen.

Lebensmittelnachrichten aus Friedrichshagen-Karlshorst. Auf Lebensmittelkarte Reihe I Abschnitt 1 werden den Einwohnern in den Geschäften, wo dieselben in die Judenliste eingetragen sind, pro Kopf 250 Gramm Fleischware, entweder Rindfleisch pro Pfund 10 M., Speck oder Schinken pro Pfund 9,20 M. oder Nettowert pro Pfund 7,50 M. verabfolgt.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Friedrichshagen-Karlshorst: Freitag, den 23. März, abends 7 1/2 Uhr, im Sitzungssaal, Ahrenhof, Treßlow-Klee. Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählter ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

Reichsdorf (Drsbahn). Mitgliederversammlung Sonnabend, 24. März, abends 8 Uhr, bei Herrn Anders, Bahnhofsstraße. 1. Vortrag des Genossen Paul Müller, Karlshorst; 2. Innere Parteiangelegenheiten. Um pünktliches Erscheinen bitten der Vorsitzende.

Gerichtszeitung.

Zeitungsändler und Postgesetz.

Durch Beförderung von Zeitungen über eine Strecke von zwei Meilen hinaus, sollte sich der Zeitungsändler Hinge gegen die Bestimmungen des Postgesetzes vergrämen haben, die für eine Strecke von mehr als zwei Meilen nur die Beförderung durch die Post zulassen. Hinge hatte nämlich monatlang in Potsdam den Berliner Lokal-Anzeiger, die Morgenausgabe, wie die Abendausgabe, vertreiben. Er fuhr des Morgens, wie des Nachmittags zu diesem Zweck mit etwa 100 Exemplaren von Berlin mit der Eisenbahn nach Potsdam und verkaufte dort die Zeitung im Einzelverkauf nach Händlerart an den verdienstlichen Stellen.

Das Landgericht in Berlin I verurteilte ihn wegen Uebertretung der §§ 1 und 2 des Postgesetzes vom 3. Oktober 1871 zu einer Geldstrafe von 2880 M. und zum Erlaß des hinterzogenen Postportos, das auf 670 M. berechnet wurde. § 1 behalte es der Post vor, politische Tageszeitungen gegen Bezahlung von Orten mit einer Postanstalt vorhandenen Orten mit einer Postanstalt zu befördern, ausgenommen eine Strecke von zwei Meilen im Umkreis. Potsdam sei weiter entfernt. In der Beförderung der Zeitung von Berlin nach Potsdam, die der Angeklagte monatlang täglich fortgesetzt habe, liege eine unerlaubte Beförderung im Sinne des § 1.

Das Kammergericht verwarf die gegen dies Urteil eingelegte Revision mit folgender Begründung: Das Landgericht habe verneint, daß Angeklagter, der Zeitungsändler sei, mit Rücksicht auf gewisse Umstände als Angelegter der Firma Scherl anzusehen wäre. Im übrigen sei aber ganz selbstverständlich, daß auch ein Angestellter eines solchen Verlages die unbefugte Beförderung nicht vornehmen dürfe. Aus läme noch die Bestimmung des § 2 in Betracht, wonach die Bestellung politischer Zeitungen und von Briefen durch expresse Voten gegen Bezahlung gestattet sei. Der Begriff des expresse Voten setze aber voraus, daß jemand von einer Person zu einer bestimmten anderen Person noch einem andern Orte, geschickt werde. Dieser Fall liege hier schon deshalb nicht vor, weil der Angeklagte in Potsdam die Zeitung nicht an bestimmte Leute abzugeben hatte, sondern sie beliebig verkaufte. Die Strafe sei zutreffend auf den vierfachen Betrag des hinterzogenen Portos mit 2880 M. bemessen worden. Dagegen habe das Landgericht kein Recht gehabt, außerdem noch den Angeklagten zum Erlaß des hinterzogenen Portos von 670 M. zu verurteilen. Diese Verurteilung zu dem Erlaß der 670 M. sei aufzuheben. Im übrigen sei aber die Revision zu verwerfen.

In dem großen Prozeß wegen Kriegswunders in der Form des Kettenhandels mit gefälschtem Rindfleisch, der drei Tage lang die 1. Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte, verhandelte der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Dager gestern nachmittags das Urteil. Danach wurden die Angeklagten Schlächtermeister Otto Frank und Vermittler Fritz Schwy freigesprochen. Bei allen übrigen Angeklagten nahm das Gericht den Lastbestand der übrigen Preissteigerung für erwiesen an. Es wurden verurteilt: die Kommissionäre Max Sonnenfeldt und Paul Vogt (Rattowitz und Pruthen) sowie der Schlächtermeister Anton Fobisu zu je 10 000 Mark Geldstrafe, die Angeklagten Otto Polmann, die Brüder Winnesberger in Mühlheim a. R. sowie der Angeklagte Reumann zu je 5000 Mark, die Angeklagten Vermittler Joseph Krautzig zu 3500 Mark Geldstrafe, im Nichtbeitragsfalle zu je einem Tag Gefängnis für je 10 M. mit der Maßgabe, daß der Höchstbetrag der Gefängnisstrafe ein Jahr nicht übersteigen darf.

Wer Kriegsanleihe zeichnet, fördert den Frieden.

Aus aller Welt.

Der gut placierte Werbeauftrag.

Es ist immer eine peinliche Situation, wenn ein Verlehdier vor den Toren der Auserwählten steht und der Antwort auf seinen ehrenvollen Antrag harret.

Sie, von dem ich erst heute von Ihrem Kommandeur die schmeichelhaftesten Dinge gehört habe.

Aus Gold wird Plunikon. Plunikon spart deutsches Blut. Drum zeichne jeder, soviel er kann, Kriegsanleihe.

Für einen armen Leutnant ist dies 'Aber...' einfach vernichtend. Wenn er die Braut sich erst durch Kriegsanleihe erkaufen soll...

Briefkasten der Redaktion.

6. 1916. Das Buch können Sie beziehen durch unsere Buchhandlung. Rintenz. u. Preis 8,50. - W. 7. Soweit uns bekannt, handelt es sich um Auslandsware, die seiner Preisbildung unterliegt.

fordern für den König von Preußen beträgt die Höhe 19.219.390 M. - W. 17. So, er kann nach dem Kriegserfolg noch mit weiteren über 17 Millionen unter 14 Tage auch mit Geldkurs bis zu 6 Jahren befristet werden.

Zweiterausgeber für das mittlere Korrespondenzbüro 919 Sonnabend mittig. Zeitweise freier, jedoch übernehmend demselben, ohne erhebliche Rückstände; außer am Freitag frei.

Geschäftsbericht der Dresdner Bank für 1916.

Der Weltkrieg hat im allgemeinen während des verfloßenen Jahres den deutschen Wirtschaftskreis ein ähnliches Gepräge wie im Jahre 1915 gegeben. Die deutsche Volkswirtschaft ist in ihren Grundfesten unerschüttert und trägt den veränderten Verhältnissen dank der Anpassungsfähigkeit und Opferwilligkeit nicht nur der schaffenden Stände, sondern auch des gesamten Volkes in hervorragendem Masse Rechnung.

Eigene Wertpapiere waren am 31. Dezember 1916 vorhanden: a) Anleihen und verwandliche Schuldanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten M. 80.330.054,90

Unter den vorstehenden Wertpapieren befanden sich insgesamt circa M. 40.400.000.- festverzinsliche Werte.

Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken M. 86.033.976,50 Auf dem Konto der dauernden Beteiligungen bei anderen Banken sind entsprechend der bisherigen Uebung, die Erträge pro 1916 verrechnet.

Export- und Lombard-Konto: Bestand am 31. Dezember 1916 M. 176.492.780,53 Die Erhöhung gegen das Vorjahr beruht auf der Zunahme der Beleihung mittelbarer Wertpapiere und auf unsererseits im voraus geleisteten von der Kundschaft erst im Jahre 1917 bewirkten Einzahlungen auf die fünfte Kriegsanleihe.

Konzernbeteiligungs-Konto.

Auf unsere Mitwirkung bei der Ausgabe der 4. und 5. Kriegsanleihe und der 4 1/2% Reichs-Kriegsschatzanweisungen haben wir bereits an anderer Stelle hingewiesen. Im übrigen sind folgende Konzernbeteiligungen zu erwähnen:

- Neuer Versuch an die Stadt Loda. 5% Kassenscheine der K. K. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien. Neue Aktien der Aktiengesellschaft für Carton- und Glasindustrie, Dresden-Loschwitz.

Die meisten Geschäftsländer sind abgewickelt und es ist nur unsere abgemaßene Beteiligung an Mitropa-Aktien zu erwähnen. Diese Gesellschaft ist von der Deutschen Bank und von im Verein mit betriebsfremden, österreichischen und ungarischen Banken und Bankhäusern errichtet worden und bezweckt den in Mitropa-aktiven Ländern bisher von der internationalen Eisenbahn-Behelfswagen-Gesellschaft in Brüssel sowie von verschiedenen deutschen Speditionen-Unternehmungen geführten Betrieb zu übernehmen.

Konto-Korrent- und Einlagen-Konto.

Bei einem Umsatze im Debet von M. 29.637.477.412,20 betrug derselbe im Kredit M. 30.508.364.248,23. In dem am 31. Dezember 1916 eine Schuld verblieb von M. 871.886,03 und zwar laut Bilanz:

Gläubiger: a) Nostru-Verbindungen M. 14.347.391,70 b) seitens der Kunden bei Dritten benutzte Kredite M. 2.472.262,40

Akzept- und Scheck-Konto.

Am 31. Dezember 1916 befanden sich Tritten und Schecks auf uns im Umlauf M. 92.510.748,49 ferner wurden ausgeschrieben M. 788.340.134,59 auf Berlin M. 491.513.040,78 M. 286.788.715,81

Immobilien- und Mobilien-Konto.

1. Bankgebäude. Auf diesem Konto erscheinen die Bankgebäude in Berlin M. 19.174.000.- Dresden M. 2.300.000.- Frankfurt a. M. M. 2.000.000.-

2. Neubau-Konto.

Kauf bzw. bauliche Veränderungen Bremen, Breslau, Greif, Straßburg und Stuttgart M. 881.688,70

3. Verschiedene Immobilien.

Kaiser-Wilhelm-Strasse M. 158.791,45 Verschiedene Grundstücke M. 1.029.618,10

4. Mobilien-Konto.

Die Neuaufstellungen im Betrage von M. 241.488,49 in einem großen Teile durch die Eröffnung neuer Niederlassungen in Erfurt und Eichenach sowie durch die Erweiterungen zweier alterer Wechselstuben in Berlin veranlaßt, werden, wie besonnt auf dem Gewinn zur Abschreibung gelangen.

Handlungs-Unkosten-Konto.

Handlungs-Unkosten M. 10.147.681,15 Steuern M. 319.294,65

Die unsers im Felde stehenden Angestellten bzw. deren Familien angewandene Gehaltsquoten und Gratifikationen sowie die Kriegskosten und Auswendungen für militärische Stützpunkte belaufen sich im Berichtsjahre auf zusammen ca. M. 4.288.000.- (im Vorjahre M. 6.600.000.-)

Pensionsfonds-Konto.

Das Guthaben des im Jahre 1916 begründeten Pensionsfonds betrug am 31. Dezember 1916 M. 4.908.688.-

König-Friedrich-August-Stiftung.

Die im April 1908 begründete Stiftung wie am 31. Dezember 1916 einen Bestand von M. 111.351,84

George-Arnsdorf-Stiftung.

Der am 31. Dezember 1916 verbliebene Bestand beträgt M. 1317,67

Rücklagen.

Die gesetzliche Rücklage befreit sich auf M. 81.000.000.- die Rücklage B auf M. 10.000.000.-

Als Ueberschuss der Aktiva über die Passiva ergibt sich ein Reingewinn von M. 38.828.807,30

Abrechnung auf Bankgebäude.

M. 1.000.000.- Mobilien-Konto M. 241.488,49

Zuweisung zum Pensionsfonds.

M. 2.377.111,79 Rückstellung für die Talenssteuer M. 1.600.000.-

Abschreibung auf Konto-Korrent-Konto.

M. 1.800.000.- weitere Abschreibung wegen unserer Niederlassung in London M. 2.900.000.-

Erwerbung an verschiedenen Kriegswirtschafts-Stiftungen.

M. 884.000.- 6% Dividende auf M. 500.000.000.- M. 30.000.000.-

Satzungsmäßiger Gewinnanteil an den Verrentungsgeld-Gewinnanteile.

M. 999.612.- Direktoren, stellvertretende Direktoren und Direktoren der Filialen, sowie an die Gläubiger

Insgesamt 93 Erträge.

M. 3.285.81.- Gratifikationen an die Beamten M. 3.416.800.-

4 1/2% Superdividende auf M. 200.000.000.-

M. 9.000.000.- Vortrag M. 264.588,20

M. 17.117.880,50 Berlin, im März 1917.

Der Vorstand.

E. Schumann, K. H. Müller, Herbert M. Gutmann, W. J. Schumann, Th. J. J. J.

Der Weltkrieg hat im allgemeinen während des verfloßenen Jahres den deutschen Wirtschaftskreis ein ähnliches Gepräge wie im Jahre 1915 gegeben. Die deutsche Volkswirtschaft ist in ihren Grundfesten unerschüttert und trägt den veränderten Verhältnissen dank der Anpassungsfähigkeit und Opferwilligkeit nicht nur der schaffenden Stände, sondern auch des gesamten Volkes in hervorragendem Masse Rechnung.

Der Abschluss der Dresdner Bank ergibt für das Jahr 1916, nachdem vorweg erhebliche Gewinne aus Konzentral- und Effekten-Konto zur Verrechnung von Abschreibungen verwendet worden sind, einen Rohgewinn von Mark 49.011.012,30 (gegen Mark 41.175.690,10 im 1915).

Die erzielte Gewinne betragen: 1911 gegen 1916 auf Serien- und Zinsschein-Konto M. 827.357,70 M. 788.688,83 Einnahmen und Wechsel-Konto M. 23.813.470 M. 25.917.010,40

Die Zahl unserer Angestellten belief sich am Jahresabschluss auf 6617 (gegen 5907 im 1915). Der weiter verminderten Lebenshaltung haben wir wiederum durch Gewährung von Teuerungszulagen und Gehaltsaufholungen Rechnung getragen, wodurch sich die große Steigerung der Handlöhne erklärt.

Für Gratifikationen an die Beamten sehen wir in unserem Vorschlage für die Gewinnverteilung den erhöhten Betrag von Mark 2.400.000.- vor. Die ordnungsgemäße Aufrechterhaltung des inneren Betriebes und die Abwicklung der Geschäfte waren im verfloßenen Jahre in noch höherem Maße erschwert durch Einberufung von Beamten zum Heeresdienst.

Nachstehend die üblichen Erläuterungen über die einzelnen Bilanzposten:

Kassa, Zinnschein-, Sorten-Konto.

Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken.

Bestand am 31. Dezember 1916 M. 139.831.116,30

Eingang M. 21.978.965.410,50

Ausgang M. 22.148.948.957,10

Es ergab sich demnach für den am 31. Dezember 1916 verbliebene Bestand ein Betrag von M. 255.737.571,65

bestehend aus Kassa, Zinnschein-, Sorten- und Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken M. 255.519.107,39

mithin Gewinn aus Zinnschein- und Sorten-Konto M. 218.218,26

Wechsel- und Zinsen-Konto.

Das Konto ergab einschließlich des Kursgewinnes auf Devisen einen Gewinn von M. 35.945.364,77

Im Bestande verblieben am 31. Dezember 1916 M. 707.953.544,13

Stück 21.908 Wechsel im Betrage von M. 707.953.544,13

und zwar M. 697.938.267,20 in unvollständigen Substanzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten

und ein Wechsel auf deutsche Filialen M. 10.015.276,93

aus M. 107.930.944,13

Der Zinssatz der Reichsbank für Wechsel stellte sich im Jahresdurchschnitt auf 5 % vor 5 % im 1915 und 4,5 % im 1914.

Wertpapiere und dauernde Beteiligungen.

Bestand am 31. Dezember 1916 M. 103.546.618,95

Eingang M. 2.841.005.431,20

Ausgang M. 2.518.602.978,50

Es ergab sich demnach für den am 31. Dezember 1916 verbliebene Bestand ein Betrag von M. 21.778.945,65

bestehend aus M. 21.778.945,65

so dass ein Mehr verbliebt von M. 308.000,00

welches das Ergebnis aus unseren dauernden Beteiligungen an anderen Banken darstellt.